Donnerstag, 6. Juni 1985 - D ***
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 129 - 23.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Subventionsabbau: Eindeutig im Zeichen des Subventionsabbaus soll im nächsten Jahr der Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums stehen. Er soll dann noch ein Volumen von 4,09 Milliarden DM haben, gegenüber 5,02 Milliarden DM in 1985. Von den Kürzungen betroffen sind vor allem die Förderung der Luftfahrttechnik, die Werthilfen und die Subventionen für die Stahlindustrie. (S. 9)

Schadstoffe: Etwa 75 Prozent der Deutschen sind darüber beunruhigt, daß Lebensmittel Stoffe enthalten, die schädlich für den Menschen sind. Die Beunruhigung hat alle Schichten erfaßt und geht weit über den Anhängerkreis der Grünen hinaus.

Eureka: Die Volksrepublik China unterstützt die Pläne Frankreichs, als Antwort auf die SDI-Initiative zusammen mit anderen westeuropäischen Staaten das Forschungsprogramm Eureka zu beginnen.

Bestätigt: Der nordrhein-westfälische Landtag hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt.

Abgelehnt: Der US-Senat hat sechs von den Demokraten eingebrachte Kürzungsvorschläge für das Forschungsprogramm an einem im Weltraum stationierten Raketenabwehrsystem (SDI) abgelehnt. (S.5)

Schulgebet: Der Oberste Gerichtshof der USA hat ein Gesetz des Bundesstaates Alabama für verfassungswidrig erklärt, das Schüler zum Gebet berechtigt.

Gipfeltreffen: Südkoreas Präsident Chun Doo Hwan hat ein Gipfeltreffen mit dem Präsidenten Nordkoreas, Kim Il-Sung, noch in diesem Jahr vorgeschlagen, um über eine Wiedervereinigung des Landes zu sprechen. Bereits vor einer Woche hatten sich Nord- und Südkorea über einen Besuchsaustausch von Familienmitgliedern geeinigt.

Grenzkonflikt: In den vergangenen Tagen ist es zu einer Ausweitung des seit sechs Jahren schwelenden Grenzkonflikts zwischen der China und Vietnam gekommen. Vietnamesisches Militär ist in Yunan auf chinesisches Gebiet vorgedrungen.

ZITAT DES TAGES



» Der DGB-Vorsitzende, der ständig die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung angreift und Protestaktionen vorbereitet, sollte lieber mit seinen Gewerkschaftern in Hessen demonstrieren «

Rudolf Seiters, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Kartellamt: Der Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an dem Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier durch die Daimler-Benz AG ist perfekt.

Signal: Die Bundesbank bietet der deutschen Kreditwirtschaft zur Liquiditätsversorgung ein neues Wertpapierpensionsgeschäft mit deutlich geringerem Mindestzins als bei den früheren „Geldspritzen".

Börse: Nach dem zunächst Gewinnmitnahmen die Kurse auf den Aktienmärkten gedrückt hatten, kam es später zu einer deutlichen Aufwärtsbewegung. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 191,3 (193,1). BHF-Rentenindex 102,792 (102,797). Performance Index 103,079 (103,054). Dollarmittelkurs 3,0671 (3,0432) Mark. Goldpreis pro Feinunze 314,20 (315,65) Dollar.

KULTUR

Tolstoi-Kloster: Auf heftige polnische Kritik ist eine Verfügung Moskaus gestoßen, wonach das kunsthistorische Kloster Schamarodino in eine Gemüsekonservenfabrik umfunktioniert wurde. In diesem Kloster hat einst der Schriftsteller Tolstoi gelebt und gewirkt.

Rückkehr: Nach Erfolgen in der Popmusik will der italienische Opernsänger Luciano Pavarotti an die Mailänder Scala zurückkehren. Pavarotti kündigte an, daß er am Eröffnungsabend der kommenden Theatersaison in Verdis „Aida" den Radames singen wird.

Volksrepublik China

Zum Auftakt des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang veröffentlicht DIE WELT am 7. Juni den größten China-Report, der in Europa jemals in einer Tageszeitung erschienen ist. Auf 24 Seiten werden die Leser über die Volksrepublik China und über die Angebote der deutschen und chinesischen Wirtschaft informiert.

SPORT

Tennis: Das Erste Deutsche Fernsehen überträgt heute ab 12.00 Uhr live das Halbfinalspiel bei den Meisterschaften von Frankreich in Paris zwischen Martina Navratilova (USA) und Claudia Kohde. (S. 7)

Fußball: Hertha BSC hat beim DFB Einspruch gegen den in erster Instanz verfügten Lizenzentzug eingelegt. Der Berliner Verein will beweisen, daß er Spielergehälter in Höhe von 960 000 Mark bezahlen kann.

AUS ALLER WELT

„Prügelstrafe": An vielen britischen Schulen wird der Rohrstock als Züchtigungsmittel bis auf weiteres zum Inventar gehören. Das entschied das „House of Lords". Demnach sollen Eltern weiterhin darüber entscheiden dürfen, ob ihre Kinder bei Fehlverhalten eine Tracht Prügel verdient haben.

Rauschgift: Deutsche Touristen, die in Asien, Lateinamerika oder Afrika mit Rauschgift erwischt werden, müssen nach einem Bericht des Bundeskriminalamtes unter Umständen mit der Todesstrafe rechnen. (S. 14)

Wetter: Bewölkung mit Schauern, einzelne Gewitter. 22 bis 27 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Die Bestellungen nehmen zu. Arbeitsmarkt braucht Aufwind

Konjunkturelle Erholung setzt sich fort / Weiter Schwächen in der Bauwirtschaft

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Im konjunkturellen Gesamtbild der Bundesrepublik überwiegen nach Meinung des Bundeswirtschaftsministeriums weiterhin die expansiven Kräfte. Allerdings sind sie, so der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, noch nicht stabil genug, um auf den Arbeitsmarkt durchzuschlagen. Dazu bedürfe es eines weiteren Aufwindes.

Der konjunkturelle Frühindikator, der Auftragseingang bei der deutschen Industrie, signalisiert die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in der Bundesrepublik. Nach einem Rückgang im März, der allerdings nachträglich nach oben korrigiert wurde, nahmen die Bestellungen bei der deutschen Industrie nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im April preis- und saisonbereinigt sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland wieder deutlich zu. Sie stiegen insgesamt um drei Prozent. Dabei wuchs die Inlandsnachfrage um zwei, die aus dem Ausland um drei Prozent.

Demgegenüber blieb der Arbeitsmarkt – ein konjunktureller „Spätindikator" – noch hinter den Erwartungen zurück. Nach Angaben der Nürnberger Bundesanstalt ist die Zahl der Arbeitslosen im Mai um 112 011 auf 2,193 Millionen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote sank von 9,3 Prozent im April auf 8,8 Prozent im vergangenen Monat. Im Mai 1984 lag die Quote bei 8,6 Prozent. Die Arbeitslosigkeit erreichte damit im Mai den höchsten Stand seit der Währungsreform.

Der Präsident der Bundesanstalt warnte trotzdem vor Schwarzmalerei. Die Konjunktur sei in ihrer Grundtendenz aufwärts gerichtet. Die gesamtwirtschaftliche Lage, vor allem die günstige Entwicklung im Investitionsgüterbereich, werde jedoch von Schwächen einzelner Branchen, so vor allem von der Bauwirtschaft, überdeckt. Dies mache sich auch in der verhaltenen Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar. Personaldispositionen werden möglicherweise hinausgezogen.

Generell nannte Franke die Mai-Zahlen „enttäuschend". Die Abnahme gehe auf das Konto „Jahreszeit". Die saisonbereinigten Zahlen seien „alles andere als Mut machend". Diese Zahlen sind im Mai gegenüber April leicht von 2,317 auf 2,333 Millionen gestiegen. Franke: Wenn im zweiten Halbjahr 1985 nicht ein besonderer Nachholeffekt eintrete, werde die Schätzung der Jahresdurchschnittszahl von 2,25 Millionen Arbeitslosen überschritten.

Allerdings hat sich die Zahl der Kurzarbeiter im Mai um 146 691 auf 228 361 verringert. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der offenen Stellen um 144 900 oder 20 Prozent. Die Arbeitsämter vermittelten im Mai 174 400 Arbeitssuchende, sieben Prozent mehr als vor einem Jahr. Auch die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren lag mit 128 600 um drei Prozent unter dem Vorjahresniveau.

In seinem jüngsten Lagebericht erwartet das Bundeswirtschaftsministerium, wie auch die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, daß sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen wird. Selbst wenn die Effekte der ungewöhnlich günstig verlaufenen Hannover-Messe von

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Nur halber Erfolg

MANFRED SCHELL

Den Autofahrern, die im Sinne des Umweltschutzes zum Kauf eines Katalysator-Fahrzeugs bereit sind, wird viel zugemutet. Nach sage und schreibe zweijähriger Diskussion wissen die Autofahrer zwar, daß die Weichen im großen und ganzen für eine bleifreie Zukunft gestellt sind, aber es fehlen noch immer verbindliche und überschaubare politische Entscheidungen.

Die EG-Kommission hat nun als Empfehlung an die zerstrittenen Umweltminister ihre Abgas-„Grenzwerte" veröffentlicht. Sie sind nur ein Vorschlag, also der Versuch, durch einen weitgespannten Kompromiß möglichst alle zehn Regierungen unter einen Hut zu bringen. Die Minister werden am 25. Juni in Luxemburg darüber beraten. Das Verwirrspiel dauert also an.

Die Empfehlungen der EG-Kommission können Bonn, vor allem Bundesinnenminister Zimmermann, nicht zufriedenstellen, auch wenn damit ein Teilerfolg verbunden ist. Soweit die festgesetzten Grenzwerte die Zwei-Liter-Wagen betreffen, sind sie für Bonn akzeptabel. Ohne Katalysator geht hier nichts mehr. Die vorbildlichen Grenzwerte, wie sie in den USA seit langem bestehen, werden damit annähernd erreicht.

Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Die Kommission hat sich geweigert, die rigorosen Forderungen der Bundesregierung auch auf die kleineren Wagen unterhalb der Zwei-Liter-Marke auszudehnen. Das heißt, je nach Fahrzeugtyp können die nunmehr empfohlenen Grenzwerte auch ohne Katalysator erreicht werden. In vielen Fällen reicht dazu ein Filter im Auspuff aus.

Zimmermann will gegen diese Minimalregelung ankämpfen, aber selbst im Bundesinnenministerium gibt man sich dabei keinen Illusionen hin. Schon deshalb nicht, weil Briten, Italiener und Franzosen aus der Interessenlage ihrer Automobilindustrie heraus noch weniger wollen. Bonn, so sieht es aus, muß sich mit dem, was jetzt vorgegeben ist, abfinden.

Die Kritiker der Umweltschutzpolitik haben somit einen neuen Ansatzpunkt; auch deshalb, weil Zimmermann schon einmal zurückstecken müßte. Ihnen hat allerdings der Präsident des Umweltbundesamtes entgegengehalten, daß weder Geschwindigkeitsbegrenzungen noch autofreie Sonntage die Umwelt so stark von Autoabgasen entlasten wie die Einführung der Katalysator-Technik. Die Bundesregierung muß deshalb dort, wo sie sich in Brüssel nicht durchsetzen kann, auf die Verantwortungsbereitschaft der Autofahrer setzen. Aber diese müssen erst einmal wissen, woran sie sind.

Abgaswerte: EG gegen Bonns Wünsche

Neuer Streit um Katalysator-Auto / Zimmermann hat schweren Stand

WILHELM HADLER, Brüssel

In der Europäischen Gemeinschaft droht neuer Streit um das Katalysator-Auto. Anlaß sind die gestern vorgelegten Vorschläge der EG-Kommission für eine Verschärfung der Abgasgrenzwerte. Die Brüsseler Behörde ist damit weit hinter den deutschen Wünschen zurückgeblieben. Bereits bei der Festlegung der Fristen für die Einführung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge hatte Bonn den EG-Partnern nachgeben müssen.

Die Kommission schlägt dem Ministerrat je nach Fahrzeuggröße unterschiedliche Abgashöchstwerte für Kohlenmonoxyde, Kohlenwasserstoffe und Stickoxide vor, die innerhalb der im März vereinbarten Fristen EG-weit verbindlich werden sollen. Umstritten ist unter den Fachleuten der Grenzwert für Stickoxide (NOX), in der Gruppe der Mittelklassewagen zwischen 1,4 und 2 Liter Hubraum.

Während Bonn diesen Schadstoffausstoß in der mittleren Gruppe auf 1,5 Gramm je Testzyklus begrenzen möchte, hat die Kommission sich auf einen Höchtwert von 4 Gramm festgelegt. Ihr Beschluß ist vor dem Hintergrund starker Widerstände der britischen und italienischen Autoindustrie zu sehen, die sich gegen den Einbau des teuren Dreiweg-Katalysators wehren. In Brüssel haben beide Länder dem Vernehmen nach einen Höchstwert von 6,5 Gramm gefordert.

Maßstab für die Beurteilung der Kommissionsvorschläge bildet der Beschluß der Umweltminister, die einheitlichen europäischen Emissionswerte so festzulegen, daß sie in ihrer Umweltauswirkung den strengen amerikanischen Standards „vergleichbar" sind. Dies ist nach Ansicht des zuständigen britischen Kommissars Clinton Davis der Fall, wenn man die unterschiedlichen europäischen Bedingungen (zum Beispiel Straßenbeschaffenheit, Verkehrsdichte und Fahrverhalten) berücksichtigt.

Andererseits haben sich die Minister im März dafür ausgesprochen, die strengeren Abgaswerte „zu vernünftigen Kosten und mit unterschiedlichen technischen Mitteln" anzustreben. Dies ist ein Hinweis darauf, daß nicht nur im Bereich der Großfahrzeuge, sondern auch in der Mittelklasse die Werte auch ohne Verwendung der Katalysatortechnik erreichbar sein sollen.

Nach Darstellung von Clinton Davis würden die Kommissionszahlen eine Verringerung der Stickstoffoxyde in der Luft um 50 Prozent bewirken, in der Bundesrepublik sogar um mehr als die Hälfte. Gewiß werde es Meinungsverschiedenheiten über die Vorschläge geben, die Kommission habe sich jedoch bemüht, „vom Geist der Absprache" des Rates von März auszugehen. Damals seinen alle Regierungen bereitgewesen, Kompromisse zu schließen, meinte Clinton Davis. Es könne deshalb auch nicht verlangt werden, ein „Monopol für den Dreiweg-Katalysator zu begründen".

Die Kommionsvorschläge über die auch innerhalb der Brüsseler Exekutive lange gerungen wurde, sollen am 25. Juni von den Fachministern in Luxemburg diskutiert werden. Dabei dürfte es Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann schwer haben, noch wesentliche Verbesserungen im Sinne rigoroserer Abgasvorschriften herauszuholen.

CSU: Koalition in Periode der Schwäche

DW. Bonn

Die CSU wird bei dem Spitzengespräch der Vorsitzenden der Koalitionsparteien am Freitag in Bonn mit der Forderung nach einer, wie sich Generalsekretär Gerold Tandler gestern ausdrückte, Erneuerung und Konzentration der Kräfte gehen. Mit einer solchen Politik solle der Termin der Bundestagswahl im Februar 1987 zu einem Datum der Zuversicht gemacht werden.

Im „Bayernkurier" bescheinigte Tandler der Koalition aus CDU/CSU und FDP eine „Periode der Schwäche". Trotz beachtlicher Anfangserfolge hätten sich große Teile der Wählerschaft und auch weite Bereiche der Unionsanhänger eine Meinung über die Arbeit der Bundesregierung gebildet, „für deren Änderung zu sorgen dringend geboten ist". Tandler bedauerte abermals, daß sich die Koalition nicht zur Steuerreform in einem Schritt habe durchringen können. Es müsse auch „Schluß sein mit einem verwirrenden Sowohl-als-auch, beispielsweise in der Art, daß der Kanzler für das amerikanische Weltraumverteidigungssystem SDI zu sein scheint, der Außenminister aber dagegen". Tandler versicherte, die „Freunde und Partner in der Koalition" könnten davon ausgehen, daß es der CSU bei allen ihren Vorschlägen und Anregungen „ausschließlich um den Erfolg der Bundesregierung geht".

Der Zustand der SPD verbiete „jeden ernsthaften Gedanken daran", die Wahl 1987 als einen Routinetermin zu sehen, bei dem ein Wechsel der Mehrheiten „nicht weiter schlimm und durchaus üblich" wäre.

Der Kirchentag: „theologisch und politisch"

DW. Düsseldorf

Gegen den Vorwurf, der Deutsche Evangelische Kirchentag in Düsseldorf habe ein politische Übergewicht, hat sich Kirchentagspräsident Professor Wolfgang Huber gewandt. Zur Eröffnung sagte er gestern, dieses Treffen verstehe sich als „Unruhe der Kirche" und „Vorhut des Protestantismus". Damit müsse der Kirchentag neben den theologischen auch ein politisches Treffen sein. Es gehe den Verantwortlichen um „Weltverantwortung aus Glauben". In diesem Zusammenhang erinnerte er an die vor 20 Jahren erschienene „Ost-Denkschrift" der EKD, die er als den „wohl wichtigsten Beitrag politischer Diakonie aus dem Bereich der evangelischen Kirchen" bezeichnete. Es gelte, die Resignation vieler junger Menschen gegenüber dem heutigen Staat zu überwinden. Dabei dürfe man auch „die Frage nach einer Weiterentwicklung unserer Verfassung nicht mit einem Tabu belegen". Der Kirchentagspräsident schlug die Erweiterung plebiszitärer Entscheidungsformen in der Demokratie vor.

Der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, D. Gerhard Brandt aus Düsseldorf, sprach die Erwartung aus, daß nicht „modernistische Pfündlein oder politische Ideologien" auf dem bis zum 9. Juni dauernden Treffen vorherrschen werden. Es müsse darum gehen, alle Meinungen an der Bibel zu messen.

Seite 8: Politische Diskussionen

Bonn soll Belgrad bei Zinslasten helfen

Jugoslawien beklagt sich bei Kohl über Aktivitäten der kroatischen Emigration

C. G. STRÖHM, Belgrad

Die Bundesrepublik wird Jugoslawien bei der Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten Hilfe leisten und sich auch im Rahmen der EG für ein verstärktes Entgegenkommen gegenüber Belgrad verwenden. Dies ist das Fazit der Gespräche, die Bundeskanzler Kohl in Belgrad mit der jugoslawischen Regierungschefin Milka Planinc geführt hat.

Die jugoslawische Seite hat dabei den Wunsch ausgesprochen, die Bundesrepublik solle sich für eine Erleichterung der Zinslasten einsetzen, die auf das Land zukommen. So wünscht Belgrad, daß ein demnächst auszuhandelnder EG-Kredit von 400 Millionen Ecu (Europäische Währungseinheit) zinsverbilligt gegeben werden soll.

Gleichzeitig drängen die Jugoslawen auf einen Abbau des Defizits, das im Handel mit der Bundesrepublik im vergangenen Jahr trotz einer Senkung um 10 Prozent immer noch 685,4 Millionen Dollar betrug. Das größte Defizit im Handel mit der EG entfalle, wie die Jugoslawen betonen, auf den Warenverkehr mit der Bundesrepublik. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ist das Defizit wieder angewachsen. Der jugoslawische Export in die Bundesrepublik ist dabei um 3,3 Prozent zurückgegangen, während der Import sich um 13 Prozent steigerte. Daher liege es nach jugoslawischer Auffassung in der Verantwortung des „ersten westlichen Handelspartners", die wirtschaftliche Stabilisierung Jugoslawiens zu unterstützen und sich an der „Refinanzierung" der jugoslawischen Auslandsverpflichtungen zu beteiligen. Die Jugoslawen verwiesen weiterhin auf ein neues Gesetz, das Ausländern günstigere Bedingungen für Investitionen in Jugoslawien gewährt.

Von jugoslawischer Seite wurde erklärt, die Verhandlungen seien durch eine Atmosphäre der „Offenheit" und Bereitschaft gekennzeichnet, auch jene Fragen, zu denen es unterschiedliche Auffassungen gebe, gemeinsam zu verhandeln. Kohl betonte das Interesse der Bundesrepublik an der Bewahrung der „wahren Blockfreiheit" Jugoslawiens, wobei er Belgrad als einen „Führer" der blockfreien Staaten bezeichnete – eine Qualifizierung, die angesichts der jüngsten Entwicklung von Beobachtern eher mit Skepsis aufgenommen wurde. Klar ist, daß die Bundesregierung den Jugoslawen nicht zuletzt auch deshalb helfen möchte, weil sonst die Gefahr bestünde, daß das Land entweder im wirtschaftlichen Chaos versinkt oder wieder unter stärkeren sowjetischen Einfluß gerät.

Schon jetzt ist die UdSSR der wichtigste Handelspartner Jugoslawiens geworden, weil Moskau alle jene Waren abnehmen kann, die Belgrad auf den westlichen Märkten nicht los wird. Auch eine zur Zeit in Belgrad stattfindende sowjetische Buch- und Kulturausstellung zeigt, daß die Sowjets ihren Fuß in der jugoslawischen Tür behalten wollen.

Bei einem Bankett für den Bundeskanzler sprach Frau Planinc auch von der „Aktivität verschiedener subversiver Gruppen und Einzelpersonen", die gegen die guten Beziehungen beider Länder gerichtet sei. Gemeint sind die kroatischen Emigranten, die erst jüngst in Bonn ein Informationsbüro errichtet haben.

Sindermann im Herbst nach Bonn?

DW. Berlin

Der „DDR"-Volkskammerpräsident Horst Sindermann wird nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Uwe Ronneburger, wahrscheinlich seinen im Mai abgesagten Besuch in Bonn im Herbst nachholen. Im Anschluß an ein Gespräch mit Sindermann erklärte Ronneburger auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin, der „DDR"-Volkskammerpräsident habe seinen Besuch in Bonn „aus zeitlicher Belastung heraus" abgesagt.

Demgegenüber war aus inoffiziellen Kreisen verlautet, Sindermann habe seinen Besuch abgesagt, weil Bundestagspräsident Philipp Jenninger sich geweigert hätte, den „DDR"-Politiker in seinem Amtszimmer zu empfangen.

Urteil zu Rotation läßt Spielraum

geo. Bückeburg

Der niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg hat den Mandatsverzicht von fünf grünen Landtagsabgeordneten für rechtsgültig erklärt und gleichzeitig das Rotationsprinzip als unvereinbar mit der Verfassung Niedersachsens bezeichnet.

In der Urteilsbegründung meinte Wolfgang Dörffler, der Präsident des Oberverwaltungsgerichts, es könne nicht festgestellt werden, daß die Verzichtserklärungen der Abgeordneten „durch Zwang oder durch widerrechtliche Drohung seitens ihrer Partei oder Fraktion herbeigeführt worden sind". Die Abgeordneten seien mit ihrem Verzicht zwar einem Beschluß ihrer Partei gefolgt. Diesem komme aber keine rechtlich bindende Wirkung zu.

Seite 4: Rotations-Urteil

Dregger: Bonn muß Balance erhalten

DW. Washington/Bonn

In der Diskussion um eine Beteiligung an dem amerikanischen Weltraumprojekt SDI oder dem französischen Forschungsvorhaben Eureka muß Bonn nach Auffassung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger darauf achten, daß die Balance zwischen Washington und Paris aufrechterhalten bleibt. In einem Interview warnte der Politiker – der sich zur Zeit in Washington aufhält – davor, eine Entscheidung „in die Hand einer einzigen europäischen Regierung, zum Beispiel der französischen, zu stellen". Die Prüfung von SDI sei noch nicht abgeschlossen. Nicht nur Bonn, sondern auch andere europäische Regierungen sollten sich daran beteiligen. SDI sei ein defensives System.

Seite 8: Dregger in Washington

„Ich schäme mich der Bitte um Intervention"

Geständnis des ehemaligen ungarischen Regierungschefs Hegedüs

DW. Wien

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Andras Hegedüs, der 1956 die sowjetische Intervention in Ungarn mitentschied, hat in einem Interview mit dem US-Sender „Radio Free Europe" erklärt, daß er „sich seiner Rolle in dieser Zeit schäme" und „Unrecht begangen" habe. „Ich schäme mich, es war unrecht von mir", erklärte Hegedüs, „ich muß die Mitverantwortung tragen für das Schicksal Ungarns nach 1945 – vor allem dafür, der ungarischen Nation ein fremdes Regime aufgezwungen zu haben."

Andras Hegedüs war ungarischer Ministerpräsident zwischen April 1955 und Oktober 1956 und mitverantwortlich für den Appell an die Sowjetunion, den ungarischen Volksaufstand vom Oktober 1956 niederzuschlagen. „Die Frage (der Intervention) ist zum ersten Mal in einem Telephongespräch zwischen (dem damaligen sowjetischen Botschafter in Budapest und späteren KPdSU-Generalsekretär) Andropow und (dem Ersten Parteisekretär der ungarischen KP) Gerö erörtert worden", erklärte Hegedüs.

Der Vorschlag Andropows, eines „Appells an die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen im Bedarfsfall", sei von allen ungarischen Politikern gutgeheißen worden. Niemand habe jedoch ein offizielles Memorandum unterzeichnen wollen, in dem die Sowjets gebeten werden, „die Ordnung in Ungarn wiederherzustellen". Imre Nagy, der am 24. Oktober 1956 Hegedüs im Amt des Ministerpräsidenten ablöste, habe die Unterschrift verweigert. Gerö und Andropow seien schließlich an Hegedüs herangetreten, der dann das Dokument unterzeichnete.

„Damals schien mir das, was ich tat, als völlig natürlich", erklärte Hegedüs jetzt, der damals anschließend in die Sowjetunion flüchtete und erst 1958 nach Ungarn zurückkehrte. Seit der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei im Jahr 1968 wandelte sich Hegedüs immer stärker zum Regimekritiker. Im Sommer 1973 wurde er als „Revisionist" aus der Partei ausgeschlossen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Hülle und die Fülle

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Doch, ja, es soll auf diesem evangelischen Kirchentag wieder *mehr als früher unmittelbar vom* lieben Gott die Rede sein. Er soll nicht nur droben im Himmel thronen, er soll unter den Menschen sein, die sich in seinem Namen versammeln. Daß sich die Gläubigen mehr zu Gott hinwenden als zu den Nöten dieser Welt, das ist die inständige Hoffnung der Kirchentagsleitung.

Nur: Welche Chance hat der liebe Gott wirklich? Darf er erwarten, daß sein Wort gehorsam aufgenommen wird von seinem Volk, oder muß er befürchten, daß er von zu vielen nur in Anspruch genommen wird für die unendlichen höchst diesseitigen Engagements derer, die sich ihres Gewissens ebenso kategorisch sicher sind wie ihres Wissens, was Gott will?

Thema 1: Gott die Ehre. Gedankenfleiß von Auschwitz über Jesus und die Politik bis zum Nahen Osten. Lieber Gott, sorge bitte, daß Dein Volk Israel nicht untergebuttert wird vor lauter Eifer für Pistolen-Arafat und die Araber. Thema 2: Wir sind sein Volk. Aufbruch von unten zur Ökumene? Man darf hoffen. *Thema 3: Gott mehr gehorchen als den Menschen.* O je, die Probleme des Bürgers mit seinem Staat introduziert von Eppler, Remmers, Simon – da ahnt man, wo es lang geht. Gebt Frieden. Doch das am meisten beachtete Wort wird unser Bundespräsident sprechen, der darlegen will, wie es um die *Identität der Deutschen* steht. Thema 4: Die Liebe – des Gesetzes Erfüllung. Wessen Gesetzes? Wir werden es hören auf den Foren über Südafrika und *Lateinamerika*, und da schwant einem nichts Gutes. Thema 5: Im Schweiße deines Angesichts. Ohne Arbeit fließt der Schweiß nicht, der gemeint ist; aber werden wir Substantielleres hören als ein Echo des Aufschreis, gegen die Arbeitslosigkeit müsse endlich etwas getan werden? *Thema 6: Leben in der Schöpfung.* Ach ja, unsere Umwelt zwischen Pseudo-Krupp und Beruhigungspillen.

Themen in Hülle und Fülle für alle, die von Herzen engagiert und aufs Edelste bemüht sind. Und das in einem Gewirr von etwa 2300 Veranstaltungen. Soweit diesseitig, könnte die Bonner Opposition die Themen *vorgeschlagen* haben. Doch es ist gewiß voreilig zu unken, am Ende des Kirchentags werde der „Vorwärts", ehe die SPD ihm den Garaus macht, in den Jubel ausbrechen: Gott ist ein Sozialdemokrat.

Geld für Jugoslawien

Von Carl Gustaf Ströhm

Wer die Erklärungen *vergleicht*, die beim *Besuchs* des Bundeskanzlers in Jugoslawien von Gast und Gastgebern ausgetauscht wurden, wird um eine Feststellung nicht herumkommen: Da ist auf der einen Seite der bekannte Optimismus Kohls, der den wirtschaftlich schwer ringenden Jugoslawen das Zeugnis ausstellt, *auf dem besten Wege* zur Lösung ihrer Schwierigkeiten zu sein. Da ist auf der anderen Seite die jugoslawische Regierungschefin *Planinc*, die mit mildem Tadel konstatiert, Jugoslawien erwartete „größeres Verständnis" von der Bundesrepublik. Im Klartext heißt dies: Bonn muß tiefer *in die Tasche greifen – sei es im* Alleingang oder im Zusammenwirken mit anderen westlichen Staaten –, um Jugoslawien aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

Gleichzeitig mußte sich Kohl von Frau Planinc sagen lassen, daß die „Aktivität verschiedener subversiver Gruppen" die guten Beziehungen *zwischen* beiden *Ländern* gefährde. Gemeint sind kroatische und auch kosovo-albanische Emigranten in der Bundesrepublik. Die Kroaten haben neulich ein Informationsbüro des „kroatischen Nationalrats" in Bonn eröffnet.

So sehr dem Kanzler beizupflichten ist, wenn er sagt, daß Jugoslawiens Stabilität und wirtschaftliche Gesundung für Europa wichtig sind, so muß Belgrad doch zweierlei klargemacht werden: Erstens: Bonn kann und muß zwar gegen *Emigranten vorgehen, die Anschläge verüben oder sonstige* Straftaten begehen. Die bloße negative Gesinnung oder Meinungsäußerung gegen eine Regierung oder ein Regierungssystem aber ist in der Bundesrepublik erlaubt. Zweitens: die Hilfe für Jugoslawien nützt nur dann, wenn sie nicht in einem Faß ohne Boden versickert.

Zufällig veröffentlichte das jugoslawische Statistische Zentralamt am Tage der Ankunft Kohls alarmierende Zahlen. Danach sind die Einzelhandelspreise seit Neujahr um 32,4 Prozent gestiegen, die Lebenshaltungskosten innerhalb eines Jahres um 77,5 Prozent. *Der Westen kann zwar helfen, eine* verfehlte Wirtschaftspolitik zu korrigieren. Die entscheidende Arbeit aber müssen die Jugoslawen selber leisten.

Krise als EG-Einstand

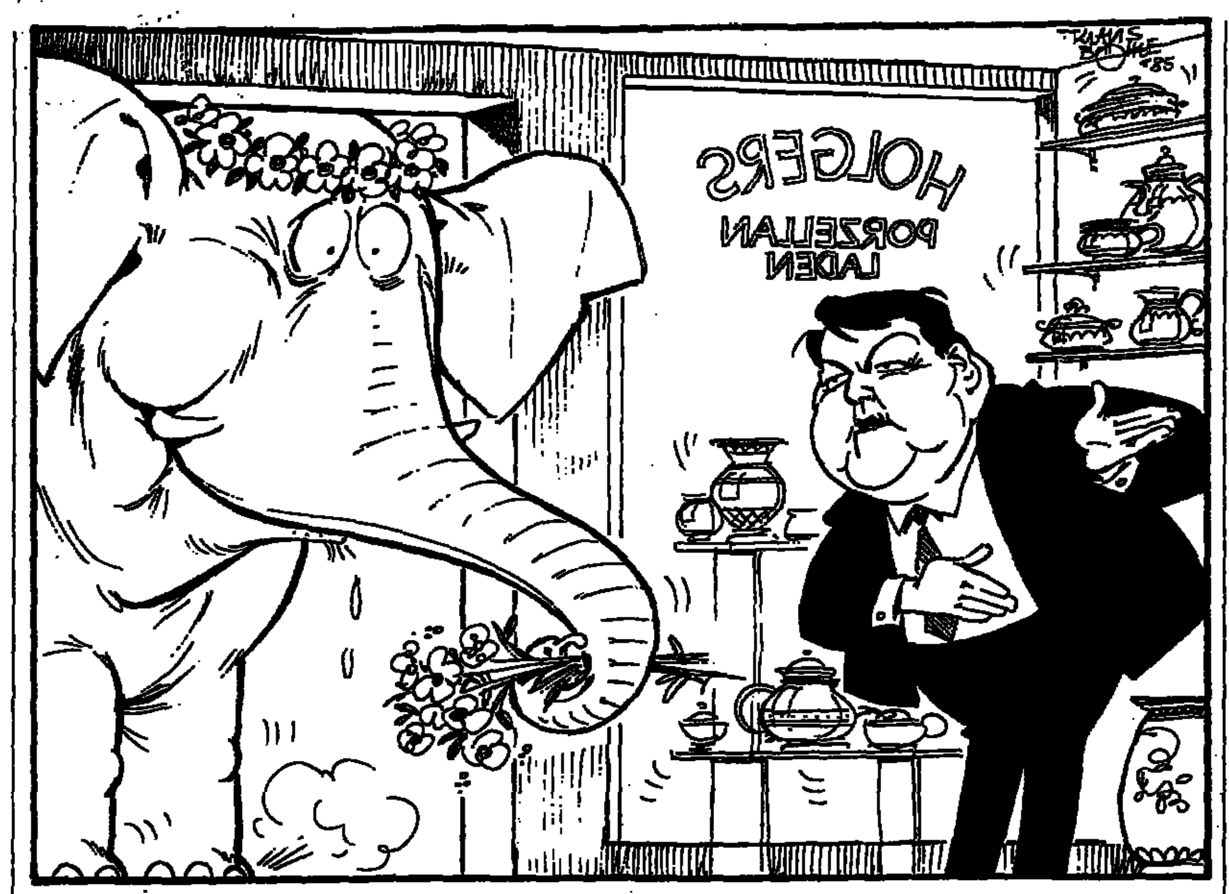
Von Rolf Görtz

Portugal hat sich nach der Revolution der Roten Nelken mehrfach an den Rand des Bankrottes gewirtschaftet. In vielen Teilen des Landes herrscht Armut, in manchen sogar Hunger. Die Schuld daran trugen anfangs eine von der Kommunistischen Partei dirigierte Militärregierung, die mit Kolchosen nach sowjetischem Vorbild und Verstaatlichungspolitik experimentierte.

Es waren die Sozialisten um Mario Soares, die als erste auf offener Straße den Kampf gegen die Militärjunta und die KP aufnahmen. Gemeinsam mit ihren Regierungspartnern, zuletzt den Sozialdemokraten, bauten sie Zug um Zug den Ballast der Revolution ab. Gewiß nicht gerade schnell, aber doch so, daß man für die Zukunft hoffen konnte.

Wenn in schwerer Zeit eines Landes einer in Regierungsverantwortung stehenden Partei nichts anderes einfällt, als sich daraus zurückzuziehen, dann zeugt das von einem bedauerlichen Mangel an Verantwortungsbewußtsein. Diesem Vorwurf kann sich der derzeitige Chef der sozialdemokratischen Partei, Cavaco Silva, nicht entziehen. Die Herren der Partei werfen ihren sozialistischen Partnern vor, die Liberalisierung der Wirtschaft zu bremsen. *Mario Soares' Rücksicht auf seinen linken* Parteiflügel war schon immer der Schwachpunkt der Koalition. Dennoch hielten die Sozialdemokraten in der Regierung im Interesse einer kontinuierlichen Reformpolitik bisher an der Koalition fest. Sie konnten mit Recht auf die Unterstützung der europäischen EG-Partner rechnen.

So muß denn der jetzt erfolgte Bruch der Koalition als ein Akt reiner Machtpolitik betrachtet werden. Denn der Kreis Anibal Cavaco Silva will auf jeden Fall verhindern, daß Mario Soares, aussichtsreicher Kandidat für die Präsidentschaftswahlen, Ende dieses Jahres tatsächlich in das Präsidentenpalais einzieht. Um dieses Ziel zu erreichen, stürzte Cavaco Silva das Land in neue Ungewißheit, die sogar die jetzige Parteienlandschaft sprengen könnte. So werden denn die Partner der EG sorgenvoll am 12. Juni die Beitrittserklärung Portugals in Lissabon unterzeichnen.



„Sie können bei mir stellvertretender Geschäftsführer werden!" KLAUS BÖHLE

Sackgasse Studium?

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Die Bundesrepublik erfreut sich eines neuen Lieblingsgespenstes: des taxifahrenden Akademikers. Mit der üblichen Katastrophenlust, die so viele beflügelt, wird eine neue Krise beschworen. 115 000 arbeitslose Akademiker zählte man Ende 1984. Und die Futuristen haben schon wieder hochgerechnet: *Bis zum Jahr 2000* wird sich nach Meinung des Instituts für Arbeitsmarkt- *und Berufsforschung* die Zahl der Akademiker verdoppeln. *Und* nur jeder dritte Hochschulabsolvent der nächsten fünfzehn Jahre wird nach dieser Schätzung „einen Arbeitsplatz finden, der von einem aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Akademiker freigemacht wurde".

Hat die berüchtigte Bildungskatastrophe, mit der man vor fünfzehn Jahren drohte, uns nun – in einer Art dialektischem Sprung – *von vorne eingeholt?* Mit Gespenstern ist das so eine Sache: Irrational sind sie allemal und obendrein noch bestens geeignet, im Bedarfsfall um Mitternacht vor dem Schlafzimmerfenster des deutschen Michel bewegt zu werden. Merkwürdigerweise versuchen genau jene, die uns die Akademiker-Schwemme beschert haben, nun die „Sackgasse Studium" zu prophezeien.

Das Erschrecken über die steigende *Zahl arbeitsloser* Akademiker ist doch vor allem deswegen so groß, *weil* man den *jungen* Menschen jahrelang vorgegaukelt hat, mit einem Hochschul-Abschluß sei der soziale Aufstieg garantiert. Das war von vornherein gelogen, aber man hat Wahlen damit gewonnen. Wer zweiundzwanzig Prozent eines Jahrgangs durch die Hochschulen schleust, muß einfach mit einer verschärften Konkurrenz-Situation rechnen. Und wer die Leistungsansprüche so konsequent absenkt, wie das vor allem an den Schulen geschehen ist, der kann sich doch gar nicht wundern, wenn auch das Hochschul-Niveau darunter leidet und Akademiker zu ihrem Examen kommen, die für den Arbeitsmarkt nicht ausreichend qualifiziert sind. Ist denn schon vergessen, daß zum Beispiel an der Freien Universität Berlin jahrelang aus ideologischen Gründen Psychologen prinzipiell mit der Examensnote „Sehr gut" entlassen wurden?

Aber selbst wenn man einmal davon *absieht*, sind die Schrekkensmeldungen zu relativieren. Unter Akademikern ist die *Arbeitslosigkeit* immer noch nur halb so hoch wie unter anderen Arbeitnehmern. Es lohnt sich also nach wie vor zu studieren. Und warum sollen eigentlich für einen Juristen andere Maßstäbe gelten als für einen Stahlarbeiter? Ist ein arbeitsloser Lehrer schlimmer vom Schicksal betroffen als ein arbeitsloser Bauarbeiter?

Es ist auch die Frage zu bedenken, ob unter Akademikern die *Leistungskonkurrenz* etwas Verwerflicheres ist als bei anderen Berufen. Man darf doch wohl getrost behaupten, daß der erworbene akademische Grad – speziell unter den abgesunkenen Examensforderungen – noch längst kein Qualitätsgarant *ist. Unter Doktoren gibt es mit* Sicherheit so viele Berufsversager wie anderswo. Daß der Arbeitsmarkt hier stärker selektiert, ist nicht a priori eine Katastrophe.

Auch die geschwind parate Meinung, daß bei uns zu viele junge Leute studieren, ist nicht ohne weiteres richtig. Unter den westlichen *Industrieländern nimmt die Bun*desrepublik mit zweiundzwanzig Prozent *Hochschulbesuchern* eines Jahrgangs nur einen unteren Mittelplatz ein. Der Fehler unseres Systems liegt ganz woanders: Wir haben der quantitativen Veränderung unseres Bildungssystems keine qualitative Weiterentwicklung folgen lassen. Der Ausbildungsmodus an den deutschen Hochschulen trägt den explodierten Studentenzahlen kaum Rechnung. Wir tun noch *immer so*, als besuchten *nur* fünf Prozent eines Jahrgangs die *Hochschule*, und wundern uns dann, wenn uns die Arbeitsmarktprobleme über den Kopf wachsen. In der Bundesrepublik dauert ein Studium ganz einfach zu lange.

Es differenziert weder *nach* Begabung noch nach Bedarf. Jeder, ganz gleich, was er später werden will, absolviert den gleichen Studiengang. Die Absolventen sind halbe Greise, wenn sie sich endlich dem Arbeitsmarkt stellen. Es werden nicht zu viele Akademiker, sondern zu viele zu hoch ausgebildet. Der Arbeitgeber hat dann das Problem der sogenannten vertikalen Subsidiarität, das heißt, er stellt zum Beispiel Vollakademiker auf *Positionen ein*, für die ein Fachhochschul-Examen ausreichte. Das tut *er* verständlicherweise *nicht* gern, weil die Unzufriedenheit absehbar ist.

Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig ist nicht der einzige, *aber einer der energischsten* Verfechter einer „qualitativen Revolution". *Er sagt klar und deut*lich, daß man die Differenzierung nicht dem Arbeitsmarkt überlassen dürfe, da er mit dieser Aufgabe überfordert sei. So schlägt Kewenig nicht eine generelle Studienverkürzung vor, sondern eine graduelle Selektion. Ein dreijähriges verschultes Studium, so sieht sein Konzept vor, soll die Basis sein. Ein zweijähriges Aufbau-Studium und ein weiteres *Graduiertenstudium* für Wissenschaftler würde zu Bega*bungs- und Bedarfsdifferenzierun*gen führen, unter denen der Markt und der Absolvent auswählen könnten.

Dem steht noch eine weitere *Überlegung zur Seite. Der Arbeits*markt ist in sich beweglicher geworden. Er verlangt einen flexibleren Arbeitnehmer, der nicht vierzig Jahre lang auf dem beharren kann, was er gelernt hat. Das gilt – man muß es ihnen hinter die Ohren schreiben! – auch für Akademiker. Und für deren Ausbildung! Ein Lehrer zum Beispiel muß künftig so studieren, daß er nicht nur Lehrer werden kann. Die speziell pädagogisch-didaktische Orientierung *hat erst nach Studienabschluß zu* erfolgen.

Wer also nur die Gespenster schwenkt, weckt Verdacht, daß er nicht denken will. Und solche Leute sind auch zum Taxifahren ungeeignet.



Nach Jahren an der Uni FOTO: DPA

IM GESPRÄCH John Garang

Rebell im Sumpf

Von Peter Hornung

Sein Gefechtsstand liegt in den Schilfwäldern des „Weißen Nils", nahe der äthiopischen Grenze in einer schlammigen, malariaverseuchten Landschaft. Nur Kanus erreichen das Hauptquartier. Colonel John Garang ist der geheimnisvollste Guerillaführer in Afrika. Seit drei Jahren kämpft er mit einer 15 000-Mann-Truppe *in* Südsudan gegen die Regierung in Khartum. Er schlug keine Schlachten. *Geld „verdiente" er of*fenbar durch das Kidnapping europäischer Techniker, *die fast ein Jahr*, bis zum Januar, festgehalten wurden. Er erzwang den Rücktritt *Numeiris* und die Machtübernahme durch General Dahab, den Armee-Oberbefehlshaber. Mehrere Jahre war Colonel Garang der engste Führungsgehilfe des Generals.

Einen bis Juli befristeten Waffenstillstand für Geheimgespräche gestand er über den schwachen Partisanen-Sender zu. General Dahab beurteilt ihn so: „Colonel Garang ist ein glänzender Militär. Aber innerhalb der Armee blieb er ein Außenseiter. Er *stand zur* Beförderung zum Brigadegeneral an."

Bis sich Colonel John Garang der „Sudan People's Liberation Movement / Army" *anschloß*, war *die* Partisanentruppe schlecht organisiert und zersplittert. Garang gelang es in wenigen Monaten, den bunten Haufen in drei Brigaden zu gliedern und die Ausbildung zu straffen. In Sandhurst erzogen, an der britischen Militärakademie Cimberley zum Generalstäbler ausgebildet, ist Colonel Garang kein kommunistischer Abenteurer. Über seine politische Zielsetzung schweigt er allerdings.

Gesichert ist nur das „Feindbild": *die Regierung* in Khartum. Bei dem Aufstand der Rebellenbewegung *„Anya Nya" zu Beginn der siebziger* Jahre spielte der Konflikt der Christen mit den Moslems die entscheidende Rolle. Doch der 49jährige Garang ist ein Moslem. Seine Waffen kamen bisher aus Libyen, Äthiopien und der UdSSR. Gleichzeitig hielt er Verbindungen zu Marokko und Tunesien. Aus Marokko erhielt seine Truppe schwere Waffen: Granatwerfer, Artillerie und Funkgeräte. Der äygptische Generalstab schätzte zu Jahresbeginn: „Khartum mußte die *meisten Truppen aus dem Süden zu*rückziehen."

Ausgelöst hat die Rebellion die



Kämpft im südlichen Sudan: Colonel Garang FOTO: DIE WELT

Einführung des muselmanischen Rechts der „Scharia". Der christlichen Minderheit wurden die garantierten Sicherheiten wieder genommen. Die meisten katholischen Kirchen mußten geschlossen werden. Mit Brutalität setzte Khartum die Islamisierung durch.

Doch viele der dazu eingesetzten Soldaten *schlossen sich der SPLM/A* an, als die christlichen Offiziere von *Moslems* ersetzt wurden. Verstärkung kam auch durch versprengte Einheiten Idi Amins, die über Jahre Widerstand an der Nordgrenze Ugandas leisteten und sich dann in das südliche Sudan zurückzogen.

Obwohl ursprünglich ein Fach*mann für Panzer*, wendet *Colonel* Garang den klassischen Guerilla-Kampf an: *Rathäuser*, Eisenbahnlinien, Flughäfen und Verkehrsknotenpunkte werden zerstört. Danach zieht sich das Kommando wieder in den sumpfigen Busch zurück. Anfang 1985 hätten die Rebellen die Chance besessen, die südliche Hauptstadt Juba einzunehmen. Doch Garang sagte über den Rebellensender: „Gegenwärtig würde ein Angriff zu viele unschuldige Menschenleben fordern."

Garang plant vorsichtig: Himmelfahrtskommandos gibt es bei seiner Truppe nicht. Er weiß, daß General Dahab verhandeln muß. Ägyptens Generalstab meint: Die Regierungstruppen sind falsch bewaffnet, nämlich für einen feuerstarken konventionellen Krieg." Sagt denn auch Colonel Garang: „Unser Gegner ist dazu *verurteilt, ins Leere zu stoßen.*"

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zur Growian-Pleite:

Der damalige Forschungsminister konnte sie sich nur ganz groß denken, Growian, eine große Windanlage. Daraus wurde dann die große Pleite. Heinz Riesenhuber nutzt jetzt die Gelegenheit, das Projekt zu stoppen, ehe die meist im Wind stillstehende Anlage noch mehr Geld verschlingt. So mutig, Irrwege nicht weiterzugehen, ist der Forschungsminister allerdings auch nur einer Technik gegenüber, die *nicht* gerade die ganz große Liebe der gegenwärtigen Regierungspolitiker ist. *Andere zweifelhafte Großpro*jekte kosten sehr viel mehr Geld, der Schnelle Brüter in Kalkar zum Beispiel rund achthundertmal soviel wie Growian, die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf vermutlich noch viel mehr. Richtig ist: Nicht große, sondern kleine Windanlagen haben eine Chance, vielmehr sie hätten sie, wenn die Elektrizitätswirtschaft sie tolerierte. Das heißt, wenn sie Überschußenergie aus der *Windmühle* oder der Solaranlage auf dem Hausdach *zu einem* fairen Preis *ins* Netz nehmen würde.

Kölnische Rundschau

Sie schreibt zum Kirchentag:

In Düsseldorf stehen die Themen Arbeitslosigkeit, Umwelt, Dritte Welt und Frieden im Mittelpunkt. Das fordert auch die Politiker heraus, die zunehmend den Kirchentag für die eigene Profilierung benutzen und dabei zu leicht übersehen, daß es nicht um sie, sondern um neuen Mut für Christen geht.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie sorgen sich wegen der vielen mißhandelten Kinder:

Annemarie Renger hat, kein Zweifel, den Finger auf einen Schandfleck unserer Gesellschaft gelegt: Zehntausende von Kindern werden jährlich von ihren Eltern mißhandelt, Hunderte sterben einen qualvollen Tod. Und oft könnte Schlimmes vermieden werden, hielten Nachbarn, Ärzte und Lehrer die Augen offen und griffen mutiger ein. Für eine Meldepflicht also, den gesetzlichen Zwang zum Anruf bei der Polizei, gibt es durchaus gewichtige Argumente – dagegen allerdings spricht mehr... *Wo Aggressionen und Verzweiflung*, Hilflosigkeit und Frust sich im Familienkreis *entladen, wo oft genug* Arbeitslosigkeit und materielle Not, eine enge *Wohnung* und *Alkohol im* Hintergrund stehen, ist mit gesetzlichen *Maßnahen und* Bestrafung *nur* wenig erreicht. Weit wichtiger meist *und wirkungsvoller – auch im* Interesse der Kinder – wäre Betreuung, Beratung und *Hilfe* für die ganze Familie.

Bauwirtschaft und Jungunternehmer in Schwierigkeiten

Die Pleitewelle ebbt nicht ab / Von Joachim Gehlhoff

Die alte Erfahrungsregel stimmt nicht mehr. Zwar ist die Lage der deutschen Wirtschaft im nunmehr dritten Jahr des Konjunkturaufschwungs besser als vielerorts ihr Ruf. Aber anders als in allen früheren Aufschwungphasen geht die in der letzten Rezession auf reichlich das Doppelte hochgeschossene Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen nicht wieder zurück. Im Gegenteil, sie wird immer noch ein bißchen größer.

Aufsehenerregendes dazu hat jetzt die größte deutsche Wirtschaftsauskunftei (Creditreform) mit ersten Analysen aus dem laufenden Jahr veröffentlicht: bis Ende Mai, gegenüber dem Vorjahresstand, ein Anschwellen der Zahl zahlungsunfähig gewordener Unternehmen um ein Zehntel auf 5500 Insolvenzfälle. Dazu die sehr zurückhaltende Prognose, daß das volle Jahr wohl mit einer vierprozentigen Steigerung der Zahl von Firmenpleiten auf 12 500 enden werde. Das würde dann nochmals, wie schon 1984, etwa 24 Milliarden Mark „volkswirtschaftlichen Gesamtschaden" und weitere 175 000 Arbeitsplätze kosten.

Ein Horrorsignal? Mitnichten, wenn man die Pleitenzahl relativiert. Zunächst: was da in diesem Jahr unter das Fallbeil von Konkurs und Vergleich zu geraten droht, betrifft kaum mehr als sechs Promille der zwei Millionen deutschen Unternehmen und ihrer 25 Millionen Beschäftigten. Und es ist eindeutig zur Hauptsache ein Reflex der Strukturkrise in der Bauwirtschaft nebst ihren Zulieferanten. Dieser große Wirtschaftszweig muß sich unter Ächzen und Stöhnen auf kleinere Baunachfrage einrichten.

Der Wohnungsbau hat sich in dem übersättigten Markt ab 1985 auf eine Produktion von weniger als 300 000 Wohnungen einzustellen. Und im öffentlichen Bereich ist der „Infrastruktur"-Bedarf an neuen Schulen, Krankenhäusern, Verwaltungsgebäuden und Straßen weitgehend gedeckt. Einsichtige Unternehmer warnen in dieser Lage eindringlich davor, der Bauwirtschaft erneut mit dicken Subventionen auf die Sprünge zu helfen. Das würde den Strukturwandel zu kleinerer Kapazität nur bis zum dann um so böseren Erwachen verschleppen.

Schon in dieser Hinsicht liefert die hartnäckig hoch bleibende Insolvenzwelle ein Warnsignal. Im letzten Herbst verlosch das Strohfeuer öffentlicher Bausubventionen mit dem Resultat, daß die Zahl insolvent gewordener Baufirmen bereits bis Ende Mai mit 1500 um gut ein Viertel *höher als vor Jahres*frist lag. Subventionen haben da (wie zumeist) *die falschen Daten* gesetzt.

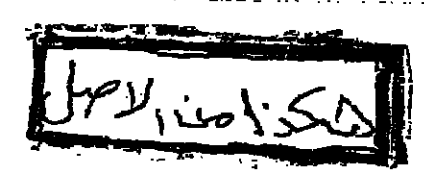
Denn *normalerweise kann und* soll sich ein Unternehmer, wenn das Ende *kommt, sich auf anstän*dige Weise, nämlich mit voller Befriedigung seiner *Gläubiger, aus* der Affäre ziehen. Das ist der Normalverlauf *von Stirb und Werde*. Alljährlich werden in der Bundesrepublik etwa 50 000 Firmen vorwiegend ohne Gläubigerschaden im Handelsregister *der Gerichte* gelöscht – zugleich aber fast doppelt soviel Neugründungen eingetragen. Gerade mit Blick auf die erfreulich hohe Zahl an „Unternehmernachwuchs" jedoch liefert die anhaltende Pleitewelle ihr wichtigstes Warnsignal.

Was zusammenbricht, rekrutiert sich wieder einmal weit überwiegend aus jungen *kleinen Unterneh*men, deren Gründern oft das aus*reichende Eigenkapital* und *mindestens* ebensooft auch zureichende Branchenkenntnis *fehlt*. Nicht nur Pioniergeist und Mut zum Risiko beflügeln *solche* „Jungunternehmer", sondern neuerdings häufiger auch *die Flucht aus der Arbeitslo*sigkeit oder der Drang nach dem (vermeintlich) schnellen Geld.

Da kann die Politik künftig zwei wichtige Riegel vorschieben. Einerseits mit strikter Durchsetzung der *(bislang weithin mißachteten)* Vorschrift, daß Firmen in der Rechtsform der GmbH, die das Gros aller Pleiten stellen, wenigstens ihr Mindest-Stammkapital von 50 000 DM zusammenbringen. Andererseits mit Ausbau staatlicher Gründungsförderung zwecks Nutzung der Erfahrungstatsache, daß die Geförderten, weil sie nur *mit der Vorlage von Seriositäts*nachweisen an die öffentlichen Kassen *kommen*, durchweg stabiler sind als die Nicht-Geförderten.

*Vom Kardinalproblem der Plei*tewelle freilich kann auch das nicht *ablenken. Kleine Unternehmen* haben laut den Durchschnittszahlen der Bundesbank kaum halb soviel Eigenkapital wie ihre mit 23 Prozent der Bilanzsumme gleichfalls nicht üppig ausgestatteten größeren Konkurrenten. Um so leichter werden sie von immer wieder mal widrigen Winden umgepustet.

Das wird sich auch schwerlich ändern, solange die Gesamtsteuerlast reichlich siebzig Prozent vom Unternehmensertrag wegfrißt. Reformen mit (zeitweisem) Steuerverzicht zugunsten der Eigenkapitalbildung (die dann wieder mehr Steuern bringt) sind oft genug schon gefordert worden. Die Bundesregierung blieb im Handlungsverzug. Die ärgerliche Zählebigkeit der Pleitewelle darf sie getrost als Ansporn werten.





Auch „Freunde“ geben dem Mißerfolg seinen Namen: Kohl

Morgen treffen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß zusammen, um Prioritäten für die weitere Regierungsarbeit zu setzen. Lösen sie, die sich nicht gerade schätzen, den Sand aus dem Koalitionsgetriebe?

Von THOMAS KIELINGER

Am Pfingstmontag, Hans-Dietrich Genscher genießt eine lange entbehrte Ruhepause in seinem Haus in Wachtberg-Pech, schreckt ein Bote den ins Sonnenbaden vertieften Außenminister auf. Eine Agentur meldet Verstimmung aus dem Kanzleramt über die Gespräche, die Genscher wenige Tage zuvor mit der französischen Regierung in Paris geführt hatte. Die Verstimmung bezieht sich auf angebliche Differenzen zwischen Außenministerium und Kanzleramt in der Darstellung der deutschen Haltung zum „Eureka“-Projekt und zur amerikanischen Verteidigungsinitiative SDI.

Da der Kanzler selber in wenigen Tagen den französischen Staatspräsidenten in Konstanz treffen werde, mokierte sich der Ungenannte in der Kanzler-Umgebung über die Stellungnahmen Genschers beim Abschluß seiner Pariser Gespräche. Hatte der Außenminister etwa wieder einmal das Kanzleramt in seine Konzepte einbinden wollen?

Für Genscher war die Ruhe erst einmal vorbei. „Was für ein Interesse kann das Kanzleramt haben, den eigenen Chef mit solchen gestreuten Mutmaßungen in Schwierigkeiten zu bringen?“ sinnierte er im engsten Kreis. Daß er selber mit manchen seiner außenpolitischen Vorstöße den Eindruck von Differenzen mit dem Kanzler vermittelt haben mochte, ließ er, wie immer, nicht gelten. Die Kontinuität der Außenpolitik, die er über das Ende der Regierung Schmidt hinaus zu vertreten glaubt, sieht er durch den Bundeskanzler Helmut Kohl ausdrücklich mitgetragen.

Die Koalition macht die Opposition arbeitslos

Das mag einmal dahingestellt bleiben. Was nicht dahingestellt bleiben kann, ist das psychologische Klima in der Koalition, wie es die Bundesrepublik in diesen Tagen geboten bekommt.

Wohin man schaut: Auf dem Spielplan dieser Regierung steht Dissens, nicht Eintracht. Damit wird gleichzeitig eine Funktion ausgeübt, die naturgemäß der dafür zuständigen Opposition anheimfallen müßte. Opposition – die scheint man fürs erste nicht nötig zu haben, die kreiert man in den eigenen Reihen mit Lust und Phantasie. Wie sich die Sozialdemokraten freuen müssen, daß die Arbeitslosigkeit jetzt auch sie erwischt hat.

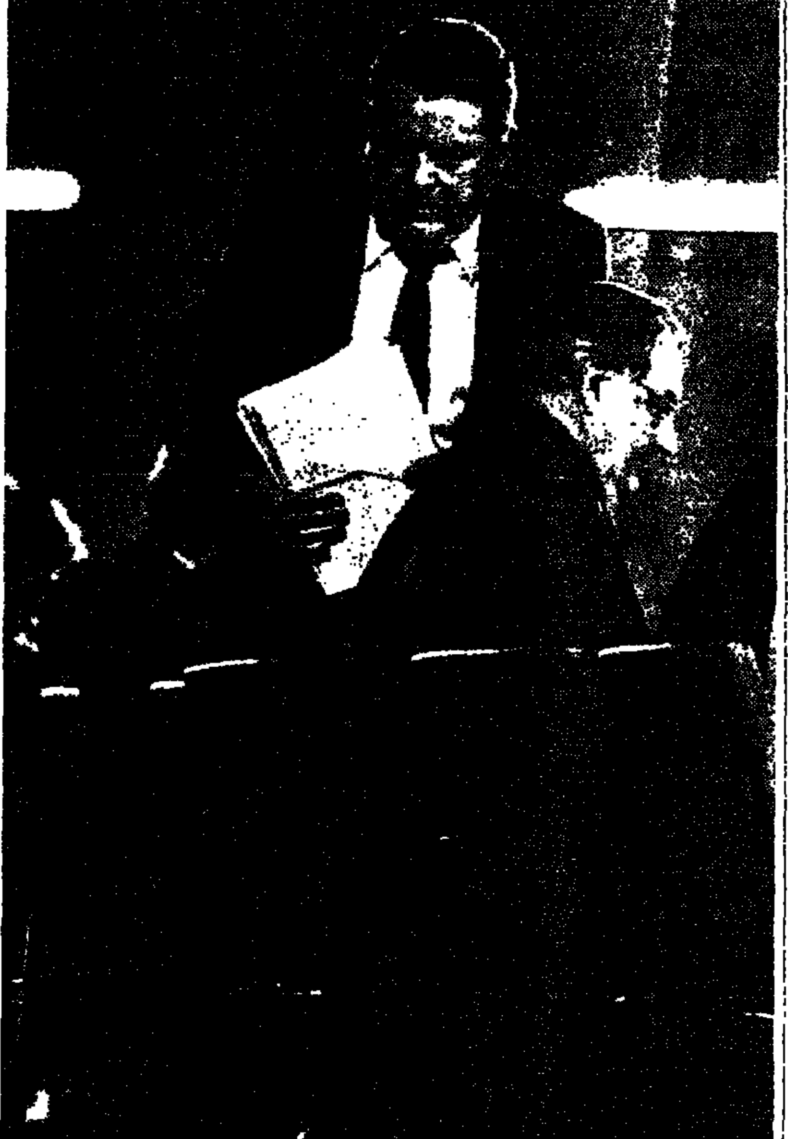
Wenn sich am Freitagnachmittag Helmut Kohl und Franz Josef Strauß zu ihrem seit langem angekündigten Gipfel treffen, dann kann ihnen die dramatische Zuspitzung der Problematik nicht verborgen sein. Die fatale Lage ist einfach beschrieben: Mit großer Dynamik entfaltet sich ein negatives Image der Wende-Regierung Kohl, das tief ins Wurzelwerk des öffentlichen Bewußtseins einzudringen droht. Während noch bis zu den Wahlen im Saarland im März die Stabilität der Koalition zu den landesweiten Glaubenssätzen gehörte, ist es heute ein ebenso selbstverständlicher Glaubenssatz geworden, daß, wie es ein Beobachter formuliert, „alles möglich wird“. Der Kanzler, dessen Resistenz und Gleichmut als Geheimrezept seines politischen Erfolges gepriesen wurden, steht heute genau wegen dieser hochgelobten Eigenschaften in Zweifel. Wo Beharrlichkeit applaudiert wurde, muß sie sich heute als Unbeweglichkeit schelten lassen; wo Geradlinigkeit des Kurses Zustimmung erfuhr, wird sie heute als Sturheit und Inflexibilität abgekanzelt.

Es ist schon lange nicht mehr so, daß nur die innenpolitischen Gegner und „Freunde“ am Gewand des Kanzlers zausen. Kanzlerschelte wird auch im Ausland betrieben. So war sich der Chef der EG-Kommission, der Franzose Jacques Delors, nicht zu schade dafür, über ein Interview in einer deutschen Illustrierten pauschale Vorwürfe über einen europäischen Regierungschef auszuschütten, ausgehend von der deutschen Weigerung, einer Senkung des EG-Getreidepreises zuzustimmen. Die Mode der Kohl-Kritik grassiert.

Mit Unwillen verfolgte man im Kanzleramt eine Nachrichtensendung des Deutschen Fernsehens Anfang der Woche, als komplette zehn Minuten Sendezeit dem geschlagenen Häuflein der Saar-CDU gewidmet wurden, wie es sich naserümpfend und Kohl beschimpfend produzierte, auch dies ein Fall von „Lautverstärkung von Seelenblähungen“, wie es ein prominentes Kabinettsmitglied nannte. Auf Kohls Kosten, so seufzen seine Berater, kann sich heute sogar profilieren, wer gerade die schimpflichsten Niederlagen erlitten hat. Haltet den Kanzler – und schon ist das innere Gleichgewicht der Jagdlustigen wieder stabilisiert. Was für die Saar-Freunde gilt, gilt für die NRW-CDU nicht anders, was einem *Franz Josef Strauß recht ist, der Kohl* „Amtsträger“ nannte, kann der Mittelstandsvereinigung der rheinischen CDU nur billig sein, wenn sie in ihrem offiziellen Organ bündig mitteilt: „Ausschlaggebend für die Wahlschlappe in NRW sind die Versäumnisse in Bonn.“

Da wirkt es *rührend*, wie neben Genscher jetzt die gesamte FDP (in der Sprache der Überschrift einer deutschen Tageszeitung von Anfang *der Woche) Kohl* „*den Weg zum Erfolg weisen will*“. Die konzertierte Aktion der Herren Bangemann, Genscher und Haussmann hat etwas vom Appeal der Bergpredigt. Man übt sich in Worten der Barmherzigkeit gegenüber dem Regierungschef. Gleichzeitig gebiert der kleine FDP-Parteitag vom Wochenende in Neuss mit der Formel der „neuen Phase der Entspannungspolitik“ den nächsten Neupfünder der Zwietracht. Scharfsichtige Beobachter sehen darin eine überwölbende Rhetorik, die die FDP als staatstragende Partei auch über das CDU-Bündnis hinaus profilieren soll.

Und immer wieder Franz Josef Strauß. Das Sonthofener Wort „unfähig“ gegenüber Kohl begleitet den Bayern seit Jahren wie die Leitplanke des eigenen Denkens. In Kohls Umgebung dreht man den Spieß um und nennt Strauß schlicht und ergreifend unfähig für das Spiel der Gemeinsamkeit. Die Wolkenbrüche der Kritik aus Bayern im letzten halben Jahr haben die Grundfesten des Kohl'schen Ansehens, wenn nicht weggespült, dann doch stark ausgehöhlt. Strauß verbündete sich mit der FDP gegen den von Kohl gesuchten Ersatz für die Ergänzungsabgabe. Er verbündete sich mit den SPD-Ländern gegen die von Verteidigungsminister Wörner gesuchte Lösung für den Verwendungsstau in der Bundeswehr. Er lief und läuft noch heute Sturm gegen den „Berliner Kompromiß“ der Rechtsexperten aus Union und FDP, wonach Vermummung bei Demonstrationen nur als Ordnungswidrigkeit, nicht als Straftatbestand geahndet werden soll. *Er bekämpft* bis heute – diesmal wieder im Bunde mit der FDP – die zweistufige Steuerreform, will sie in einem Schluck im *nächsten Jahr* anbieten. Und *zuguterletzt* hat er in seiner jüngsten Äußerung zur deutschen Grenzfrage ausdrücklich Stellung gegen die auch von Kohl mitgetragene Äußerung VolkerRühes bezogen, wonach der Warschauer Vertrag „Bindewirkung“ für einen zukünftigen deutschen Souverän habe. Strauß *in einem Brief an* die Schlesische Jugend: Eine solche Darstellung sei „weder rechtlich noch politisch vertretbar“. Deutschland bestehe „*in den Grenzen von 1937* fort“. In diesem Punkt spricht Strauß für einen großen Teil der Union.



Auf dem Spielplan steht Zwietracht: Franz Josef Strauß, Helmut Kohl
FOTO: WOLFGANG STECHE

Innenpolitische Debatte „reines Provinztheater“

Im Kanzleramt erwartet man, daß das morgige Treffen der beiden wenigstens zu einer Klärung der Prioritäten führt, mit denen man in der Zukunft gemeinsam Politik machen will. Wenn Strauß darauf beharrt, daß die Fragen der Rechts- und Innenpolitik vorrangig Beachtung verdienten, darf er sich auf ablehnende *Reaktion* seitens Kohls gefaßt machen. Die Debatte über die innenpolitischen Themen dieser Regierung nennt man im vertrauten Kreise des Kanzlers „reines Provinztheater“.

„Wir befinden uns“, so sagt es ein Eingeweihter, „im heutigen weltpolitischen *Klima in einer Zeit* enormer Bewegungen. Vielleicht sind dies Ablösungserscheinungen vertrauter Konzepte, Übergangsphasen zu neuen Kapiteln. Die Abschreckungsstrategie, die Frage europäischer Gewichtung – fast jede Woche kommt ein neuer Aspekt hinzu, und wie wird die vorsichtige Handhabung dieser fließenden Situation durch den Kanzler charakterisiert? *Als* Führungsschwäche. Was tut Franz Josef Strauß zur Profilierung der SDI- oder Eureka-Frage? Er spricht von der Rechts- und *Innenpolitik*.“

Vieles an der Kohl-Kritik sei reine Unkenntnis der politischen Konstanten. So wurde eine Passage in Kohls Rede vor der Stuttgarter NATO-Parlamentarier-Konferenz, wo der Kanzler von den „Chancen und Risiken von SDI“ sprach, interpretiert, als habe das Kanzleramt schon wieder eine neue, diesmal distanzierte Position bezogen. In Wahrheit stand dieser Satz wörtlich bereits in der Regierungserklärung vom 18. April. Die „Singularität“ einer SDI-Beteiligung, vor der sich Bonn hüten müsse, mag zwar ein Wortbeitrag Hans-Dietrich Genschers gewesen sein; aber, so erwähnt man in Kohls Umgebung, diese Idee wurde bereits mit der Stellungnahme des Bundessicherheitsrates vom 27. März geboren, wo es heißt, die Europäer müßten „eine gemeinsame Haltung“ erarbeiten und einbringen.

Aber das sind Exegesen, die dem ramponierten Ansehen der Regierung nichts helfen, wenn gleichzeitig ein Schwergewicht wie Franz Josef Strauß ungestüm an den Pforten des „Amtsträgers“ in Bonn rüttelt. Sie helfen auch so lange nicht, wie Kohl nur die Vorsicht und den „Oberbuchhalter der Nation“ (der scheidende US-Botschafter Arthur Burns über Finanzminister Stoltenberg) in sich konsultiert. Wende-Regierungen, so sagt sich der Bayer, müssen auch Wagnis-Regierungen sein. Und was für Risiken der politische Mut mit sich bringt, kann man nicht durch Diskussionen, sondern nur durch Handeln ausloten.

Mit dem Kulturinstitut ist noch kein Staat zu machen

Ende 1983 / Anfang 1984 tauschten Paris und Ost-Berlin Kulturinstitute aus. Wenn der französische Ministerpräsident Fabius nächste Woche der „DDR“ einen offiziellen Besuch abstattet, wird er sich auch über die Entwicklung des „Centre Culturel“ informieren. Hüben wie drüben haben die Institute aber noch keine Erfolgs-Story geschrieben.

Von TORSTEN W. KRAUEL

Zwei Minuten vor acht Uhr abends: Gähnende Leere herrscht im hell beleuchteten Ausstellungskeller des Kulturzentrums der „DDR“ in Paris. Sogar das leise Singen der Punktstrahler ist vernehmbar. Zwei Minuten noch bis zum Vortrag der *Maler Hans Löffler* und Christine Perthen, „Meisterschüler“ der Ost-Berliner Akademie der Künste – doch kein Gast in Sicht. Die Damen vom Kulturzentrum vergleichen ihre Uhren und muntern sich mit Späßen auf. Gedämpft dringt der Lärm der Metro aus der Tiefe herauf.

Zwei Gäste erscheinen. Der Abend findet statt.

Das war vor acht Wochen. Seither haben die Ost-Berliner ihre auffällige Werbung am Gebäude des Kulturzentrums noch verstärkt. Auf dem Spruchband an der Fassade können selbst noch die Bistro-Gäste am hundert Meter entfernten Odeonsplatz den Namen des Bildhauers Wieland Förster entziffern, der gegenwärtig mit einer Ausstellung an der Seine vertreten ist. Ein Schaukasten wirbt für eine Ausstellung über „Musik und Gesang im antifaschistischen Widerstandskampf“.

Hermlin stößt auf höflichen Widerspruch

Vor wenigen Tagen lud der Leiter des Hauses, Egon Ehrlich, ein ausgewähltes *Publikum* „*zu einer Dichterlesung*“ mit „DDR“-Prominenz. Wie viele Pariser kommen, wenn der siebzigjährige Stephan Hermlin, einst Po*saune Stalins* und *heute empfindsa*mes Glockenspiel für ausgewählte Dacapo-Einsätze, aus Anlaß des „50. Jahrestages des Weltkongresses der *Schriftsteller für die Verteidigung der* Kultur“ die Franzosen Mores lehrt? Rund ein Drittel der etwa 45 Gäste sind Franzosen – Universitätsdozen*ten*, Lehrer und Deutsch-Studenten.

Hermlin, Augenzeuge der Nürnberger Prozesse, vergleicht Céline, den durch sein infam antisemitisches Pamphlet ebenso wie durch den genialen Roman „Reise in die Nacht“ bekanntgewordenen Nazi-Kollaborateur, mit Goebbels: Erst nach dem *Tode solcher Menschen könne er wie*der frei atmen. Die Aufnahme Célines in die berühmte Autoren-Edition „Pleiades“ sei ein Skandal. Ernst *Jünger hingegen schätze er als* „*im* Gegensatz zu Céline ernstzunehmenden Schriftsteller“.

Höflich formulierter Unwille *schlägt Hermlin* entgegen. *Der literarischen* Anerkennung Célines durch die anwesenden Franzosen, gleichgültig ob politisch links oder rechts *eingestellt, versagt sich der Gast.* „*Ich* kann“, erklärt er später der WELT mit müdem Lächeln, „diese Meinungen nur zur Kenntnis nehmen.“

Allerhand mußten die „DDR“-Offiziellen bisher in Paris zur Kenntnis nehmen. Über die Pariser hat die Sekretärin des Institutsleiters, eine junge Frau mit wachen Gesichtszügen, alle Illusionen verloren: „Die wissen ja größtenteils gar nicht, daß es zwei deutsche Staaten gibt.“

„DDR“-Botschafter Alfred Marter, großgewachsen, sportlich und von weltgewandtem Selbstbewußtsein, ist dennoch optimistisch: „Sehr interessante Diskussionen finden hier statt.“ Für Paris hat sich die „DDR“ im übrigen nicht ohne Erfolg bemüht, das Erscheinungsbild ihrer Kulturvertretung den Gegebenheiten anzupassen. Statt „ältlichen, Schulfranzösisch giftenden Sächsinnen“ wie vor Jahresfrist, begegnet der Besucher heute unter den Angestellten aufgeschlossen wirkenden jungen Frauen. Die in der „DDR“ geborene Bibliothekarin ist mit einem Franzosen verheiratet und beherrscht die Landessprache fließend.

„Hellseher“ hatten bei der Eröffnung des „DDR“-Instituts vor gut einem Jahr dem von Bonn finanzierten Goethe-Institut in Paris harte und möglicherweise existenzgefährdende Konkurrenz prophezeit. Scharenweise würden Studenten aus der nahegelegenen Sorbonne-Universität die „DDR“-Repräsentanz aufsuchen, um von den angekündigten, bislang aber nicht verwirklichten kostenlosen Deutschkursen zu profitieren. Solche Sorgen, sollte es sie je im Goethe-Institut ernsthaft gegeben haben, sind schnell verflogen. Ein schönes Gebäude habe Ost-Berlin da erworben, heißt es. In jeder größeren französischen Stadt aber sei ein Goethe-Institut zu finden, wo die „DDR“ schon aus Finanzmangel nicht vertreten sei. Das Wichtigste aber: Der freie Reiseverkehr mit seinen unzähligen Privatkontakten sei auch durch noch so prunkvolle Institute nicht zu ersetzen. Und schließlich: Auch in diesem Jahr wird es wohl nichts mehr mit den Deutschkursen der Ost-Berliner. *Tatsächlich kennt man im* „*DDR*“-*Institut* noch keinen Starttermin.

Dort reklamiert Ost-Berlin vorwiegend gemeinsame deutsche Vergangenheit für sich. Eine große Dresden-Ausstellung berichtet vom Kunstschaffen unter August dem Starken, und über der Betrachtung antiker Köpfe und preußischer Prinzessinnen-Medaillons in der Rezeption könnte der Besucher Honecker glatt übersehen. Des Generalsekretärs Porträt hängt, im Stil des Hauses künstlerisch gestaltet, als Kohlezeichnung neben der Tür – ohne Punktstrahler-Beleuchtung.

Finden aber Autoren, die ohne Ausbürgerungsurkunde mit legalem Ausreisevisum für einige Jahre in den Westen gingen – diesen Unterschied muß man den Franzosen erst einmal erklären – noch Erwähnung auf den pastellfarbenen Programmen mit eingeprägtem Staatswappen? Ausweichend kommt die Gegenfrage, wer von denen eigentlich noch „DDR“-Bürger sei. Und was heiße linientreu, selbst bei Christa Wolf kämen einem da ja Zweifel. Am 17. April aber habe sie im „DDR“-Zentrum gelesen.

Als aber „Kassandra“ vor wenigen *Jahren nur im Westen erscheinen* konnte, hatten die „DDR“-Bibliothekare strikten Befehl, nur anzubieten, was in der „DDR“ verlegt – und zensiert – wird.

Unter solchen Vorzeichen fehlen dem „DDR“-Kulturzentrum elementare Voraussetzungen für eine offene Diskussion mit Franzosen. So ist hier kaum denkbar, was kürzlich im Goethe-Institut stattfand. Da debattierten CDU-Abgeordnete und Grüne mit dem französischen Deutschlandkenner Alfred Grosser über die politische Zukunft der Bundesrepublik. Fast vierhundert Zuhörer kamen.

Szenenwechsel: das französische Kulturinstitut in Ost-Berlin. Marschmusik scheint auf die preußischen Fassaden draußen vor der Fensterfront des „Centre Culturel Français“ seit Jahrzehnten unablässig Schicht auf Schicht herabgesunken zu sein. Gedämpft, aber unüberhörbar dringt sie auch an diesem Tag in den Lesesaal. Großer Wachaufzug. Niemand im Raum jedoch würdigt die Soldaten auch nur eines Blickes. Einige Schüler pfeifen unbefangen die Melodie mit, aber sie blättern wie fast sämtliche Anwesenden in französischen Illustrierten.

Der große Ansturm fand nicht statt

An die Eröffnung des französischen Instituts hatten Beobachter phantastische Erwartungen geknüpft. Lange Schlangen lesehungriger Deutscher bestimmten die Phantasie – und nun zeigt die Momentaufnahme: höchstens fünfzehn Besucher im Lesesaal, Kleinkinder mit eingerechnet. Doch es ist offenbar kein Zufallsbefund. Direktor François Fouillard sagt, so sei es immer, und nach Büroschluß würden es nicht mehr. Der Besucher aus dem Westen ist überrascht. Tageszeitungen und politische Periodika warten ebenso wie das Tourismus-Sonderheft eines Wirtschaftsmagazins vergeblich auf Leser.

War der Ansturm der Ost-Berliner auf das französische Kulturzentrum ein frommer Wunsch? Nüchterne Tatsachen sprechen für diese Annahme. Das West-Fernsehen informiert aktuell und, besonders über innerdeutsche Fragen, umfassender als der deutschsprachige Teil der Straßburger „Dernières Nouvelles d'Alsace“ im „Centre Culturel“. Selbst Angestellte des „DDR“-Instituts in Paris treibt ja trotz freien Zugangs zur westdeutschen Presse privat die unverhohlene Sorge um, in Frankreich ohne ARD oder ZDF bei deutschdeutschen Themen etwas zu verpassen.

Nur wenige Ost-Berliner können überdies Französisch, und die Teilnehmer der Sprachkurse sind Künstler, Lektoren oder Ingenieure im Außendienst, informierte Leute also. Außerdem steuert Paris dezent das Angebot: Die 6800 Bände umfassende Bibliothek wird „in nächster Zeit ausschließlich mit Belletristik“ ergänzt.

Sie behandelt vorwiegend französische Probleme. Für sie aber interessieren sich die Ost-Berliner nur in beschränktem Maße, solange nur einen halben Kilometer vom französischen *Kulturzentrum entfernt, für jedermann* sichtbar, hinter dem Rest der Reichskanzlei stumm die Mauer mit ihren Wachtürmen steht.

Da entsinnt sich der Besucher zweier Bücher, die durch starke Gebrauchsspuren in den Regalen des „Centre Culturel“ besonders auffielen. Das eine handelt von Papst Johannes Paul II. Fast schon zerfetzt vom Lesen aber war ein zweiter Buchumschlag. Es ist ein französisches Werk über die deutsche Geschichte von 1917 bis 1933.

Änderungen im strategischen Denken Frankreichs: Neue Papiere und ihre Hintergründe / Die Reaktion in Bonn

‚Von einer Garantie für die Nachbarn keine Rede'

A. GRAF KAGENECK, Paris

In die seit Jahren erstarrten französischen Positionen zur Sicherheit in Europa ist Bewegung gekommen. Stellungnahmen dazu, wie Frankreich sich im Konfliktfall in Europa verhalten soll und welche Rolle schon in Friedenszeiten seine konventionellen und atomaren Streitkräfte übernehmen könnten, häufen sich in letzter Zeit auffallend. Offenbar geschieht dies unter dem Eindruck der SDI-Diskussion und eines neuen deutschen Interesses an besseren Beziehungen zur Sowjetunion, das sich in der SPD und der FDP breitmacht. Die Debatte erfaßt auch die politischen Parteien. Es scheint die Erkenntnis zu wachsen, daß die Deutschen eine Unklarheit über die Haltung Frankreichs in der Sicherheitspolitik nicht länger zugemutet werden kann.

Fast gleichzeitig werden Mitte Juni die sozialistische und die gaullistische Partei „Strategiepapiere" veröffentlichen, die eine neue Doktrin der Verteidigung Europas und der Rolle der französischen Armee skizzieren. Dem Papier der Sozialistischen Partei kommt *zunächst* mehr *Bedeutung zu*, da es sich um die Regierungspartei *handelt*. Aber auch die Ansichten der Gaullisten sind im Hinblick auf einen eventuellen Wahlsieg der Opposition 1986 nicht uninteressant.

Der außenpolitische Sprecher der Sozialisten, Jacques Huntzinger, hatte am Dienstag in Paris in einer Vorschau auf das Dokument von einer „Ausweitung des Begriffs der vitalen Interessen Frankreichs" gesprochen. Diese würden im Bereich der atomaren Abschreckung quasi automatisch andere Länder Europas umfassen. „Von einer französischen atomaren Garantie für die Nachbarn kann indes nach wie vor keine Rede sein", betonte Huntzinger vor der WELT.

Die lebenswichtigen Interessen Frankreichs aber, die sich bisher mit den geographischen Grenzen des Landes identifizierten, müssen heute offensichtlich woanders liegen und vor allem Deutschland einschließen, das in dem Papier namentlich genannt werde. Die Sicherheitsinteressen beider Länder seien inzwischen so eng miteinander verwoben, daß Frankreich nicht länger am Schicksal seines wichtigsten Partners desinteressiert sein könne. Die deutsch-französische Differenz in der SDI-Frage habe, so *Huntzinger, die französischen Überlegungen* über eine engere deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft „beschleunigt". Huntzinger: „Solange die Deutschen allein vom amerikanischen Atomschutz abhängen, wird Europa niemals weiterkommen."

Auch die *gaullistische Partei RPR* tritt für eine „Geste der Solidarität" gegenüber der Bundesrepublik ein, ohne vorher zu enthüllen, wieweit eine solche gehen könnte. Weder Gaullisten noch Sozialisten werden sich etwa den Vorschlägen der beiden Strategieexperten Michel Tatu („Le Monde") und Pierre Lellouche (Institut für internationale Beziehungen) anschließen wollen, die in unlängst erschienenen Büchern eine permanente Stationierung französischer taktischer Atomwaffen auf deutschem Boden schon in Friedenszeiten und in einer Stärke von fünf „atomaren Divisionen" nahe der deutschen Ostgrenze sowie ein System nach dem Vorbild der deutsch-amerikanischen *Regelungen für den* Atomwaffeneinsatz vorschlagen.

Eine solche Hypothese ist auch noch meilenweit vom Denken etwa des französischen Verteidigungsministers Hernu entfernt. Aber das Vokabularium der Politiker hat sich auffallend geändert. So schrieb das Organ der Sozialistischen Partei „Unité" in seiner letzten Nummer: „Der *militärische Vorort von Paris,* der ein Jahrhundert lang Straßburg hieß, *heißt heute Hamburg." Und der* ehemalige französische NATO-Botschafter *François de Rose schrieb im* „Monde", daß Frankreich seine „*inneren Widersprüche" zwischen* alleiniger Verteidigung seines nationalen Territoriums und seinen evidenten Lebensinteressen, die an der deutschen Elbgrenze verteidigt werden müßten, endlich auflösen müsse.

Nur die Kommunisten sind, wie im Interesse Moskaus nicht anders zu erwarten, fanatisch gegen jede Änderung. Ihr Parteiorgan „Humanité" *nennt* das Huntzinger-Projekt „wahnwitzig und absolut konträr zu unseren *nationalen* Interessen".

General de Gaulle legte den Grundstein

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Kern der deutsch-französischen SDI-Differenz verbirgt sich eine der unerfreulichsten Fragen des Verhältnisses der beiden Staaten zueinander: Wie wäre Frankreichs Haltung im Fall eines *bewaffneten Konflikts in Europa?* Die Frage stellte sich erstmals, als Charles de Gaulle im Jahre 1966 die französischen Streitkräfte aus der integrierten Kommandostruktur der NATO herausnahm und sie wieder unter nationales Kommando stellte. Sein Hauptargument: Der Befehl über die absolute Waffe, die Atombombe, lasse sich nicht teilen.

Das Argument ließ sich sowohl gegen die amerikanische Supermacht wie gegen den wichtigsten Partner in Europa, die Bundesrepublik, anwenden. War die „Bombe" mit der Teilaufgabe von Souveränität im Bündnis unvereinbar, so galt dies ebenso gegenüber jedweder Integration in ein europäisches Bündnissystem.

Die Gründe, die den General dazu führten, sind von der *Histographie* inzwischen genügend erhellt *worden. Es war undenkbar, daß die* europäische Großmacht Frankreich *einen der wichtigsten Bestandteile* ihrer Souveränität, die Streitkräfte, fremdem Oberbefehl unterstellte. Was für das geschlagene Deutschland galt, konnte nicht für Frankreich gelten. Während des Algerien-Krieges hatte de Gaulle bei den Amerikanern demütigend um Freistellung integrierter Truppenteile bitten müssen. Nur unter einer Bedingung war der General zu einer gewissen Verflechtung bereit: Daß Frankreich neben den USA und Großbritannien an einem Dreier-Direktorium der westlichen Welt teilhaben sollte. Sie wurde ihm verweigert. De Gaulle zog sich auf eine europäische Position zurück. Gleichzeitig streckte er Fühler nach Moskau aus, um gegen jede Überraschung gesichert zu sein, die aus dem Schoß eines *wiedervereinigten* Deutschland einmal hervorgehen *könnte.*

Seitdem ist Frankreichs Position in der Welt auf eine eigentümlich widersprüchliche Weise fixiert. Es ist im *Bündnis*, ohne sich dessen Beistand-Automatismus zu unterwerfen. Es entscheidet selbstherrlich, ob es an einem europäischen Krieg teilnehmen soll. Und es legt Wert auf ein besonderes Verhältnis *zur Sowjetunion. Eine Position des* 19. Jahrhunderts, die nicht mehr recht ins Bild paßt.

De Gaulles Nachfolger haben diese *Position beibehalten. Gewiß* gab es Änderungen, etwa bei Giscard, der zuweilen von einer „Ausweitung des Sanktuariums" sprach, womit die Übernahme einer atomaren Schutzgarantie über die Bundesrepublik gemeint war. Nie hat sie sich jedoch in irgendeiner Form dokumentiert: Mitterrand nahm die Formel sogar zurück, indem er jede Garantie für die Bundesrepublik in Abrede stellte. Schon gar nicht kam für einen französischen Präsidenten ein deutscher Finger an einer französischen Atombombe in Frage, wie das mal der Gaullist Sanguinetti vorgeschlagen hat. Denn das wäre „*ein casus belli für Moskau*" (Giscard). Ebenso hart weigert sich *Paris seit zwanzig Jahren gegen eine* Teilnahme an der Vorwärtsverteidigung, die eine Automatik des Kriegseintritts zur Folge hätte. Zwar stellt das sozialistische Frankreich eine „schnelle Eingreiftruppe" als „Reserve der NATO", über deren militärisches Werk selbst französische Generäle rätseln, aber auch diese wird erst eingesetzt, „wenn die Regierung dies entscheidet".

Die Stimmen häufen sich in Frankreich, die eine Beendigung dieses Zwitterzustandes fordern. Man könne Frankreichs wichtigstem Partner, den Deutschen, nicht länger zumuten, damit zu leben. Daß Frankreichs Freiheit nicht am Rhein, sondern an der Elbe zu verteidigen sei, vertreten heute sogar gaullistische Politiker. Aber auf Regierungsebene ist der Riegel noch nicht gebrochen. So kommt es zwangsläufig zu deutsch-französischen *Differenzen*, wenn Sicherheitsfragen für Europa auftauchen. *Da die Bundesrepublik* nur bedingt auf Frankreich zählen kann, muß *sie sich* Amerika, *sprich SDI, zuwenden.* Vielleicht ist das der Hintergrund *des Huntzinger-Papiers.*

Bonn warnt vor einer Abkoppelung Europas

THOMAS KIELINGER, Bonn

Mit äußerster Zurückhaltung haben Regierungskreise in Bonn gestern auf die Ankündigung *des für* internationale Beziehungen zuständigen Parteisekretärs der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger, reagiert, wonach Frankreich erwäge, den nuklearen Schutzschirm des Landes auf andere Teile Westeuropas auszudehnen. Ein entsprechendes Papier wird zur Zeit von Mitterrands Partei beraten und soll am 12. Juni abschließend debattiert werden.

Wie ein Berater im Kanzleramt sagte, „spiegelt diese Erklärung nicht die offizielle französische Regierungspolitik wider". Und nur diese Politik sei für die Bundesrepublik maßgebend. Man ist in Bonn einigermaßen erfahren mit französischen Äußerungen zur Sicherheitspolitik, denen von Fall zu Fall nicht immer letzte Klarheit abzugewinnen ist. So konstrastiert das von Huntzinger *angedeutete* Konzept scharf mit der traditionellen *französischen Auffassung*, daß die „Force de Frappe" einzig und allein *der nationalen* französischen Verteidigung zu Diensten steht.

Mit dieser grundsätzlichen Interpretation hat Paris beispielsweise auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdebatte entscheidend in die deutsche Diskussion eingegriffen und die Bundesrepublik *nachdrücklich* und wiederholt an den unverzichtbaren nuklearen Schutz der Amerikaner erinnert. Kein geringerer als Präsident Mitterrand selber warnte in seiner historischen Rede vor dem Bundestag am 20. Januar 1983: „Wer immer auf ‚Abkoppelung' des europäischen Kontinents vom amerikanischen setzt, stellt unserer Meinung nach das Gleichgewicht der Kräfte und damit die Erhaltung des Friedens in Frage. Ich meine und ich sage, daß diese ‚Abkoppelung' als solche gefährlich ist." Mitterrand *in dieser* Rede auch: „Die französische Kernstreitmacht ist *und bleibt unabhängig.*"

Während einer Debatte in der Nationalversammlung im November 1983 bekräftigte Verteidigungsminister Charles Hernu die französische Auffassung, daß Paris „nicht über die *Mittel verfügt, um seine Nachbarn* mit der ‚Force de Frappe' zu verteidigen". *Hernu antwortete damit* auf einen Beitrag des gaullistischen *Oppositionschefs Jacques Chirac*, der nach einem Besuch in der Bundesrepublik Gedanken in Richtung einer erweiterten Gültigkeit des französischen atomaren Schirms vorgetragen hatte. Chiracs Vorstoß wurde damals auch von seinen eigenen Parteikollegen angegriffen. So hielt ihm Altgaullist Michel Debré vor, die französische Abschreckungsmacht sei nur dazu bestimmt, „das nationale Territorium zu verteidigen. Sie kann kein anderes Ziel haben."

In Bonn ist man nicht wenig besorgt, daß die jetzt von Huntzinger angedeutete Neuorientierung im strategischen Denken Frankreichs genau das bewirken könne, was Paris selber vor zwei Jahren noch besonders fürchtete: Eine Abkoppelung der europäischen Sicherheit von den USA. *In diesem Zusammenhang* sieht man eine doppelte Ironie darin, daß Huntzinger zur Begründung des Vorstoßes seiner Partei unter anderem anführt, daß die amerikanischen Pläne eines Raketenabwehrsystems (SDI) selber dazu führen würden, daß Europa ungeschützt zurückbleibe. Die Bonner Regierung hat gegenüber den sicherheitspolitischen Konsequenzen von SDI ebenso starke Bedenken wie gegenüber solchen jetzt in Frankreich vorgetragenen Ideen, die ebenfalls als ungeeignet angesehen werden, die gültige Sicherheitsformel des westlichen Bündnisses und *damit die* Ankoppelung an den amerikanishen atomaren Schirm zu ersetzen.

Im Kanzleramt glaubt man aber nicht ernsthaft daran, daß sich die offizielle französische Linie ändern werde. Ohnehin sei die politische Integration Europas absolut vorrangig. Ein Berater sagte wörtlich: „Solange diese Integration nicht vorankommt, steht die französische Nuklearfrage am Ende der Agenda." Dessen ungeachtet wird die Sicherheitskooperation mit Frankreich, bilateral und im europäischen Rahmen, weitergehen. Bonn und Paris sind beteiligt an solchen Projekten wie dem europäischen „Jäger 90", dem Schnellen *Brüter „SR 2", an der Trägerrakete* „Ariane", an dem „Transschall-*Windkanal*". *Erste Gespräche* laufen über Pläne eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten.

Genugtuung bei Grünen über Rotationsurteil

GEORG BAUER, Bückeburg

Auf dem sensiblen Feld zwischen Politik und Recht haben die Staatsrechtler im niedersächsischen Bückeburg den Spielraum nicht eingegrenzt. Wie Juristen bereits vorher angekündigt hatten, gelang es nicht zu beweisen, daß die fünf grünen Landtagsabgeordneten unter Zwang gehandelt hätten, als sie ihren Verzicht erklärten. Die Disziplin stand vielmehr im Vordergrund, auf die eine Fraktion und eine Partei ein Recht haben. In der Urteilsbegründung heißt es daher, das freie Mandat des Abgeordneten ist nicht nur faktisch, sondern auch verfassungsrechtlich mit der Parteibindung und der Fraktionsloyalität vereinbar, die anerkannter Bestandteil des modernen parlamentarischen Systems sind.

Juristisches Neuland betrat der Staatsgerichtshof trotzdem, als er die Rotation für verfassungswidrig erklärte und damit in der politischen Diskussion um das von den Grünen angestrebte Auswechseln der Abgeordneten während einer Legislaturperiode Pflöcke einschlug. Die Begründung des Gerichts: Das Rotationsprinzip steht im Widerspruch zu Artikel 6 der Landesverfassung, der die Wahlperiode auf vier Jahre festlegt. Diese Verfassungsbestimmung, so das Gericht, sei das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem Demokratieprinzip, das eine Legitimation der Abgeordneten durch die Wähler ge*biete, und dem Gebot der Kontinuität* der Amtsführung der Organe des Staates. Sie schaffe den zeitlichen Rahmen für die sachgerechte Tätigkeit der Abgeordneten im Parlament und sichere damit das Abgeordnetenmandat als funktionales Element parlamentarischer Repräsentation.

Gleichzeitig erinnerten die Richter die grünen Landtagsabgeordneten *daran, das Amt im Einklang* mit der Verfassung zu führen. Wer die *verfassungsrechtliche* Ordnung *durch* Mandatsverzichte zu unterlaufen suche, verkenne, daß den Abgeordneten nicht nur Rechte und Freiheiten gewährt würden, sondern auch Pflichten auferlegt seien. Nicht folgen wollte das Gericht der Argumentation, die Rotation verstoße gegen die Unmittelbarkeit der Wahl.

Die Grünen haben auf das Urteil mit Genugtuung reagiert, zugleich aber die Konsequenzen daraus gezogen. An dem Prinzip der Rotation, so kündigten sie an, werde man festhalten. Für sie bleibt nur die Frage, in welchem Rhythmus die Abgeordneten auszuwechseln sind – gedacht ist an die Rotation in dem Zeitraum einer Legislaturperiode.

Berlin meldet Rückgang der Sozialhilfeempfänger

Im Bundesdurchschnitt dagegen Zunahme um fünf Prozent

F. DIEDERICHS, Berlin

Berlin kann als einziges Bundesland einen Rückgang an Sozialhilfeempfängern verzeichnen. Während die Zahl der bedürftigen Antragsteller in den letzten zwei Jahren im Bundesdurchschnitt um rund fünf Prozent zunahm, wies die Bilanz der zwölf Berliner Sozialämter allein für das Jahr 1983 eine Abnahme von vier Prozent auf. Während 1982 noch 153 189 Berliner Hilfeleistungen in Anspruch nahmen und damit allein 20 Prozent des Landeshaushaltes ausschöpften, ging diese Zahl 1984 auf 142 000 Bürger zurück.

Der Berliner Sozialsenator Ulf Fink (CDU) äußerte sich in dieser Woche optimistisch, bei einer Fortsetzung der rückläufigen Tendenz im Jahr 1990 mit 141 000 Sozialhilfeempfängern wieder den Stand von 1976 erreichen zu können. Als einen der wichtigsten Gründe für den Rückgang sehen Berliner Politiker das Senatsprogramm zur gemeinnützigen Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern an, das nach dem Prinzip „Leistung und Gegenleistung" ausgerichtet ist.

Der Senat hatte rund 35 000 arbeitslose Sozialhilfeempfänger zu Arbeiten im Bereich des Gartenbaus oder der Straßenpflege aufgefordert. Wer nach dreimaliger Aufforderung eine solche gemeinnützige Beschäftigung ablehnte, dem wurde die Sozialhilfe gekürzt oder gestrichen. Nur in 4400 Fällen hatten Leistungsempfänger diese Arbeiten ohne einleuchtenden Grund abgelehnt, berichtete jetzt die Senatsverwaltung für Soziales.

Zu weiteren Einsparungen führte eine restriktive Auslegung des Bundessozialhilfegesetzes bei Ostblock-Bürgern, die nach West-Berlin übergesiedelt waren. Hier wurde, gestützt auf die Rechtsprechung mehrerer Oberverwaltungsgerichte, die Hilfe in jenen Fällen verweigert, in denen die Antragsteller als „Sozialhilfetouristen", also nur wegen der staatlichen Leistungen, eingereist waren.

Gleichzeitig waren die Ausgaben für den Heimaufenthalt älterer Mitbürger zurückgegangen, da die Zahl der über 65jährigen in Berlin seit 1977 kontinuierlich abnimmt.

Ferlemanns und Hensches Taktik ging auf

XING-HU KUO, Fellbach

Im Eiltempo wurde der außerordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier durchgezogen. Bereits am Dienstag abend – und nicht, wie vorgesehen, am Mittwoch – konnten Gewerkschaftschef Erwin Ferlemann und sein Stellvertreter und „*Chefideologe*" Detlev Hensche erleichtert aufatmen. Ihre Kampftaktik war von den *280* Delegierten, die schon am Vormittag einstimmig die *Bildung einer Mediengewerkschaft* verabschiedet hatten, verstanden und befolgt worden.

Hensche hatte gleich zu Beginn des Kongresses in Fellbach bei Stuttgart Feindbild und Marschroute definiert: „Der wirkliche Gegner *sitzt in den Verlagshäusern und Druckunternehmen." Er forderte*, bei „*allen Zweifeln*" an der zu gründenden neuen Gewerkschaft *nicht zu vergessen*, gegen wen zu kämpfen sei, und sich bei inneren Auseinandersetzungen zurückzuhalten. Der deutliche Wink, *die Beschlüsse des 1983er Nürnberger* Gewerkschaftstages für die neue Mediengewerkschaft nicht zu wiederholen, wurde verstanden. Vielmehr wurde bei den meisten brisanten Themen nach dem Motto verfahren, „aufgeschoben ist nicht aufgehoben". So etwa in der Frage der Vergesellschaftung der Medien, in Nürnberg beschlossen: Für die neue Gewerkschaft wird diese Frage erst in drei Jahren, nach der Bildung ihrer zweiten Stufe, wieder akut. Oder die politisch brisante Frage, ob der Geltungsbereich der neuen IG Medien die *Bundesrepublik einschließlich* des Landes Berlin oder die Bundesrepublik „und Berlin-West" *umfassen* soll.

Zurückgezogen wurde allerdings ein Hannoveraner Antrag, die neue Gewerkschaft *auf die politischen Ziele* der IG Druck und Papier zu verpflichten. Trotzdem bleibt die unverkennbare politische Duftmarke der IG Druck bei der neuen Gewerkschaft meilenweit ruchbar.

Die durch diese Einseitigkeit schon jetzt arg geschrumpfte neue Mediengewerkschaft will deshalb gegenüber einem Haupt-„Aussteiger" neben der Keule („dort hat der Wendehammer brutal zugeschlagen", so IG-Druck-Vorstandsmitglied Frenzel), auch Kompromißbereitschaft signalisieren: Mit dem Deutschen Journalisten-Verband (mit *14 000 Mitgliedern* fast doppelt so stark wie die IG-Druck-eigene DJU) sei ein „Spitzen-Gespräch" zum Thema Mediengewerkschaft vereinbart worden, sagte Ferlemann zum Abschluß des Gewerkschaftstages.

DGB will die Bundesregierung an seinem Konzept messen

„Aktionswoche" im Herbst gegen die Arbeitslosigkeit / Regionale Kundgebungen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will während einer „Aktionswoche" *darauf dringen,* daß „der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit endlich entschieden angepackt wird, daß die Erhaltung des Sozialstaates zu einem allgemeinen Anliegen wird und daß die Angriffe auf Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte abgewehrt werden". Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach berichtete nach einer Sitzung des Bundesausschusses, vor und während der „Aktionswoche" vom 14. bis 20. Oktober solle über die Politik der Bundesregierung „sachlich informiert" und die gewerkschaftliche Kritik „öffentlichkeitswirksam" artikuliert werden.

Dabei beziehen sich Fehrenbach und der DGB vornehmlich auf das 1977 vorgelegte Konzept zur Lösung der Beschäftigungskrise. Darin sind beschäftigungspolitische Programme die Kernpunkte. Fehrenbach sagte, an diesem Konzept würden die Gewerkschaften auch in Zukunft Regierungspolitik messen, gleich, „ob diese nun rot, schwarz, gelb oder grün ist". Er kündigte regionale Kundgebungen und örtliche Veranstaltungen an. In Betriebs- und Personalversammlungen solle verstärkt über die Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, diskutiert werden. An zentrale Kundgebungen auf Bundesebene sei nicht gedacht, aber „am Ende sollen Massenveranstaltungen die Betroffenheit der Arbeitnehmer deutlich machen".

Ausführlich bemühte sich Fehrenbach, der CDU-Mitglied ist, darzustellen, daß die „Aktionswoche" Bestandteil gewerkschaftlicher Politik sei, die politisch neutral sei. Er bekannte: „Die Gewerkschaften wollen keine andere Regierung, aber sie wollen eine andere Politik."

Dabei stritt er nicht ab, daß es „natürlich eine historisch gewachsene Verbundenheit zwischen den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gibt, die es in dieser Weise mit den christlichen Parteien nicht gibt". Dennoch sei es um so höher zu bewerten, daß der DGB in den Jahren 1981 und 1982 die SPD-geführte Bundesregierung in einer Schärfe attackiert habe, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriggelassen habe. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß das IG-Metall-Vorstandsmitglied Heinz Janssen von einer „Verstümmelung *der sozialen Sicherung" und von* „programmierter sozialer Demontage" *durch die Bundesregierung* gesprochen habe und einen Bruch des *historisch gewachsenen Bündnisses* der Gewerkschaften mit der SPD *nicht ausschließen wollte.* Fehrenbach sagte, man dürfe heute nicht so tun, als hätte der DGB die sozial-liberale Koalition mit Glacé-Handschuhen angefaßt. Auch die Massendemonstrationen, die im Herbst 1982 gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau stattgefunden hatten, seien zu einem *Zeitpunkt* beschlossen worden, als die sozial-liberale Regierung noch im *Amt* gewesen sei. *Und niemand werde* behaupten dürfen, daß die Gewerkschaften *nicht* den Dialog mit der christlich-liberalen Regierung gesucht hätten. Als Beweis führte er das Spitzengespräch des DGB mit der Regierung vor der Bundestagswahl im März 1983 an.

Union: Was ist mit der Volkszählung?

AP, Bonn

Die Unionsparteien haben gegenüber der Bundesregierung Unbehagen über die Verschleppung der Volkszählung deutlich gemacht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Broll stellte gestern die Frage, wie die noch ernsteren Probleme der Innenpolitik gelöst werden sollen, „wenn der Staat schon beim Thema der Volkszählung handlungsunfähig wird". Eine Regierung lebe davon, daß „die Bevölkerung ihr Kompetenz zutraut und bei ihr die Kraft zur Entscheidung" spüre.

Ohne ein Regierungsmitglied namentlich zu nennen, vertrat Broll in einer offiziellen Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Auffassung, wenn der Staat nicht den Mut habe, das sachlich Gebotene und rechtlich Begründete zu tun, dann habe er „keine Autorität mehr, dann traut man ihm nichts zu". Die für 1983 geplante *Volkszählung* mußte wegen eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht auf den 23. April 1986 verschoben werden. Nunmehr soll sie 1987 oder 1988 stattfinden, nachdem Innenminister Zimmermann die Abhaltung der Erhebung von der Zustimmung der SPD abhängig gemacht hatte.

Jenninger gegen Rotationsprinzip

hey, Bremen

Gegen die Rotation von Grünen-Abgeordneten hat sich Bundestagspräsident Philipp Jenninger klar ausgesprochen. Vor der Bremischen Bürgerschaft erklärte er gestern, ein „*verordneter*" Mandatsverzicht sei „unvereinbar mit den Grundsätzen unserer Verfassung". Er räumte ein, daß er sich „in einer schwierigen Lage" befunden habe, weil das Bundeswahlgesetz dem Parlamentspräsidenten nur „die Rolle eines Notars zugesteht". Allerdings machte sich auch bei den Rotations-„Erfindern" zunehmend Zweifel breit.

Jenninger hält es „schlicht für falsch", daß es eine Krise des Parlamentarismus gebe. Hier bestehe allerdings eine „Herausforderung". Das Infragestellen des Mehrheitsprinzips würde Grundpositionen berühren: Wer gegen Mehrheitsentscheidungen ein Vetorecht beanspruche, offenbare eine „gefährliche Arroganz". Diejenigen ließen erkennen, daß sie ihre Auffassungen „verabsolutieren und damit für unangreifbar" hielten. Dies müsse in letzter Konsequenz zur Zerstörung der parlamentarischen Demokratie führen, meinte der Bundestagspräsident.

Die Bannmeile und die Grünen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einsehen wollte Dieter Drabiniok nicht, daß über die „unglaubliche Geschichtsklitterung" und die „Pazifistenlüge" nicht geredet worden war. Seien doch die Äußerungen von Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) am 15. Juni 1983 im Parlament („Der *Pazifismus* der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.") *Anlaß gewesen, daß er mit meist* Grünen einen Tag später vor dem Bundestag demonstrierte. Drabiniok und Walter Schwenninger, die bis zur „Rotation" im Plenum durch ihre ausgefallene Haar- und Barttracht auffielen, hätten ihr Strafverfahren vor dem Bonner Amtsgericht gern auf eine politische Ebene geschoben.

Doch Politik spielte im Saal 236 keine Rolle: Die bisherigen Grünen-Abgeordneten waren angeklagt, gegen das Gesetz zum Schutz der Bann*meile verstoßen zu haben. Und nach* dem darf niemand im Regierungsviertel demonstrieren. Auch, so Richter Fritz Hasse, Parlamentarier nicht.

Das hatte aber nach dem Urteil Schwenninger (42) und Drabiniok (31) nicht gehindert, damals mit rund einem Dutzend anderen ihre Verärgerung über die Geißler-Äußerung auszudrücken. Denn, so Drabiniok, im Parlament hätten sie zu wenig Redezeit. Die Abgeordneten hatten mit Plakaten des Kölner Hubert Maedge aus dessen KZ-Bilder-Ausstellung demonstriert, weil im Gegensatz zu diesem nach ihrer Ansicht für sie das Bannmeilen-Gesetz nicht gelte. Prompt schritt die Polizei ein.

Trotz des klaren Sachverhalts bekam das Verfahren einen fast unverhältnismäßig wirkenden Anstrich: *Da saß auf der einen Seite Hasse mit* zwei Schöffen. Er wurde unter ande*rem dadurch bekannt*, daß er im Oktober 32 Zuhörer in einem anderen Bannmeilen-Prozeß wegen „*unge bührlichen Verhaltens*" zu Ordnungsstrafen bis zu vier Tagen Haft verurteilte. Schwenninger ließ sich von Otto Schily vertreten, der in seiner Abgeordnetenzeit bisher ein einziges Mal eine Verteidigung übernommen hatte – die des SPD-Kollegen Udo Fiebig. Und Staatsanwalt Martin *Dettmann ist einer der Ankläger im* Flick-Prozeß. Angesicht dieser „hochkarätigen" Besetzung dauerte es dann rund sieben Stunden bis zur Urteilsverkündung. Vorher waren fast zehn Polizei- und Sicherheitsbeamte als Zeugen aufmarschiert.

Dabei hatte Schily schon zu Beginn „aus Gründen der Verfahrensökonomie" für Einstellung und Verhängung einer Geldbuße plädiert. Mit je 1700 Mark waren im *Mai* die SPD-Abgeordneten Horst Jungmann, Heide Simonis und Reinhold Hiller „davongekommen", die sich damals mit den Grünen laut Dettmann „solidarisiert" hatten. So erinnerte sich ein junger Beamter, von einem SPD-Politiker „ziemlich aufgebracht" auf das „Hausrecht" der Abgeordneten hingewiesen worden zu sein: „Da stan*den wir erst mal auf* dem Schlauch."

Hasse ließ auch Schilys Einwand *nicht gelten*, daß Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) vor dem Bundeshaus *wegen einer verlorenen Wette Bier* ausgeschenkt hatte, daß das Hohe Haus von Karnevalisten *zu Weiberfastnacht* „gestürmt" würde und dieses ebenfalls „Demonstrationen" wären. Der Richter warnte „mit beschwörendem Nachdruck ein weiteres Mal", Protestaktionen im Bannkreis würden „ausnahmslos" bestraft.

Obwohl die auf 750 und 1200 Mark reduzierten Strafen laut Hasse im „untersten Bereich" liegen, gehen die jetzigen Fraktionsmitarbeiter in die Berufung. Gegen sie laufen noch Verfahren im Zusammenhang mit Demonstrationen *in Mutlangen und Bitburg.* Dagegen hatte Hans Verheyen seine höhere Geldstrafe anerkannt, die er als damaliger Grünen-Abgeordneter erhalten hatte.

Wallmann stellt sich hinter Kohl

dg. Wiesbaden

Der Frankfurter Oberbürgermeister und Landesvorsitzende der CDU Hessen, Walter Wallmann, hat sich zu Bundeskanzler Helmut Kohl und zur Regierungspolitik bekannt: „Wir stehen zum Bundeskanzler und unterstützen ihn nachdrücklich", erklärte Wallmann gestern vor Journalisten in Wiesbaden.

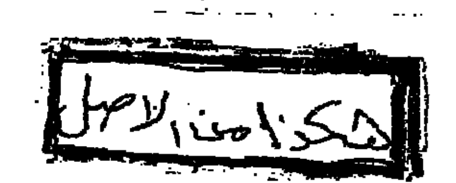
Wallmann betonte, die Bundesregierung könne trotz mancher „Ärgernisse und sogenannter Pannen" die besten wirtschaftlichen Daten für die Bundesrepublik seit 26 Jahren vorweisen. Durch Senkung von Inflationsrate und Zinsniveau sei die Kaufkraft um zweistellige Milliardenbeträge erhöht worden.

Scharfe Kritik äußerte der hessische CDU-Vorsitzende an der „Tu nix-Regierung" des „Ankündigungsministerpräsidenten" Börner, die allenfalls das Gegenteil dessen tue, was sie angekündigt hat. Mit ihrer rot-grünen Politik werde sich die Regierung zahlreiche juristische Verfahren einhandeln. So werde die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das neue hessische Personalvertretungsgesetz erheben.

Herbe Kritik an dem Koalitionsangebot Börners an die Grünen hat auch die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände in einem Schreiben an den Ministerpräsiden*ten geübt*: „Die Beauftragung einer ausgewiesen wirtschaftsfeindlichen Partei mit den Ressorts Umwelt und Energie kann nur als gegen die hessische Wirtschaft gerichtetes Handeln verstanden werden, dessen Folgen auch Arbeitnehmer und Arbeitslose trifft."

Die CDU/CSU hat den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit aufgefordert, sich „endlich klipp und klar" zu der sich abzeichnenden Koalition zwischen SPD und Grünen in Hessen zu äußern. „Der DGB-Vorsitzende, der ständig die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung angreift und Protestaktionen vorbereitet, sollte lieber mit seinen Gewerkschaftern in Hessen demonstrieren", betonte der parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Rudolf Seiters.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Athens Kabinett zeigt: Wirtschaft hat Vorrang

E. ANTONAROS, Athen

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou hat gestern sein neues Kabinett vorgestellt, das aus 14 Ministern, zwei Staatsministern und zwei Staatssekretären besteht. Von wenigen Umbesetzungen abgesehen ist es eine Neuauflage der bisherigen Mannschaft.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung läßt allerdings erkennen, daß Papandreou keinen Linkskurs einschlagen und sich in erster Linie mit der kritischen Wirtschaftslage befassen will.

Für sich hat Papandreou auch das Ressort Verteidigung vorbehalten, wo er sich weiterhin vom bisherigen Staatsminister General a. D. Drossogiannis vertreten läßt. Fast keine Änderungen gab es im Außenministerium: Außenminister Charalambopoulos, Staatsminister Papoulias und der für EG-Fragen zuständige Staatssekretär Pangalos wurden in ihren Ämtern bestätigt. Hingegen mußte der bisher für die Beziehungen zu Amerika und Westeuropa zuständige Staatssekretär Kapsis den Hut nehmen.

Als Wirtschaftszar gilt weiterhin Gerassimos Arsenis, dem neben dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen auch das für Griechenland wichtige Ressort Handelsschiffahrt anvertraut wurde. In ihren bisherigen Ämtern wurden Simitis (Landwirtschaft), Koutsogiorgas (Inneres) und Lazaris (Verwaltung) sowie die Schauspielerin Melina Mercouri (Kultur) bestätigt.

Der zweitmächtigste Mann in der Partei, Akis Tsochatzopoulos, hat neben seinen Aufgaben als Minister im Amt des Regierungschefs auch das Arbeitsministerium übernommen. Daraus schließen Beobachter in Athen, daß Papandreou die Ankündigung eines unpopulären Austerity-Programms plant und einen engen Vertrauten und erfahrenen Unterhändler für die erwarteten Auseinandersetzungen mit den teilweise kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften ins Feld schicken will.

Das von Staatschef Sartzetakis vereidigte Kabinett hat nur provisorischen Charakter. Bis Anfang Juli will Papandreou das Parlament über eine drastische Reform der Kabinettsordnung entscheiden lassen. SAD

Niederlagen Reagans im Kongreß

wth. Washington

Die Reagan-Administration hat im Kongreß gestern zwei Abstimmungsniederlagen erlitten, die ihren außenpolitischen Spielraum einengen könnten. Der Senat akzeptierte mit 69 Stimmen einen Antrag des demokratischen Senators Edward Kennedy und des Republikaners John Heinz, der die Lieferung fortgeschrittener Waffensysteme an Jordanien verhindern soll, solange Jordanien sich nicht zu direkten Friedensverhandlungen mit Israel bereiterklärt.

Sowohl das State Department als auch das Weiße Haus sind unglücklich über diesen Antrag, der nach Meinung von Außenminister George Shultz „dem Friedensprozeß im Nahen Osten keine Dienste leistet". Präsident Ronald Reagan hatte dem jordanischen König Hussein bei seinem kürzlichen Besuch in Washington noch zugesagt, daß er auf die Unterstützung der USA in jordanischen Sicherheitsfragen rechnen könne. Der Präsident verstand diese Zusage als Gegenleistung für Zugeständnisse Husseins in der Nahost-Politik. Der jordanische König hatte in einer „Friedensinitiative" gegenüber Washington erklärt, daß die von ihm verkündete Anerkennung der UNO-Resolutionen 242 und 338, die die Anerkennung des Existenzrechts Israels beinhaltet, nicht nur von Arafat, sondern auch vom Zentralrat der PLO gebilligt worden sei.

Jordanien benötigt moderne Waffen, angeblich, um gegen die Bedrohung durch Syrien gewappnet zu sein. Feste Vereinbarungen über amerikanische Waffenlieferungen gibt es noch nicht. Der Antrag im Senat wurde von 43 Demokraten und 26 Republikanern unterstützt.

Kurze Zeit später stimmte der außenpolitische Ausschuß des Senats mit 16 gegen eine Stimme für Wirtschaftssanktionen in bestimmten Bereichen gegen Südafrika. Das vom Ausschuß unterstützte Gesetz, das gute Chancen hat, vom Senat angenommen zu werden, untersagt unter anderem Anleihen an die südafrikanische Regierung, die Lieferung von Computern an das südafrikanische Militär und die Polizei und verlangt von allen amerikanischen Firmen, die in Südafrika mehr als 25 Angestellte beschäftigen, den farbigen Angestellten in Wohnungs- und Beschäftigungsfragen das gleiche Recht wie Weißen zukommen zu lassen. Das Gesetz droht weitere Sanktionen an, wenn in Südafrika in den nächsten 18 Monaten keine entscheidenden Fortschritte bei der Überwindung der Apartheid gemacht werden.

Die Reagan-Administration hatte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika bisher stets abgelehnt und setzte statt dessen auf Fortschritte in ihrer Diplomatie des „konstruktiven Engagements".

Als stünden die Wahlen schon fest: In London spricht man über Koalitionen

Mehrheit weder für Tories noch für Labour erwartet / Sozialliberale als dritte Kraft

REINER GATERMANN, *London*

Betrachtet man in diesen Wochen die politische Debatte in Großbritannien, muß man den Eindruck gewinnen, daß eine Parlamentswahl kurz vor der Tür steht. Da wird öffentlich erklärt, mit wem und unter welchen Voraussetzungen man sich eine Koalitionsregierung oder ein Minderheitskabinett mit Unterstützung eines zweiten Partners denken könne.

Daß es weder den Tories noch der *Labour Party gelingen sollte, eine ei*gene Mehrheit zu erringen, wird schon als selbstverständlich hingenommen, nachdem bei Meinungsumfragen in den vergangenen Wochen *wiederholt die sozialdemokratisch-liberale* Allianz als dritte – gleichstarke – Kraft plaziert worden ist.

Auch wird bereits bekanntgegeben, welche hohen Beamten man zu entlassen gedenkt, falls es in 10 Downing Street zu einem Wechsel kommen sollte, und welche Politik man zu betreiben gedenkt. Also alles Erklärungen und Proklamationen, die auf einen baldigen Wahltermin hindeuten.

Wird Kabinett umgebildet?

Tatsache ist, daß die Briten frühestens Ende 1987 und spätestens im Frühsommer 1988 zur Wahlurne gerufen werden. Den genauen Termin bestimmt die Premierministerin.

Sie hätte – trotz der für sie nicht sehr erfreulichen Ergebnisse der Meinungsumfragen – allen Grund, sich *über die Art, wie hier schon die Beute* verteilt wird, bevor sie überhaupt erlegt ist, zu amüsieren. Auf Wahlen, vor allem aber auf eine Stärkung der Parteiorganisation zielt offenbar die gestern von der „Times" veröffent*lichte Nachricht über eine bevorste*hende Kabinettsumbildung.

Natürlich kann auch Margaret Thatcher nicht völlig ignorieren, was die Demoskopen ermitteln (bestenfalls wird sie unter den drei Parteien an zweiter, bei einigen Umfragen allerdings auch erst an dritter Stelle liegen). Zudem weiß sie nur zu genau von der Unruhe in der eigenen Partei über schwindende Wählersympathien.

Deutlichster Hinweis waren bisher die Grafschaftswahlen. Aber die Regierungschefin tat richtig daran, sich erneut und uneingeschränkt zu ihrer bisherigen Politik zu bekennen.

Ihre restriktive Finanzpolitik und die meisten anderen Aspekte ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik sind notwendige Schritte auf dem Weg zu einer Sanierung der Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen. Eigentlich sollten diese Maßnahmen vom Durchschnittsbürger auch verkraftbar sein, wenn man berücksichtigt, daß er immerhin noch reale Einkommensverbesserungen von rund drei Prozent jährlich erhält.

Aber die Frage ist, ob sich die kon*servative Regierung nicht der Grenze* nähert, wo der Wähler ihr aus reinem Protest wegen der ständigen Forderung nach mehr Einsparungen den Rücken kehrt. Die Parteifunktionäre *an der Basis registrieren immer häufi*ger derartige Anzeichen und raten zu einem behutsameren Vorgehen. Mit dem Argument, wo Großbritannien heute stünde, wenn Frau Thatcher der Spendierfreude ihrer Vorgänger nicht Einhalt geboten hätte, könne man kaum neue Stimmen gewinnen.

Derzeit schrumpft die konservative Anhängerschaft. Ein Großteil ist zur Allianz abgewandert, die sich strate*gisch klug genau zwischen den bei*den anderen Parteien plaziert hat. Ihre Führer David Steel (liberal) und David Owen (sozialdemokratisch) spielten ihre Karten geschickt. Sie *kritisieren die Regierung für ihre un*zulänglichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und möchten hier und dort die Sparschraube nicht ganz so drastisch anziehen. *Bei der Labour Party gefällt* ihnen deren unilaterales Abrüstungsstreben nicht; auch nicht die Absicht, den Gewerkschaften die Rechte zurückzugeben, die sie vor 1979 hatten *und deren Erklärung, bei einem Re*gierungswechsel einige Unternehmensprivatisierungen rückgängig zu machen, darunter die der Telefongesellschaft Telecom.

Kinnocks Verdienst

Bei einem Abwägen, welche Partei der Allianz als eventueller Koalitionspartner näher läge, schlägt das Pegel eindeutig in Richtung Tories. Allerdings würde sie sicher darauf dringen, daß Margaret Thatchers größter Wunsch nicht in Erfüllung geht, eine dritte Amtsperiode in 10 Downing *Street zu erleben.*

In der heutigen Situation wäre eine Partnerschaft der Allianz mit der Labour Party noch schwerer vorstellbar, vor allem nach der bösen persönli*chen Diffamierung David Owens* durch Labourchef Neil Kinnock. Dieser warf ihm unter anderem vor, „ein Ego reich an Arroganz zu haben und sich an Ambitionen zu berauschen".

Neil Kinnock ist es zuzuschreiben, daß die Labour Party beim Wähler wachsendes Vertrauen genießt und sich von dem katastrophalen Wahlergebnis von 1983 weitgehend erholt *hat.*

Sorge um Verlust des Marktes Europa

Nach dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals / Wohin jetzt mit Obst und Gemüse?

ACHIM REMDE, Marrakesch

Jedes Motiv ist aus Hunderten kleiner Steinchen zusammengesetzt und Hunderte von Malen kehrt das Motiv wieder in diesem Saal im Königspalast von Marrakesch. Die Mosaiken, die Boden und Wände bedecken, werden heute genauso hergestellt wie vor tausend Jahren: in *Handarbeit* aus kleinen Keramiksteinchen.

Marokkanische Handwerker stellen auch elegante Damenhandtaschen her und setzen dann ungeniert das Emblem prestigeträchtiger europäischer Marken darauf. Design und Qualität sind tadellos, und der Preis beträgt weniger als ein Zehntel des europäischen. Doch solche Imitationen dürfen nur *in Marokko verkauft* werden, weil die Marken in Europa geschützt sind.

Bauern kultivieren mit einfachsten Mitteln jeden Winkel Marokkos. Obst und *Gemüse, frisch oder konserviert,* stellen zusammen mit Fisch fast ein Viertel der marokkanischen Exporte dar, und 60 Prozent davon gehen in die EG.

Wenn Spanien und Portugal Mitglied der EG werden, ist es aus damit. Traditionell prowestlich orientiert, hat Marokko, wie kaum ein anderes Entwicklungsland, vergleichbar allenfalls noch mit Tunesien, sich politisch und wirtschaftlich, und hier wiederum vor allem in seiner landwirtschaftlichen Produktion, ganz nach Europa ausgerichtet. Seine geographische Lage als westlichstes Land Nordafrikas, von Spanien nur durch die Straße von Gibraltar getrennt, *kam ihm dabei zustatten.*

Im Gegensatz zu Algerien, das damit allerdings auch kläglich gescheitert ist, hat Marokko nie den Ehrgeiz besessen, sich schnellstmöglich zum Industrieland *zu entwickeln*. Anders aber als in Tunesien sind in Marokko die traditionellen Gesellschaftsstrukturen weitgehend intakt geblieben.

König Hassan weiß, daß es nicht nur sinnlos, sondern sogar verantwortungslos und gefährlich ist, eine islamische Gesellschaft angesichts beschränkter wirtschaftlicher Ressourcen in das europäische 20. Jahrhundert *katapultieren zu wollen. Doch* die kulturelle und wirtschaftliche Verflechtung mit Europa und den USA gingen Hand in Hand mit einem politischen Liberalisierungsprozeß, der zu einer Mehrparteiendemokratie nach westlichem Vorbild geführt hat. Als AKP-Staat ist Marokko auch durch die Abkommen von Lomé mit der EG assoziiert.

Mit Beginn der Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals hat Marokko immer wieder

MAROKKO

befreundete europäische Regierungen, insbesondere die Frankreichs und der Bundesrepublik auf den drohenden Verlust seines Absatzmarkts für Obst und Gemüse hingewiesen und gebeten, sich für eine Regelung einzusetzen, die den Interessen Marokkos Rechnung trägt. Eine Lösung ist bis heute nicht in Sicht.

König Hassan, der schon im August letzten Jahres der Weltöffentlichkeit durch die überraschende Verbrüderung mit seinem Erzfeind Khadhafi eine Kostprobe seiner Manövrierfähigkeit gegeben hatte, ließ *sich daraufhin* wieder etwas einfallen: Er stellte in Brüssel einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft.

Die überraschten Eurokraten gerieten in die größte Verlegenheit. Nicht etwa weil die Entscheidung über den Antrag schwierig wäre. Daß Marokko Mitglied in der EG werden könnte, steht für sie nicht einen Augenblick zur Debatte. Nein, die Frage war, wie man einen *solchen* Antrag, der noch nie da gewesen war, diplomatisch ohne sich eine Blöße zu geben, ablehnt.

In der Tat gibt es zahlreiche Gründe, weshalb Marokko nicht Mitglied *in der EG werden könnte*. Aber richtig überzeugend ist keiner. Geographisch liegt Marokko nicht in Europa, aber doch vor den Toren Europas. Soll man sich formalistisch geben? Nun, *die EG-Länder sind Industrie*staaten und politisch zumindest Mittelmächte.

Doch mit der Industrialisierung einiger von ihnen – genannt sei nur *Portugal – kann sogar Marokko noch* mithalten. Ähnliches gilt auch vom politischen Gewicht Marokkos, das unter Hassan beträchtlichen Auftrieb erhalten hat. Bleibt die christlich-abendländische Zivilisation der „europäischen" Länder. Aber, ist nicht auch die Türkei NATO-Mitglied? Und wenn man auf Gemeinsamkeiten westlicher Politik abstellt, wachsen die Zweifel noch mehr.

Für den EG-Beitritt Marokkos sprechen demgegenüber eine Reihe von Argumenten, *die* sich nicht von der Hand weisen lassen. Hassan plant eine feste Verbindung über die Straße von Gibraltar, die Europa den Landweg nach Afrika öffnen würde. *Marokko könnte das Bindeglied Eu*ropas zu Afrika und dem Nahen Osten werden. Neue Märkte und ein riesiges Potential an arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen würden sich auftun.

Immerhin dürfte das marokkanische Beitrittsgesuch einen Effekt haben: Man wird sich Mühe geben, Marokko wenigstens bei Agrarexporten entgegenzukommen. Vielleicht wollte Hassan das nur erreichen.

Streit in der PLO über Dschibril

Vorwürfe wegen der Austauschaktion mit Israel / Arafat kauft Insel / Hussein verärgert

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Innerhalb der verschiedenen Gruppen der *PLO* ist es im Zusammenhang mit dem Austausch von rund 1000 Terroristen und Gefangenen gegen drei israelische Soldaten zu heftigem Streit gekommen. Wie die WELT aus Tunis erfährt, wo die Arafat ergebene Gruppe der Fatah, der größten Organisation der PLO, derzeit ihr Hauptquartier hat, sollen mehrere Fatah- und Palästinenserführer aus dem Westjordanland dem Chef der „Volksfront für die Befreiung *Palästinas – Generalkommando*", Achmed Dschibril, vorgeworfen haben, bei den Verhandlungen mit Israel nur an Angehörige seiner Organisation und seiner Sippe gedacht zu haben, obwohl man ihm größere Geldsummen für die Freilassung bestimmter PLO-Kämpfer auf eines seiner Konten überwiesen hätte. Unter den ausgetauschten Palästinenser befindet sich unter anderem Dschibrils Neffe, Murad Ali Buschnak.

Aus der Fatah wird Dschibril außerdem vorgehalten, daß sich unter *den Freigelassenen viele Kriminelle* befinden, die die Freiheit nur erlangt hätten, weil sie gute Beziehungen zu Dschibril unterhalten. Auch unter den libanesischen Schiiten, die Khomeini nahe stehen, sind ähnliche Vorwürfe laut geworden. Dschibril habe ihre Brüder in den israelischen Gefängnissen bewußt vernachlässigt. Etwa 100 Schiiten sind bei der Austauschaktion freigekommen.

Der Streit hat auch mit den grundsätzlichen Auseinandersetzungen innerhalb der *PLO* zwischen dem prosyrischen Flügel einerseits und dem Arafat-Flügel andererseits zu tun. Dschibrils Gruppe gehört zu der „Palästinensischen Nationalen Erlösungsfront", einer Allianz von sechs PLO-Gruppen, die in Damaskus als Gegenpol zu Arafat im März der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dschibril befehligte vor der Austauschaktion etwa 800 Mann. Jetzt dürften es mehr als 1000 sein.

Arafats militärische Position ist durch die jüngsten Kämpfe in Beirut *stark geschwächt*, seine *politische* mit der Friedensinitiative des jordanischen Königs Hussein eng verknüpft. Am Hof des Königs wird momentan viel Optimismus verbreitet. Aus diplomatischen Kreisen jedoch ist zu erfahren, daß Hussein über Arafat nachhaltig verärgert sei, weil Abu Dschihad, Arafats rechte Hand, die Gespräche Ammans mit Kairo und Washington gefährdete, indem er in einer sensiblen Phase am 21. April ein *Terrorkommando* aussandte, das in einem Boot namens Ataveros vom algerischen Hafen Annaba aus startete und in Israel Terrorakte durchführen sollte. Das Boot wurde von der israelischen Marine aufgebracht. Drei Tage später erklärte Abu Dschihad in der kuwaitischen Zeitung „Al Ambar": „Diese See-Operation war Ausdruck unserer Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf zu eskalieren, ganz gleich auf welche Schwierigkeiten wir dabei stoßen." Abu Dschihad soll persönlich die Mitglieder des Kommandos in ihre Aufgaben eingewiesen haben. Wäre es zu den beabsichtigten Anschlägen gekommen, wäre König Hussein als Komplize der PLO *sowohl in Israel als auch in Kairo* und Washington in Verruf geraten.

Daß Arafat weniger auf Verhandlungen als auf militärische Optionen *setzt, geht auch aus einer Meldung* hervor, die der Informationsbrief „Memo" in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlicht. Demnach soll Arafat im Mietkauf die nordjemenitische Insel Karaman als neuen Geheimstützpunkt für die militärische Ausbildung seiner Kämpfer und Rekruten erworben haben. Preis: 26 Millionen Dollar. Außerdem soll er in Tunesien und Algerien zwölf Hubschrauber amerikanischer Fabrikation gekauft haben.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Unredliche Motive"

„Der schrecklichste Tag im europäischen Fußball"; WELT vom 31. Mai

Die Ausschreitungen *im Brüsseler* Stadion am 29. 5. 1985 machen die nicht mehr aufschiebbare Notwendigkeit der Bekämpfung des Rowdytums deutlich. Diese Bekämpfung *muß radikal geschehen, d. h.* an der Wurzel: Das Rowdytum muß bekämpft werden, gleichgültig, wo es agiert und unter welchem Vorwand es auftritt, im Fußballstadion oder *vor dem Kernkraftwerk*.

Rowdys sind auch Vermummte in Demonstrationen. Rowdys sind nämlich keine Demonstranten, die nach des Wortes Bedeutung ihre Meinung offen kundtun, sich deutlich machen. Der Vermummte macht sich ja gerade undeutlich, unkenntlich. Ein vermummter Demonstrant ist ein Widerspruch in sich selbst. Der Vermummte will, wie jeder andere Rowdy, nur die Gewalttätigkeit.

Politiker, wie Herr Baum (FDP), die sich immer wieder gegen das Vermummungsverbot einsetzen, müssen sich gefallen lassen, entweder zu *Sympathisanten von Rowdys* und damit zu Rowdys selbst oder zu solchen gerechnet zu werden, die auf die Wahlstimmen aus diesen kriminellen Kreisen spekulieren. In beiden Fällen *handelt es sich um unredliche Moti*ve.

Wann endlich wird das Gesetz des absoluten Verbots der Vermummung bei Demonstrationen, das als Vergehen unter Strafe gestellt wird, verabschiedet?

Dr. H. Blechner, Bensheim

Seelenkäufer

Sehr geehrte Damen und Herren,

die überaus herzliche, von den elektronischen Medien der Bundesrepublik eindrucksvoll präsentierte gastliche Aufnahme des Präsidenten *der Sozialistischen Internationale* Brandt durch den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Gorbatschow in Moskau sollte im freien Westteil Deutschlands höchste Wachsamkeit bewirken. Der oberste Herr über GULag und KGB, über enorme Offensivstreitkräfte und weltzerstörerische atomare „overkill"-Arsenale, der Großlieferant von Kalashinikovs in alle Teile der Welt für Völkervergewaltigung und heimtückische Einzelmorde, der brutale *Eindringling ins freie Afghanistan*, er empfängt mit sichtbar großer Freude den ebenso beglückten Friedensnobelpreisträger Genosse Brandt. Ein Wort des ehemaligen Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale, Dimitroff, *aus dem Jahre* 1938, das ich dieser Tage las, sollte uns allen bei diesem Anblick unter die Haut gehen: „Ein Universitätsprofessor, der sich, ohne Mitglied der Partei zu sein, für die Interessen der Sowjetunion hergibt, ist mehr wert als 100 Männer mit Parteimitgliedskarten. Ein Gewerkschaftsführer, der außerhalb unserer Partei steht, aber sowjetische internationale Politik vertritt, ist mehr wert als 1000 Mitarbeiter der Partei. Solche Menschen *werden ihre Seelen dem Teufel* verkaufen – und wir kaufen Seelen!"

Mit freundlichen Grüßen
H.-J. Griess, Bonn2

Abendmahl

„Die Christen bleiben in Grundsatzfragen getrennt"; WELT vom 22. Mai

In dem Artikel heißt es: „Die katholische Kirche erlaubt nicht die Teilnahme von Protestanten am Abendmahl in der katholischen Kirche." Das bedarf der Ergänzung und Korrektur: Im Gemeinsamen Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Den Sonntag feiern" steht geschrieben: „Sie (die katholische Kirche) läßt evangelische Christen *lediglich* in Notfällen unter bestimmten Voraussetzungen zur heiligen Kommunion zu, gestattet aber ihren Gliedern nicht, das evangelische Abendmahl zu empfangen."

Es kann einem evangelischen Gemeindeglied durchaus passieren, von der katholischen Kirche durch das Sakrament der Letzten Ölung/Krankensalbung vereinnahmt zu werden – z. B. dann, wenn ein evangelisches Gemeindeglied nach einem schweren Unfall besinnungslos in ein Krankenhaus gebracht wird, in dem ein katholischer Pfarrer seelsorgerlichen Dienst tut. Die eigenen Gemeindeglieder werden in unbedingter Weise von einer sakramentalen evangelischen Amtshandlung zurückgehalten – andere aber, die durchaus einer anderen Konfession oder gar Religion (bzw. gar keiner) angehören könnten, werden von der katholischen Kirche in einer selbstverständlichen Weise vereinnahmt.

Pfarrer Klaus Bursian, Berlin 20

Antonov-124

„Le Bourget: Treffpunkt für die Monster der Lüfte"; WELT vom 1. Juni

Sehr geehrte Herren,

in obigem Artikel schreiben Sie, daß über die Antonov-124 keine technischen Details vorliegen.

Die Daten sind: Geschwindigkeit – 850 km/h, Reichweite: 16 000 km, Tragfähigkeit: 150 t.

In der „Iswestija" wurden diese Daten bekanntgegeben.

Mit freundlichen Grüßen
P. Zieber,
Institut für Ost-Marktforschung, Hamburg 76

Embryos

„In vitro veritas?"; WELT vom 28. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß der Deutsche Ärztetag in seinen Stellungnahmen zum Thema Retortenbabys und Leihmütter „recht energische Töne" anschlägt, ist zu begrüßen. Denn Gegenstand der Stellungnahmen des Deutschen Ärztetages ist menschliches Leben. Der Umgang mit ihm darf nicht leichtfertig geschehen. Die Achtung der menschlichen Würde setzt enge Grenzen.

Natürlich läßt es mich und viele andere nicht gleichgültig, daß in der Bundesrepublik Deutschland jährlich etwa 300 000 Kinder abgetrieben werden.

Retorten-Embryos und Abtreibe-Embryos stellen gleichwertiges menschliches Leben dar.

Wenn Günter Zehm die Diskrepanzen bei Abtreibung und Erzeugung menschlicher Wesen im ethischen und moralphilosophischen Bereich beklagt, dann sollten wir nicht die Meßlatte bei den Reagenzglaskindern niedriger hängen, sondern fragen, ob die Behandlung bei Abtreibe-Embryos verantwortbar ist.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB (CDU)
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Diäten

Sehr geehrte Redaktion,

wenn Rentner hören, mit welcher Problemlosigkeit sich Bundestagsabgeordnete ihre Diäten erhöhen, so mag man eine andere Praxis vorschlagen.

Die Diätenerhöhung soll als Rendite der erfolgreichen Arbeit der Volksabgeordneten ihnen gutgeschrieben werden dergestalt, daß eine Diätenerhöhung sich an der Rentenerhöhung orientiert, also eine den Renten angepaßte Diätenerhöhung.

Sollte in einem Jahr beispielsweise die Rente um 1,4 Prozent steigen, sollten auch die Abgeordneten in Land und Bund 1,4 Prozent mehr Diätenzulage bekommen.

Was mögen Rentner und Abgeordnete in Land und Bund von diesem Vorschlag halten?

Mit freundlichem Gruß
H. J. Schultz, Ahrensburg

Wort des Tages

„Gott fordert von uns die verantwortliche Tat und spricht dem Menschen, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zu."

Dietrich Bonhoeffer; dt. Theologe und Widerstandskämpfer (1906–1945)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Für seine „Hervorragenden Verdienste um Europa, Frieden und Völkerverständigung" ist der frühere Bundespräsident Professor **Karl Carstens**, mit der Stresemann-Medaille in Gold ausgezeichnet worden. Sie wurde dem 70jährigen als bisher siebenter Persönlichkeit von der Stresemann-Gesellschaft des Instituts für Europäische Geschichte der Universität Mainz verliehen. Während einer Feierstunde verwies der rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Bernhard Vogel** *unter* anderem auf Carstens noch immer gültiges Standardwerk über „Das Recht des Europarats" sowie auf dessen zwölfjährige Tätigkeit als Beamter des Auswärtigen Amtes bis 1966.

*

WELT-Redakteur **Thomas Kielinger** erhält für seinen Bericht „Kleine *Liebe* zu *Amerika* oder deutsche Ängste am Potomac" den Theodor-Wolff-Preis 1984. Kielinger, der seit 1971 der WELT angehört, war von 1977 bis 1984 als Amerika-Korrespondent der Zeitung in Washington tätig. Sein jetzt ausgezeichneter Beitrag erschien am 4. Februar 1984 in der Geistigen WELT. Thomas Kielinger, der in die Leitung des Korrespondenten-Büros der WELT nach Bonn überwechselte, behandelt in seiner „Kleinen Liebe zu Amerika" in grundsätzlicher Weise die Kriterien des Verstehens zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland, ein Verstehen, das sich oft nur in Form von Mißverständnissen zu erkennen gibt. Der Theodor-Wolff-Preis wird jährlich für hervorragende journalistische Leistungen in deutschen Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen vergeben und ist mit 6000 Mark dotiert. Dieses Mal hatten 277 Autoren 479 Artikel eingereicht. Weitere Hauptpreise zu je 6000 Mark gingen an **Rudolf Strauch** („Hannoversche Allgemeine") für den Beitrag „Die Entlassung – Stationen einer Affäre", und an **Marianne Wichert-Quoirin** *für ihre Artikelfolge „Menschen* nach Maß" im „Kölner Stadtanzeiger". Zwei weitere Hauptpreise für Beiträge aus dem lokalen Bereich bekommen **Claudia Michels** für „Wieder ein Stück altes Frankfurt weniger" in der „Frankfurter Rundschau" und **Walter Schmuehl** und **Daniel Salber** für ihre Gemeinschaftsarbeit „Tour de Ruhr, von der Quelle bis zur Mündung" in der „Dürener Zeitung". Mit Förderpreisen (dotiert mit je 3000 Mark) für *Journalisten, die am Anfang ihrer* beruflichen Laufbahn stehen, werden **Angela Steffan** für eine Artikelfolge über die Umweltkatastrophe im Main-Tauber-Kreis in den „Fränkischen Nachrichten" und **Susanne Mayer** für ihren Bericht in der „Stuttgarter Zeitung" mit dem Titel *„Da bin ich immer wieder* neuen Mut's hingegangen" ausgezeichnet.

*

Mit der Ehrenbürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg wird der Senat die Schauspielerin, Regisseurin und Leiterin der Hamburger Kammerspiele, **Ida Ehre**, auszeichnen. Diese Entscheidung gab Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** gestern bekannt. „Ida Ehre hat sich herausragende Verdienste um den geistigen und kulturellen Wiederaufbau unseres Landes und der Stadt Hamburg erworben", begründete der Bürgermeister die Entscheidung des Senats. „Ihr Name und die Hamburger Kammerspiele sind Synonyme für *großartiges* schauspielerisches Talent und für engagiertes Theater. Für sie, die selbst in ihrem Leben schwere Zeiten durchgemacht und viel Leid erfahren hat, sind der Mensch und seine Würde stets Mittelpunkt ihres vielfältigen künstlerischen und kulturellen Wirkens geblieben. Der Senat ehrt in Ida Ehre eine große Frau Hamburgs." Ida Ehre, die 1900 im österreichischen Prerau geboren und in Wien ausgebildet wurde, ging 1930 nach Engagements an kleineren Bühnen an das Berliner Lessing-Theater. Die Nationalsozialisten erteilten ihr 1933 Berufsverbot. Ihre Mutter und ihre Schwester wurden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. 1938 kam sie nach Hamburg, wo sie 1945 die Hamburger Kammerspiele gründete, die sie noch heute leitet. Ihre Aufführungen aus der Nachkriegszeit der Stücke von **Thornton Wilder**, **Sartre**, **Anouilh** und **Giraudoux**, vor allem auch **Borcherts** *„Draußen vor der Tür", gelten bis* heute als wegweisend. Ida Ehre ist die erste weibliche Ehrenbürgerin Hamburgs seit 1945.

*

Der italienische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Professor **Luigi Vittorio Ferraris**, ist mit der Lorenz-Werthmann-Medaille des Deutschen Caritas-Verbandes ausgezeichnet worden. Bei der Ehrung betonte Caritas-Präsident, Prälat **Georg Hüssler**, Ferraris habe in unkonventioneller Weise den Kontakt zu den deutschen Caritas-Verbänden und deren Beratungsstellen für italienische Mitbürger gepflegt und Hilfen vermittelt.

*

Die mit je 3000 Mark dotierten Folkwang-Preise 1985 sind viermal an insgesamt fünf Künstler verliehen worden. Drei Preise wurden im Bereich Musik vergeben und ein Preis in der Sparte Theater/Tanz. Ausgezeichnet wurden der in Seoul geborene Pianist **So-Ryang Joo**, der Brüsseler *Cellist* **Francis Gouton** und der aus Epinal in Frankreich stammende **Nicolas Jemming** für seine Kompositionen „In der Kammer des Mundes", „Aus Stimmen Blicke", „Soleil con coupe" sowie fünf Stücke für Akkordeon. Im Bereich Theater/Tanz wurden das Pantomimen-Duo „Habbe + Meik", **Michael Aufenvehn** aus Metten und **Hartmund Ehrenfeld** aus Calw, preisgekrönt.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat entschieden, daß der Bau des Zwischenlagers für Kernbrennelemente in Ahaus gestoppt werden muß, weil es nicht dem Bebauungsplan entspricht. Diese Entscheidung hat einige Auswirkungen auf die Entsorgung in der Bundesrepublik. Es ist jedoch sicher, daß keine Kraftwerke abgeschaltet werden müssen.

Der Baustopp für das Atomlager in Ahaus bringt das Entsorgungskonzept ins Stocken

Von LUDWIG KÜRTEN

Im Februar hatte das Verwaltungsgericht Münster den Antrag eines Landwirtes, dessen Äcker an den Bauplatz in *Ahaus angrenzen, gegen* den Bau des Zwischenlagers vorläufig abgewiesen. Dieser hatte sich darauf hin an die nächste Instanz gewandt, um zu erreichen, daß während des anhängigen Verfahrens nicht weiter gebaut werde und damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Diesem Antrag hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) nun in einer einstweiligen Verfügung stattgegeben.

Zwar liegt die ausführliche Be*gründung für das Urteil des OVG* noch nicht vor, doch kann man jetzt schon sagen, daß es sich vorwiegend darauf beruft, daß auf dem von der Stadt Ahaus als Industriegebiet ausgewiesenen *Gelände ein Atom-Zwi*schenlager aus bauplanungsrechtlichen nicht zulässig ist. Das Verfahren wird jetzt vor dem Verwaltungsgericht weitergeführt werden. Die weitere Entscheidung kann möglicherweise noch Jahre in Anspruch nehmen.

Wie der stellvertretende Stadtdirektor von Ahaus, Dr. Korte, der WELT auf Anfrage mitteilte, war auf *dem Gelände von vorne*herein der Bau einer Fabrik zur Herstellung von Kernbrennstoffen geplant. Das Gericht war aber nun der *Ansicht, daß mit einem* Zwischenlager ein wesentlich höheres Sicherheitsrisiko verbunden ist, so daß der Bebauungsplan eine solche Anlage nicht einschließt. Andere Gerichte *gingen dagegen in ähnli*chen Fällen davon aus, daß für solche Anlagen überhaupt kein Bebauungsplan vorliegen muß.

Die sicherheitstechnische Seite des Projektes in Ahaus ist schon vor Baubeginn von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), der *atomrechtlichen Genehmigungsbe*hörde für solche Anlagen, in einer Stellungnahme beurteilt worden. Zur Zeit läuft bei der PTB bereits das Genehmigungsverfahren für den Be*trieb des Zwischenlagers.*

Dieses Lager sollte dazu dienen, *die beim Betrieb von Kernkraftwer*ken anfallenden abgebrannten Brennstäbe solange zu lagern, bis sie einer Wiederaufarbeitung, der Endgelagerung oder einer anderen Behand*lung zugeführt werden können. Das* Lager besteht aus gesicherten Hallen, in denen etwa 1500 Tonnen Uran in gekühlten Transportbehältern untergebracht werden sollten.

Die Folgen des Baustopps sind weitreichend. Es muß damit gerech*net werden, daß das Ahauser Projekt* für einige Jahre auf Eis gelegt ist. Da auch das zweite Lager, das in Gorleben fertig gestellt ist, zur Zeit nicht in Betrieb *gehen kann, weil hier noch* ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist, gerät das ursprünglich geplante Zwischenlagerungskonzept jetzt ins Stocken.

Nach Auskunft der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung *von Kernbrennstoffen (DWK),* die auch an dem Zwischenlager in Ahaus beteiligt ist, wird es jedoch nicht zu Engpässen bei der Versorgung der in den Kernkraftwerken anfallenden *Brennstäbe kommen.*

Jedes Kraftwerk besitzt die Möglichkeit, die ausgebrannten Brennelemente zunächst selbst zwischenzulagern. Die Uranstäbe werden dazu in besonderen Wasserbecken, sogenannten Kompaktlagern, untergebracht. *Für jedes Kraftwerk muß* der Betreiber mindestens 6 Jahre im Voraus angeben, wo das anfallende radioaktive Material untergebracht werden kann. *Neben einer Zwischen*lagerung in der Bundesrepublik bieten sich den Kraftwerksbetreibern hier noch mehrer andere Möglichkeiten. In Frankreich, Großbritannien *und weiteren Ländern* gibt es inzwischen einen regelrechten Markt für Brennelemente. Viele Firmen sind jederzeit in der Lage das anfallende Material zu übernehmen und weiterzuverarbeiten.

Schon in wenigen Monaten wird sich voraussichtlich entscheiden, ob das Zwischenlager in Gorleben in Betrieb gehen kann. In dieses Fall wären alle Lagerprobleme gelöst. Ab 1993 ist schließlich die Wiederaufar*beitung der Brennstäbe in der Anlage* im bayerischen Wackersdorf geplant.

Problematisch wird es nur im Fall des Hochtemperaturreaktors (HTR) in Schmehausen, der voraussichtlich im Sommer dieses Jahres ans Strom*netz gehen sollte. Seine* Entsorgungs-Zusage bezieht sich zum Teil auf das Zwischenlager in Ahaus.

So könnte möglicherweise der Baustopp dazu führen, daß sich die Inbetrieb*nahme des HTR verzögert.* Dennoch müßte es auch in diesem Fall möglich sein, einen Ersatz für die Zwischenlagerung zu finden.

Den Schaden von dem Baustopp werden *jedoch* auf alle Fälle die deutschen Firmen haben, die kerntechnische Anlagen planen und bauen. Ihnen entstehen durch jede Verzögerung nicht nur erhebliche Kosten, sondern sie verlieren auch mehr und mehr Marktanteile an ausländische Anbieter, in deren Länder die Genehmigungen für kerntechnische Anlagen schneller und einfacher zu erhalten sind.

Die Fotomontage zeigt das im westfälischen Ahaus geplante Zwischenlager für Kernbrennelemente, das 1986 seinen Betrieb aufnehmen sollte FOTO: W. WEIHS / DPA

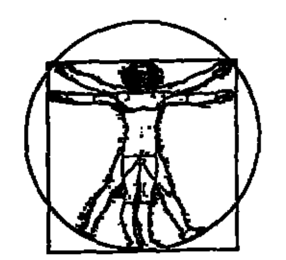
NOTIZEN

Erforschung der Venus

Moskau (AP) – Die beiden sowjetischen Raumsonden VEGA-1 und VEGA-2, die im Dezember zur Beobachtung des Halleyschen Kometen gestartet worden sind, werden Landegeräte auf der Venus aussetzen. Sie sollen in 58 km Höhe Ballons mit Sensoren ausstoßen, die Oberfläche und Atmosphäre des Planeten *untersuchen. Die Meßer*gebnisse werden von mehreren Radioteleskopen auf der Erde abgelesen. An dem VEGA-Projekt ist neben anderen europäischen Ländern auch die Bundesrepublik beteiligt.

Medizin aus China

Heidelberg (dpa) – Im Deutschen Krebsforschungszentrum findet in dieser Woche ein deutsch-chinesisches Symposium statt. Wissenschaftler befassen sich mit Entstehung, Diagnose und Therapie von



Tumoren der Leber und der Speiseröhre. Diese sind in Europa selten, kommen dagegen in China häufig vor. *Vieles spricht dafür, daß die* unterschiedliche Ernährung und Lebensmittelkonservierung Einfluß haben. Auch die Beteiligung von Viren ist nicht ausgeschlossen. Die Erfahrungen der chinesischen Wissenschaftler mit diesen Krankheiten sollen deutschen Ärzten zugänglich gemacht werden.

Hochtechnologie

Genf (dpa) – Im Europäischen Kernforschungszentrum (CERN) hat am Dienstag eine Ausstellung von Produkten aus der Hochtechnologie begonnen, die von 26 Fir*men aus der Bundesrepublik* angeboten werden. Dabei handelt es sich vorwiegend um elektronische Geräte der Meßtechnik und optischen Nachrichtentechnik sowie Geräte zur Verarbeitung, Übertragung und Analyse von Daten. Sie soll die Zu*sammenarbeit und den Technolo*gietransfer zwischen Grundlagenforschung und Industrie fördern.

Der Erlkönig in der Luft

Eine Forschungsmaschine simuliert Flugeigenschaften

Von W. WESSENDORF

Ein neues deutsches Forschungs- und Versuchsflugzeug wurde von der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) entwickelt. Von außen sieht es aus wie eine normale VWF 614, innen versteckt sich jedoch jede Menge Technologie. Dieser Erlkönig der Lüfte hat sich dem vergleichbaren amerikanischen Flugzeug, der Gulfstream II, gegenüber als technisch und ökonomisch überlegen erwiesen. Die Amerikaner hatten die Maschine für das Training der Shuttle-Astronauten benutzt. Im Frühjahr 1986 soll voraussichtlich mit dem Forschungseinsatz bei der Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) begonnen werden.

Der Name ATTAS, den das neue Flugzeug trägt, *steht für Advanced* Technologies Testing Aircraft System. Die Erprobungen am Boden und in der Luft sind fast beendet. Im Juli schon soll ATTAS an die DFVLR übergeben werden, die damit das Instrumentarium ihrer Luftfahrtforschung wesentlich verbessern wird.

„Die Einführung neuer Technologien stellt uns immer häufiger vor Probleme, die ohne ein Versuchsflugzeug nicht lösbar wären", erklärte Fred Thomas, *Leiter* des Forschungsbereichs DFVLR, bei der Vorstellung im MBB-Werk Lemwerder bei Bremen. Dazu gehörten Untersuchungen von Systemen zur Minderung der Böenlast. Das Ziel ist, die unangenehmen Einwirkungen von Böen und *Turbulenzen auf die* Struktur und Insassen von Flugzeugen zu mildern. Ebenso müßten Sicherheit sowie Leistungsfähigkeit des Systems Flugzeug–Pilot verbessert werden.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt sei, daß ATTAS Flugeigenschaften anderer Flugzeuge, die zum Teil bislang nur als Projekt geplant sind, annehmen könne. Damit könnten diese bereits im Vorfeld der Entwicklung untersucht werden (Inflight-*Simulation*). So werden *künftig Flug*zeuge, die sich noch auf dem Reißbrett befinden, schon in der Luft erprobt.

Außerdem müßten die Flugführungs- und Flugsicherungssysteme harmonisiert werden. Das geschehe *mit digitalen Rechnern und einer stö*rungsfreien Datenverbindung Bord–Boden. Thomas: „Dies erhöht die Wirtschaftlichkeit, weil weniger Warteschleifen geflogen werden müssen: Zudem gibt es weniger Mindestabstände, weil die Flugführung präziser ist."

ATTAS soll auch die neuen *Aufgaben* der Cockpits testen. Der Pilot werde künftig nur im Sonderfall das Flugzeug selbst steuern, weil Rechner diese Aufgabe präziser und sicherer übernehmen könnten. Der Mensch sei schließlich von seiner körperlichen und psychischen Verfassung abhängig.

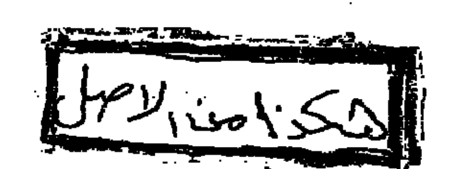
Um all diese Versuche zu unternehmen, wurden an der äußerlich kaum veränderten VFW 614 umfangreiche Ein- und Ausbauten vorgenommen. So wurden die Innenausstattung der Kabine ausgebaut, die Steuerung für Höhen- und Seitenruder, Landeklappen und Triebwerke demontiert. Zusätzlich wurde das Cockpit von seinen Instrumenten geräumt und die Verkabelung weitgehend beseitigt.

Danach erhielt die Flugzeughaupt*struktur* ihre neue Ausrüstung. Parallel zur konventionellen Seilzugsteuerung des Standardflugzeugs wurde ein zweites elektrohydraulisches Steuerungssystem (fly-by-wire) eingebaut, *das aus Sicherheitsgründen* doppelt ausgeführt ist. Dieses System besteht aus digital-elektronisch gesteuerten und überwachten Antrieben zur schnellen Betätigung der Steuerflächen und Triebwerke.

Neuartig am Forschungsflugzeug ist auch ein Klappensystem, das die schnelle Beeinflussung des Flügelauftriebes im gesamten Flugbereich erlaubt. Außerdem wurde das *Zwei-Mann-Cockpit* der Serienversion ge*trennt. Auf der linken Seite* befindet sich jetzt der Arbeitsplatz des Versuchspiloten, auf der rechten der des Sicherheitspiloten. Der Sicherheitspilot kann jederzeit die Steuerung des Flugzeuges mit den konventionellen bewährten Systemen übernehmen.

Die Programme werden von vier Versuchsingenieuren gesteuert, überwacht und bewertet. Sie bedienen im vorderen Teil der Kabine die elektro*nischen Instrumente. Kernstück* des Versuchsystems ist eine aus fünf modernen Rechnern aufgebaute Datenverarbeitungsanlage. Diese EDV-Anlage wurde von der DFVLR Braunschweig in ihren Elementen integriert und programmiert sowie erprobt.

In Braunschweig wird das Forschungsflugzeug auch stationiert. Es soll bis zum Jahr 2000 fliegen. Diese VFW 614 war eines der letzten Muster des Düsenflugzeuges, in das einst große Erwartungen gesteckt wurden.



Vom Poptenor zum großen Chansonnier: Der Niederländer Robert Long

Ein musikalischer Tausendsassa

Das glaubt ihm keiner, daß er schon 41 Jahre alt ist. Der holländische Chansonnier Robert Long, lang (wie sein Name), schlank, dunkler Lockenkopf, fasziniert die heutige Jugend derart, daß von seiner ersten Langspielplatte immer noch 10 000 Stück pro Jahr verkauft werden – elf Jahre nach dem Erscheinen auf dem Markt.

Dieser Dauerbrenner ist die LP „Kurz über lang", die unter diesem Titel im August 1979 in der Bundesrepublik herauskam. In Holland holte Long damit einen absoluten Rekord: fast eine halbe Million Platten verkauft. Das machten ihm nicht mal die Beatles nach. In der Bundesrepublik auch ein Erfolg für einen bis dahin total unbekannten Sänger: mehr als 100 000.

Alle vier LPs, die Long in den letzten elf Jahren machte, bekamen in Holland goldene und Platinplatten, und die drei letzten wurden mit dem „Edison", dem jährlichen Musikpreis, ausgezeichnet. Sein Manager: „1974, als die erste LP erschien, gab es keinen Edison – sonst hätte er auch dafür einen bekommen."

In dieser Zeit entwickelte sich Long vom Poptenor zum Chansonnier. Seine Fans schwärmen auch deshalb für ihn, weil er nicht nur über „Liebe und Triebe" singt, sondern alle Lebensbereiche anspricht, mit seinen Texten unter die Haut geht.

Er ist ein musikalischer Tausendsassa. Spielt Gitarre und Klavier, komponiert seine Lieder selbst und schreibt die Texte. Das tut er zur Zeit auch für andere bekannte holländische Kollegen wie Jasperina de Jong, Willem Nijholt und für die Stiftung „Kinder singen für Kinder" – eine Aktion für die Asphaltjugend, die unter Schirmherrschaft von Königin Beatrix steht.

Zur Zeit ist Robert Long in den Mainzer Studios (des ZDF) bei den Aufnahmen für eine neue Schau. Eine deutsche Saal-Tournee, wie sie zum Beispiel seinem Mitbürger Herman van Veen viel Erfolg bringt, ist nicht drin. „Dazu habe ich leider nie Zeit gehabt", bedauert er. Vor einem halben Jahr entschloß er sich, überhaupt nicht mehr live im Saal aufzutreten. „Ich finde eine Pause zum Aufladen notwendig. Ich will mal studieren, was andere so machen und Lieder für andere schreiben." Also abwarten bis nach der Pause.

Morgen sind wir tolerant – 20.30 Uhr, ZDF

Eigenlich heißt Robert Long Bob Levermann. Mit 14 begann er bereits in der Musik, mit 20 verschrieb er sich dem Pop, und von seinem 24. Jahr an genoß er Triumphe mit der Popband „Unit Gloria" als Gitarrist, Pianist und Leadsänger.

1972 begann er mit der Solokarriere. Robert Long hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß er homosexuell ist. (Er lebt – zusammen mit einem Freund – in einem verträumten Städtchen auf der Veluwe, dem holländischen Nationalpark.)

In seinen ersten Liedern bekannte er sich zu seinem sexuellen Anderssein, hat sich jedoch nie auf dieses Thema festlegen lassen. Seine Liebeslieder, sein intensives, solidarisches Nachfühlen zerstörter Beziehungen, sein beschwörender, dauernderAppell zur Toleranz gilt allen Menschen und zwischenmenschlichen Beziehungen. Er reduziert die Welt nicht auf die jeweilig gewünschte ideologische Größe, sondern nimmt sie an in ihrer Vielfalt und Lebendigkeit. Das Verschieden-Sein als charakteristisches Merkmal des Lebens schlechthin reizt ihn. Diese Erkenntnis und Erfahrung setzt er immer wieder um: in Lieder, die andere zu sich kommen lassen.

Von großem Erfolg gekrönt war auch sein Auftreten – fünf Jahre lang – in drei Theaterprogrammen mit dem Schauspieler und Sänger Leen Jongewaard. Aber dann kam es zu einem mittleren Skandal, weil die beiden mit ihren Liedern sittenstrenge Gemüter verstörten und schockierten.

Sein Privatleben schirmt Robert Long sorgfältig ab. Zu Hause kocht und gärtnert er gern. Bewußt zog er sich in das idyllische 8000-Seelen-Städtchen Hattem zurück, wo heute noch das alte Handwerk des Klompenmachers gepflegt wird. Hattems Giebel tragen noch den Reichtum aus der Zeit der Hanse. Hier schöpft Robert Long neue Kraft für die Hatz des Künstlerlebens.

ELFRUN JACOB

KRITIK

Dümmlich, dreist und inkompetent

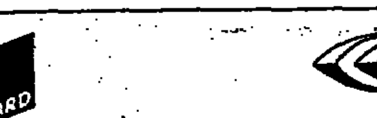
Mit ausgebufften Orchestermusikern über Harmonie und Disharmonie zu diskutieren und dabei nicht nur die Bedeutungsfacetten des musikalischen Begriffs auszuleuchten, kann außerordentlich reizvoll sein. Jedermann weiß ja von der Abneigung zwischen Bläsern und Streichern, von Neid und Eitelkeiten und Querelen mit den Dirigenten.

Was aber, wenn ein solches Gespräch von einer Moderatorin angezettelt wird, die nicht nur ein Ignorant ist in musikalischen und philosophischen Fragen, sondern zudem die Musiker rüde dazu benutzt, sich auf ihr früh avisiertes Ziel einzuschießen, die unglaublich dreiste und dümmliche These: Wie man sich im Orchester einem Dirigenten unterordne, so sei man wohl auch sonst auf einen Führer aus, wie's denn ja auch die reaktionäre politische Landschaft in der Bundesrepublik zeige.

Auf solche Formel jedenfalls läßt sich bringen, was in der spätabendlichen ZDF-Sendung „Spielraum" geschah, bei der jene Moderatorin, eine gewisse Uschi Kaps, die Musiker des Münchener Symphonieorchesters Graunke fortwährend mit Fragen traktierte, deren intellektuelles Niveau nicht minder verheerend war als die politische Stoßrichtung des Unternehmens.

Eine Zumutung also. Die Musiker wehrten sich zwar, aber sie hätten besser daran getan, der Dame sofort gehörig den Marsch zu blasen und sie einfach auf ihren impertinenten Fragen sitzenzulassen.

KLÄRE WARNECKE



ARD

10.00 Tagesschau
10.03 Ohnsorg-Theater
Das Naturtalent
Lustspiel von Ina Nicolai
12.00 *ARD-Sport extra – aus Paris*
Internationale Tennismeisterschaften von Frankreich
Halbfinale Damen-Einzel
Reporter: Heribert Faßbender und Volker Kottkamp
16.00 Tagesschau
16.10 Die Joghurts
Die kurze Geschichte einer Kinder-Band, erzählt von Albrecht Metzger
17.05 Gemeindetag unter dem Wort
29. Ludwig-Hofacker-Konferenz auf dem Stuttgarter Killesberg
17.35 *Brot des Lebens*
Bilder zu Fronleichnam aus den römischen Katakomben
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Sozialstaat 2000
Das ungewisse Morgen für die Jugend von heute
21.35 *Romanische Kirchen in Köln*
Letzte Folge: St. Ursula
21.45 Boulevard Paris
Die farbenprächtige Wohnung der Familie des Komponisten Francis Lopez, die Produktionsstätte eines Bäckers, der mit einem neuen Brot die Mägen vieler Franzosen erobert und das „Museum der Frau" besuchte Sabine Mann für die dritte Folge ihres Unterhaltungsmagazins.
22.30 Tagesthemen
23.00 Britta (1)
Zteiliger Fernsehfilm von Berengar Pfahl
Die 19jährige Britta will nicht wahrhaben, daß ausgerechnet der Frauenheld Boris ernsthaft an ihr interessiert ist. Doch als er ihr bis nach Spanien in den Urlaub folgt, glaubt sie an seine Liebe und gibt sich ihm hin. Ein Abenteuer, das für Britta Folgen nach sich zieht ...
0.30 Tagesschau

ZDF

10.10 Überflüssige Menschen
Erster deutsch-russischer Film (1926)
Buch, Regie: Alexander Rasumny
12.00 *Zum Jahr der Musik*
Anläßlich des „Europäischen Jahres der Musik" und des „Internationalen Jahres der Jugend" trafen sich zu Pfingsten rund 8000 junge Musikanten zu einem Mammut-Fest in München. Ursula Königer und Helmut Rost berichten über Vorbereitungen und Verlauf dieses Ereignisses.
12.47 heute
12.50 Die Milliarden-Rinne
Über den Main-Donau-Kanal berichtet Georg Sterr
13.20 Abel, Dein Bruder
Polnischer Jugendfilm
14.50 Reist doch mal anders
Alternative Reisewege durch Frankreich und Spanien
15.55 Die Sport-Reportage aus Leverkusen:
Basketball-EM der Herren
Italien – Deutschland
17.10 heute
17.15 Liebe Unbekannte
Französischer Spielfilm (1980)
19.00 heute
19.15 Die Lust der Gewalt
Nachdenken über den Schock von Brüssel mit dem Theologen Eugen Drewermann
19.30 Günter Pfitzmann: Berliner Weiße mit Schuß
Vier Geschichten
Regie: Wilfried Dotzel
20.30 Morgen sind wir tolerant
Robert Long und seine Lieder
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Eine Dokumentation von Rudolf Schwarz:
Strahlen der Hoffnung – Laser in der Medizin
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Kirchentag 1985
Bericht vom Treffen der Evangelischen Christen in Düsseldorf
Anschl. heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Poker-As
Polnischer Spielfilm (1982)
21.50 Höllische Angst
Leben und Arbeit im Wuppertaler Frauenhaus
22.20 Antonio Saura
Porträt von José M. Bersozo
23.05 Geist und Tat
Heinrich Mann im Exil in Frankreich
Film von Dierk L. Schaaf
23.50 Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Natur und Freizeit
20.00 Tagesschau
20.15 Fluch des Blutes
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Robert Taylor u. a.
Regie: Anthony Mann
21.35 Frederico Fellini
Film von Birgitta Ashoff
22.25 Jazzfest Berlin 1984
The Dirty Dozen Brass Band
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft
Arbeit und Beruf
19.00 Das kleine Teehaus
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Glenn Ford, Marlon Brando u. a.
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.35 Bild der Woche
21.45 Spanien im Herzen
Nachdenken über eine spröde Liebe – das Verhältnis der Deutschen zu Spanien
22.40 Per Anhalter durch die Galaxis (2)

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
19.00 Vom guten Hirten zum Weltherrscher
Christusbilder im Alten Rom
19.30 Freunde und Rivalen
Sowjetischer Fernsehfilm
20.45 Porträt Daniel-H. Kahnweiler
21.40 Kulturwoche Argentinien
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Schwitzkasten
21.55 Unser Mann in Bonn
22.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Gesundheitstreff
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Gästebuch

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Schwarz und weiß wie Tage und Nächte
Fernsehfilm von Karl-Heinz Willschrei und Jochen Wedegärtner
Regie: Wolfgang Petersen
20.45 Gespräche mit Christen
21.15 Fronleichnam in Bayern
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Zinnfiguren einer Fronleichnamsprozession
21.50 Solange es Menschen gibt
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Lana Turner u. a.
Regie: Douglas Sirk
23.50 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Siebstel
Quips – Indianer bei uns
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Kicker-Stammtisch
Sport-Talkshow live mit prominenten Gästen
18.00 *Abenteuer und Erlebnisse*
Tierfänger in Afrika
Amerikanischer Dokumentarfilm
18.30 *APF blick:*
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Prinzessin von St. Wolfgang
Deutscher Spielfilm (1957)
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
Der Wirbelsturm
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
2. Folge
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Mr. Klein
Franz.-ital. Spielfilm (1976)
Mit Alain Delon, Jeanne Moreau, Susanne Flon u. a.
Regie: Joseph Losey
Paris unter der deutschen Besatzung. Der Kunsthändler Robert Klein, der sich noch nie um Politik gekümmert hat, wird wegen einer Namensgleichheit mit einem Juden verwechselt und gerät in die Maschinerie des Faschismus.
0.20 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Pützchens Markt – die sechste Jahreszeit
Reportage von Günter Fiedler
18.30 Haute-Route
4. Tag
19.00 heute
19.30 Derrick
Pecko
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Freude an der Musik
Rudolf Buchbinder spielt Chopin
22.15 Die fröhliche Apokalypse
Wien um 1900
Dokumentation von Brigitte Vacha
23.15 3SAT-Nachrichten

TENNIS / Heute in Paris: Halbfinale der Damen mit Navratilova – Kohde

Chris Evert-Lloyd: Spiel, Satz, Sieg über Martina – und dann ein Baby

H. J. POHMANN, Bonn

Sie bekam immer, was sie wollte. So, als sie im feinen New Yorker Club 21 saß und man ihr sagte, Burt Reynolds sei gekommen. Da nahm sie eine Serviette, schrieb auf das Tuch „Dear Burt, I would like to meet you" und ließ es vom Kellner an den Tisch des Schauspielers bringen. In der Nacht klingelte das Telefon, Reynolds rief an, die Romanze begann. Und als sie vorbei war, bekam die Dame ein Kettchen mit einer „Nr.1" aus Gold und Diamanten daran.

Oder wenn sie auf dem Tennisplatz steht. Dann pflegt Chris Evert-Lloyd zu sagen: „Wenn man wirklich will, spielt man auch gut", geht auf den Centre Court und schlägt (fast) alles, was sich ihr in den Weg stellt. In zwölf Jahren gewann sie allein sechzehn Grand-Slam-Titel: dreimal Wimbledon, sechsmal die internationalen französischen Meisterschaften, viermal die US-Open, dreimal die australischen Meisterschaften. Insgesamt brachte sie es auf 136 Einzeltitel, im vergangenen Jahr feierte sie ihren 1000. Sieg in einem Tunierspiel. Sie bekam immer, was sie wollte.

Doch jetzt muß Chris Evert-Lloyd erstmals ihrem Ziel ein wenig hinterherlaufen: Endlich einmal wieder ein Sieg über Martina Navratilova (27), ihre größte Konkurrentin, die Frau, die sie als Nr. 1 der Welt ablöste. Ein Sieg, nein, ein Triumph müßte es sein, mindestens bei einem Grand-Slam-Turnier. Ideal wäre Wimbledon, der Abschied würde wohl folgen. Oder auch jetzt in Paris. Heute spielt sie im Halbfinale gegen die Italienerin Gabriela Sabatini (15), Martina Navratilova trifft auf Claudia Kohde. Das Finale der beiden Großen der Szene scheint sicher.

Dreißig Jahre ist Chris Evert-Lloyd heute alt, hat, sozusagen als legitime Nachfolgerin von Billie Jean King, dem Damentennis weltweit eine Aufwertung verschafft, hat selbst dabei mehr als sechs Millionen Dollar Preisgelder („Es ist faszinierend, wie das Geld arbeitet und sich vermehrt) gewonnen.

Sie hat sich geholt, was sie wollte.

Sie hat den ersten Schritt auf Jimmy Connors zu gemacht („Er kniete nieder, um mir den Ring aus Diamanten und Saphiren an den Finger zu stecken"), sie hat mit Jack Ford, dem Sohn des früheren US-Präsidenten, angebandelt („Aber da merkte ich, daß Tennis das Wichtigste in meinem Leben ist"), und sie ergriff auch die Initiative, als sie den englischen John Lloyd zum Ehemann erkor.

Und, ganz Tennis-Königin, hatte sie auch vor gekrönten Häuptern keine Scheu. Als die Herzogin von Kent nach ihrem dritten Wimbledon-Sieg 1981 ein paar Worte mit ihr wechselte, fragte Chris Evert-Lloyd unumwunden, ob es nicht möglich sei, mit der Braut des Prinzen Charles bekanntgemacht zu werden. Wenig später saß sie dann bei Lady Di zum Tee.

Ihre Erfolge, ihre Sympathien bei Fans und Veranstaltern waren für viele Tennis-Teenager („Manchmal fühle ich mich schon wie eine Großmutter") Motivation. Die Amerikanerin Kate Latham beispielsweise hatte einen Wunsch: „Einmal am Telefon sagen dürfen: Hier ist Chris Evert, bitte holen Sie mich am Flughafen ab."

Inzwischen wurde Chris Evert-Lloyd zum zweitenmal zur Präsidentin der Women's Tennis Association gewählt, die Gegnerinnen schätzen, respektieren sie. Denn sie setzte sich dafür ein, daß die Damen das gleiche Preisgeld wie die Herren bekamen. Und sie kämpft gegen die gesundheitlichen Gefahren des Kindertennis, plädiert für eine Altersgrenze von 16 Jahren oder zumindest auf eine Limitierung der Starts bei Jüngeren.

Der Einsatz der Chefin wird honoriert, indem niemand gegen gewisse Sonderstellungen der Chris Evert-Lloyd aufmuckt. Bei Turnieren wie in Berlin etwa eilte die Tourdirektorin Georgina Clark jeden Abend ans Telefon und fragte höflich in der Präsidenten-Suite im Hotel Interconti an, wann sie denn zu spielen oder zu trainieren wünsche. Die anderen haben sich danach zu richten.

Und sie alle bewundern den Ehrgeiz der Chris Evert-Lloyd, es der Navratilova noch einmal zeigen zu wollen. Für dieses Ziel packte sie sich sogar Gewichte auf, machte zusätzliche Gymnastik und Konditionsübungen: „Heute reicht es nicht mehr, nur gut zu spielen. Man muß auch eine Top-Athletin sein."

Dieser Ehrgeiz trieb auch die Tochter des Tennislehrers Jim Evert aus Fort Lauderdale in Florida immer an. Und dieser Ehrgeiz brannte in all den Jahren weiter, in denen John Lloyd seine Frau zu einer englischen Lady umformen wollte, die auch verlieren kann. Doch die mochte das für sich selbst nie akzeptieren, nicht einmal für ihren John: „Er hat soviel Talent. Ich wollte, daß John ein zweiter Björn Borg wird."

So trennte sich das seit April 1979 verheiratete Paar vorübergehend. Mit Wimbledonsieger Dennis Ralston (45) trainierte sie sich näher an die Navratilova heran – mit harten Schlägen aus der Männer-Welt des Tennis. Das Resultat: Die Niederlagen gegen Martina Navratilova fielen zuletzt immer knapper aus.

Und je näher sie ihrem Ziel kam, um so größer wurde auch wieder das Verständnis für John und dessen Einstellung. Inzwischen sind beide wieder vereint. John reist wie früher zu den Turnieren nach, um vor den Finals mit seiner Frau zu trainieren.

So zielstrebig, wie Chris Evert-Lloyd ihren letzten Triumph über Martina Navratilova angeht, so sicher ist sie sich auch für die Zeit nach diesem Triumph. „Ich möchte eine glückliche Familie haben", hat sie einmal ihren größten Zukunftswunsch beschrieben. Und: „Wenn ich mir ein Baby wünsche, dann nur von John."

GALOPP

Probleme für Rennleitung

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Die Rennleitung stand am dritten Tag des Frühjahrsmeetings auf der Iffezheimer Galopprennbahn oft mehr im Mittelpunkt des Geschehens als die edlen Vollblüter auf dem Rasen. Mehrfach mußten die Herren in Aktion treten, um unkorrekte Reitweisen zu ahnden. Zu Überprüfungen der Rennverläufe kam es mehrfach, auch im Hauptereignis, dem Rennen um das Silberne Pferd (44 200 Mark). Der Schlenderhaner Hengst Anatas mit Jockey Georg Bocskai überstand allerdings diese Überprüfung, obwohl selbst Chefrennleiter Peter Tasch einräumte, daß Anatas den drittplazierten und Vorjahrssieger Fahrewohl auf der Zielgeraden gekreuzt hat, das ist nach der Rennordnung nicht erlaubt. Tasch: „Wir konnten aber mit Hilfe einer auf einer besonders günstigen Position eingerichteten Kamera erkennen, daß Jockey Peter Alafi auf Fahrewohl immer weiter reiten konnte, als Anatas wankte."

In einem anderen Fall wurde ein Pferd, das als Sieger durchs Ziel kam, sogar auf den fünften Platz zurückgestuft. Es traf den Stall Steintor aus Hannover mit dem Pferd Constantin. Hier griff man rennordnungsgerecht konsequent durch, vier Rennen später ließ man bei einer ähnlich gelagerten Behinderung dem Pferd Gango den Erfolg. Tasch gestand ein: „Das war sicher eine reine Ermessensentscheidung."

Im Großen Preis der Badischen Wirtschaft, dem Hauptereignis des Meetings, kommt es am Sonntag erneut zum Duell der besten deutschen Grand-Prix-Galopper Abary, Ordos und Daun, leistungsstarke Ausländer werden nicht erwartet.

STAND ● PUNKT

Fehlende Perspektive?

Der Speer von Petra Felke flog zum Weltrekord, fast könnte man meinen, das sei geplant, ja, bestellt worden. Die „DDR" feiert die Session des IOC in Ost-Berlin als nationales Ereignis, die Athleten liefern das Muskelspiel dazu. Aller Welt soll bewiesen werden, daß hier olympischer Geist und olympische Hochleistung Hand in Hand marschieren.

Aber: Der pünktliche Weltrekord wird nicht darüber hinwegtäuschen, daß der „DDR"-Sport darum kämpfen muß, den Rückschlag zu verdauen, den er sich mit dem Boykott von Los Angeles selbst zugefügt hat. Er brauchte seine Medaillengewinner als Aushängeschild, nun hat er keine. Und bei denen, die in Los Angeles gewonnen hätten, macht sich so etwas wie eine Flucht ins Private bemerkbar. Kugelstoß-Weltrekordlerin Ilona Briesenick und die Hallen-Europameisterin (400 m) Gesine Walther legen ein Babyjahr ein, auch Anke Vater-Behmer, Siebenkämpferin der Weltklasse, wird Mutter. Olympiasieger von Moskau hörten auf: Bärbel Wöckel (200 m), Thomas Munkelt (110 m Hürden), Waldemar Cierpinski (Marathon). Andere sind nicht mehr bereit, sich trotz Verletzungen weiter zu quälen, zum Beispiel Diskuswerferin Gisela Beyer.

Solche Rückzüge sind weltweit üblich nach Olympischen Spielen, hier aber fällt die Häufung auf. Die „DDR" hat ein Stück Entwicklung verpaßt. Das Zögern, an den westeuropäischen und amerikanischen Prämien-Sportfesten teilzunehmen, ist dafür ein Indiz. Und es ist auch ein Grund für die persönlichen Rückzüge. Keine Medaillen, Geld auch nicht – fehlende Perspektive?

que

SPEERWERFEN

Petra Felke: Weltrekord

DW./sid, Schwerin

Sie ist vor 25 Jahren in Jena geboren, studiert Sport und hat dabei mit dem Fach Rhythmische Sportgymnastik Schwierigkeiten („das liegt mir gar nicht"). Dafür ist sie jetzt die erste Frau der Welt, die den 2,20 m langen und 600 Gramm schweren Speer über die 75-m-Grenze warf: Petra Felke stellte bei einem Leichtathletik-Sportfest in Schwerin mit 75,40 m einen Weltrekord auf. Sie verbesserte die alte Höchstleistung der Finnin Tiina Lillak um 64 Zentimeter. Auch der zweitbeste Versuch der 1,72 m großen „DDR"-Athletin lag mit 75,26 m deutlich über dem bestehenden Weltrekord.

Die Frage nach diesen Leistungen kam zwangsläufig: Fallen jetzt bald auch die 80 Meter? Petra Felke: „Ich halte auch 76 oder 77 Meter für möglich, die 80 kann ich mir dagegen nicht vorstellen. Gegenwärtig sind sie wohl noch eine zu große Weite." Bereits im letzten Jahr hatte Petra Felke in sieben Wettkämpfen die 70-m-Marke übertroffen, im jugoslawischen Celje hatte sie den Weltrekord von Tiina Lillak (74,76 m) nur um vier Zentimeter verfehlt.

Das Speerwerfen ist jetzt wieder fest in der Hand der „DDR"-Athleten. Bei den Männern hatte Uwe Hohn im Vorjahr die 100-m-Grenze übertroffen (104,80 m). Bei seinem Saisondebüt in Schwerin setzte sich der 22 Jahre alte Potsdamer mit 94,38 m an die Spitze der Welt-Jahresbestenliste, die bisher vom Tschechoslowaken Zdenek Adamec mit 92,94 angeführt wurde.

In Madrid verfehlte Weltmeister Zdzislaw Hoffmann (Polen) den Europarekord im Dreisprung mit 17,53 m nur um vier Zentimeter.

SCHACH / Robert Hübner erreichte in der letzten Partie ein Unentschieden

Sieg und 15 000 Mark für Kasparow

LUDEK PACHMANN, Bonn

Die sechste und letzte Partie des Schach-Wettkampfes zwischen dem deutschen Großmeister Robert Hübner und Garri Kasparow endete in Hamburg mit dem dritten Remis (dreimal siegte Kasparow). Hübner verzichtete auf die Teilnahme am Kandidaten-Turnier, in dem der Herausforderer für den Weltmeister – also Titelverteidiger Anatoli Karpow oder Kasparow – ermittelt wird. Er sollte in Mexiko spielen und entschuldigte sein Fehlen dort mit der Formel „aus gesundheitlichen Gründen". Er muß sich selbst die Frage stellen, ob es richtig war, lieber einen rein kommerziellen Wettkampf zu bestreiten, den „Der Spiegel" organisiert hat. Das Nachrichtenmagazin soll 15 000 Mark an Sieger Kasparow, an Hübner 5000 Mark weniger bezahlt haben. Eines steht fest: Wer nicht an offiziellen Turnieren teilnimmt, verliert unausweichlich seine Position in der Weltelite.

So verlief die letzte, relativ ruhige Partie (Weiß Kasparow, katalanisch):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.g3 Lb4+, 4.Ld2 Le7,

Welchen Sinn hat es, auf b4 Schach zu bieten und dann mit dem Läufer sofort nach e7 zurückzukehren? Die Erklärung ist naheliegend: Weiß hat nun bei geschlossener Behandlung der Stellung durch seinen Gegner nicht mehr die Möglichkeit, seinen Damenläufer auf b2 zu entwickeln.

5.Lg2 d5, 6.Sf3 0-0, 7.0-0, c6, 8.Db3 ...

Stünde der Läufer noch auf c1, wäre hier 8.b3 nebst Lb2 die beste Fortsetzung.

8. ... b6, 9.Lf4 ...

Vielleicht ist hier 9.cxd5 nebst Sc3 und Lf4 die beste Fortsetzung. Kasparow verhielt sich aber bei dem für ihn günstigen Stand des Wettkampfes friedfertig.

9. ... La6, 10.Sbd2 Sbd7, 11.Tfd1 Sh5!, 12.e4!? ...

Das verschärft die Stellung ein wenig.

12. ... Sxf4, 13.gxf4 Lb7, 14.Tac1 Tc8, 15.De3 Sf6, 16.Se5 Tc7, 17.a3 c5,

Nach dxe4, 18.Sxe4 Sxe4, 19.Lxe4 g6 wäre die Stellung zweischneidig. Hübner gibt jedoch einem klaren Ausgleich den Vorzug.

18.exd5 exd5, 19.dxc5 Lxc5, 20.De2 Da8, 21.Sb3 dxc4, 22.Lxb7 Dxb7, 23.Txc4 h6, 24.Tdc1 Tfc8, 25.Sxc5 Txc5, 26.Txc5 Txc5, 27.Txc5 bxc5, 28.Dc4 – Remis.

Der Vorschlag zum Remis kam von Kasparow. Der deutsche Großmeister Helmut Pfleger sagt: „Ich hätte mit den weißen Figuren noch weitergespielt." Hübners Sekundant Boris Spasski: „Hübner hatte wieder eine sehr gute Position, aber er spielt einfach zu zurückhaltend. Er ist nicht so ehrgeizig wie Kasparow, der beweisen will und muß, daß er der beste Schachspieler der Welt ist. Hübner dagegen ist viel mehr an analytischen Finessen interessiert."

NACHRICHTEN

Kein Vertrauen mehr

Berlin (dpa) – IOC-Direktorin Monique Berlioux hat gestern in Ost-Berlin bestätigt, daß sie nach Abschluß der 90. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees aus ihrem Amt ausscheiden wird. „Zunehmende Meinungsverschiedenheiten mit dem Exekutivkomitee und zunehmender Vertrauensmangel" seien der Grund für die Beendigung ihrer Tätigkeit.

Rowdys vor Gericht

Peking/Wien (dpa) – Sieben chinesische Jugendliche, die sich nach einem verlorenen WM-Qualifikationsspiel gegen Hongkong an schweren Krawallen beteiligt hatten, stehen vor dem Strafrichter. Sie hatten vor dem Stadion in Peking Steine gegen Autos geworfen, mehrere Ausländer angegriffen und Polizisten verletzt. – Auch in Ungarn kam es nach einem Fußballspiel zu schweren Ausschreitungen durch randalierende Fans. Nach einer Niederlage ihres Vereins Ferencvaros schlugen sie in Budapest Fensterscheiben ein und zerstörten zwei U-Bahn-Wagen.

Kommt Liverpool nicht?

London (sid) – Einer Meldung der britischen Tageszeitung „The Sun" zufolge sind die beiden geplanten Freundschaftsspiele des FC Liverpool beim Hamburger SV und Borussia Mönchengladbach angesichts der Ereignisse in Brüssel abgesagt worden. Beiden deutschen Vereinen ist von einer definitiven Absage allerdings nichts bekannt.

Rossi und Boniek gehen

Turin (sid) – Paolo Rossi, Torschützenkönig der Fußball-Weltmeisterschaft 1982 in Spanien, und der Pole Zbigniew Boniek wollen den italienischen Europapokal-Sieger Juventus Turin verlassen. Beide haben nach eigenen Aussagen mehrere Angebote italienischer Clubs vorliegen.

Bestzeit über 50 Meter

Leipzig (dpa) – Mit einer Jahresweltbestzeit über 50 Meter Freistil sorgte Jörg Woithe, Olympiasieger von 1980, für den ersten Höhepunkt der „DDR"-Meisterschaft im Schwimmen. Der 22jährige Ost-Berliner liegt nun mit 23,10 Sekunden vor dem bisher führenden Australier Gregory Fasala.

Deutsche Schützen vorn

Zürich (dpa) – Zwei Ringe gaben beim Wettbewerb mit der Schnellfeuerpistole bei der Züricher Matchwoche den Ausschlag für den Sieg der Schützen aus der Bundesrepublik Deutschland über die „DDR". Mit der Freien Pistole siegte die „DDR" vor der Bundesrepublik und Gastgeber Schweiz.

Wosik bis ins Finale

Frankfurt (sid) – Erst im Finale unterlag der Düsseldorfer Ralf Wosik am vierten Tag einer Tischtennis-Turnierserie dem Weltranglisten-Zweiten Xie Saike aus China. Die Chinesen kamen damit in Frankfurt zu ihrem vierten Sieg in Folge.

ZAHLEN

TENNIS

Meisterschaften von Frankreich in Paris, Männer, Viertelfinale: McEnroe (USA) – Nystroem (Schweden) 6:7, 6:2, 6:2, 3:6, 7:5, Wilander (Schweden) – Leconte (Frankreich) 6:4, 7:6, 6:7, 7:5, Lendl (CSSR) – Jaite (Argentinien) 6:4, 6:2, 6:4. – Damen: Sabatini (Italien) – Maleeva (Bulgarien) 6:4, 7:6, 6:7, 7:5.

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Junioren (U 21), Gruppe 2: Schweden – CSSR 1:0, Gruppe 6: Dänemark – UdSSR 1:0. – U 18: Polen – Dänemark 0:0. – Freundschaftsspiel: *Bundeswehr-Auswahl* – VfB Stuttgart 3:1.

HANDBALL

Testspiel: Kombination Elgersweiher/Hofweier/Schutterwald – Deutsche Nationalmannschaft 14:35.

GALOPP

Frühjahrs-Meeting in Baden-Baden, 4. Renntag: 1. Rennen 1. Chico (D. Ilic), 2. Fahrer 3. Midiana, Sieg: 56, Plätze: 20, 15, 90, ZW: 252, DW: 10 812. – 2. R: 1. Feisal (S. KLein), 2. Donna Vita, 3. Amedeo, Sieg: 60, Platz: 20, 17, 20, ZW: 220, DW: 936. – 3. R: 1. Star Spartan (P. Gilson), 2. Nueba, 3. Munchner Lord, Sieg: 28, Platz: 13, 26, 19, ZW: 296, DW: 1552.

Arbeitsmarkt braucht noch Aufwind

● Fortsetzung von Seite 1

Mitte April herausgerechnet werden, hat sich der Bestelleingang bei der deutschen Industrie stabilisiert. Im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) nahm die Nachfrage nach Industrieprodukten trotz des starken Rückgangs im März nur leicht um 0,5 Prozent ab. Dieses lag daran, daß sich die Aufträge aus dem Ausland um ein Prozent verringerten. Dagegen nahmen die Inlandsbestellungen um 0,5 Prozent zu.

Gegenüber dem Herbst 1982, dem Tiefpunkt der jüngsten Rezessionsphase, haben die Auftragseingänge bei der Industrie nach Abzug der Preissteigerungen um mehr als 20 Prozent zugenommen. Gleichzeitig hat die Industrie ihre Produktion um mehr als elf Prozent ausgeweitet.

Verglichen mit dem Vorjahr lagen die Auftragseingänge im März/April volumenmäßig um 6,5 Prozent höher. Getragen wurde dieser Zuwachs vor allem von den Auslandsbestellungen, die um 13 Prozent anzogen, während aus dem Inland ein Plus von drei Prozent verbucht werden konnte. Höhere Aufträge, und zwar von zwölf Prozent real, konnten vor allem die Hersteller von Investitionsgütern hereinholen.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen sind von Regierung und Opposition unterschiedlich kommentiert worden. Während die SPD-Sozialexpertin Anke Fuchs ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forderte, meinte der haushaltspolitische Sprecher der Union, Manfred Carstens, die mit der Wende begonnene Neuorientierung der Haushalts- und Finanzpolitik trage am Arbeitsmarkt Früchte. „Eine Änderung des eingeschlagenen erfolgreichen Weges wäre deshalb eine Wende von der Wende", so Carstens. Der Sozialexperte der Union, Haimo George, wies darauf hin, daß sich die Impulse des Beschäftigungsförderungsgesetzes erst in den nächsten Monaten auswirken würden. Auch er warnte vor beschäftigungspolitischen „Strohfeuer-Aktionen".

Politische Diskussionen überlagern Kirchentag

Warnung vor Verwirrungen in der evangelischen Kirche

WILM HERLYN/DW. Düsseldorf

Politische Kontroversen haben schon zum Auftakt den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf bestimmt. Der Präsident des Kirchentags, der Heidelberger Theologieprofessor Wolfgang Huber warnte davor, Glaube und politische Verantwortung als Alternative gegeneinander auszuspielen. Das Düsseldorfer Treffen wolle „in derselben Intensität ein theologischer wie ein politischer Kirchentag sein". Vor diesen sich aufzeigenden Diskussionen warnten die „Bekennenden Gemeinschaften" die evangelischen Christen vor politischer Einseitigkeit.

Bei dem Treffen protestantischer Laien mit mehr als 120 000 Dauerteilnehmern werden in 2300 Einzelveranstaltungen bis zum Sonntag sechs Schwerpunkte gebildet. Dabei soll der Psalmvers „Die Erde ist des Herrn", biblische Losung und zugleich aktuelle Verpflichtung sein. Huber erklärte, der Mensch und seine Schöpfung durch die Beanspruchung, durch die Entwicklung der Gen-Technologie, die militärische Rüstung und die Zukunft der Arbeit und der Arbeitslosigkeit seien die zentralen Aufgaben, „die Wahrheit des Evangeliums aufzulegen und nach der Konsequenzen für die Gegenwart zu fragen". Es wäre sachwidrig, die Arbeitsfelder des Kirchentages in „theologische" und „politische" Themenbereiche aufzugliedern. Denn alle Bereiche hätten eine theologische wie politisch-gesellschaftliche Dimension. „Staatsfrömmigkeit" sei ein verbreitetes Vorurteil über den Protestantismus, ein anderes aber, daß ein Teil des Protestantismus zur Demokratie sich noch immer oder schon wieder in Distanz befinde.

Huber meinte, wichtiger als solche Urteile aber sei die Frage, welche Mitgestaltungsmöglichkeiten die Demokratie anbiete und wie sie wahrgenommen werden können. Dabei dürfe auch „die Frage nach der Weiterentwicklung unserer Verfassungsordnung nicht mit einem Tabu belegt" werden. Seit 1973 wird zum ersten Mal wieder das Verhältnis des Bürgers und Christen zum Staat offiziell diskutiert. Dabei wird mit besonderer Spannung ein Referat des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am Sonntag erwartet, der über die Identität der Deutschen und die Friedensverantwortung der beiden deutschen Staaten referieren wird.

Zum innerkirchlichen Widerstand gegen den Kurs weiter Teile der evangelischen Kirche hat der theologische Konvent der Konferenz Bekennender Gemeinschaften die Kirchen aufgefordert. In einer angesichts des Kirchentags veröffentlichten „Geistlichen Handreichung für verunsicherte Gemeindeglieder" wird dazu aufgerufen, „evangeliumswidrigen Aktionen im Raum der Kirche" eine Absage zu erteilen. Zum Kirchentag haben die Evangelikalen bewußt eine Alternative geschaffen, den „Gemeindetag unter dem Wort" heute in Stuttgart. Wer den Kirchentag unterstütze, fördere Irrlehre und trage zur Verwirrung in der Kirche bei.

Der alle zwei Jahre stattfindende Kirchentag ist dagegen nach den Worten von Huber „die Unruhe der Kirche". Er mache die Weltzuwendung aus Glauben zu seinem Thema, ermögliche die Mitarbeit der Gemeindemitglieder, um neue Anstöße zur Erneuerung der Kirche zu vermitteln: „Ein solcher Kirchentag ist unbequem und muß es bleiben. Er segelt nicht im Protestantismus mit, er will Vorhut sein."

In Erinnerung an den letzten Kirchentag von Hannover 1983 und dessen Losung „Umkehr zum Leben" stellte er fest, die „Wege aus der Gefahr" seien noch nicht gefunden. Die Bedrohung des Friedens habe an Gefährlichkeit nichts verloren: „Die Irrationalität des Rüstungswettlaufes ist nach wie vor nicht unter politischer Kontrolle." Dazu komme, daß sich die Spaltung der Welt in arm und reich weiter vertiefe. Huber wies den Gruppen Bundeswehr- und Militärseelsorge auf der einen Seite und der Friedensbewegung auf der anderen Seite eine gleichberechtigte Rolle zu.

Dregger unterstreicht in Washington Verläßlichkeit der deutschen Politik

SDI-Forschung „politisch eindeutig unterstützt" / Besorgt über Thesen der SPD

GÜNTHER BADING, Washington

Unterstaatssekretär Richard N. Perle vom Pentagon war spürbar erleichtert. Es sei „direkt wohltuend", bekannte er im Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, wenn einmal ein Europäer komme, der nicht erst überzeugt werden wolle, daß das amerikanische SDI-Forschungsvorhaben moralisch gerechtfertigt und politisch notwendig sei. Ja, daß es in jedem Falle stattfinden werde. So konnten Perle und Dregger, der von den CDU-Abgeordneten Todenhöfer und Wimmer begleitet wurde, rasch zur Sache kommen.

Ob in seinem gestrigen Gespräch mit Verteidigungsminister Weinberger und später mit dem amtierenden Außenminister Kenneth Dam oder den Pentagon-Staatssekretären Perle (Verteidigung) und Fred Iklé (Politik), Fraktionschef Dregger stellte sie in seiner ersten Unterredung mit dem Sicherheitsberater des Präsidenten, Robert McFarlane, stets die Versicherung voran, daß die Mehrheitsfraktion im Deutschen Bundestag die SDI-Forschung politisch eindeutig unterstützen werde.

Klarstellungen

Angesichts der über den Atlantik kommenden Berichte vom europäischen Disput um eine eventuelle europäisch-amerikanische Zusammenarbeit, die bei der amerikanischen Regierung beträchtliche Beunruhigung ausgelöst haben, diente diese Klarstellung dazu, den alten Eindruck der Verläßlichkeit des deutschen Bündnispartners wiederherzustellen. In Washington, dies machten Dreggers Gesprächspartner im Pentagon, im Weißen Haus und im Parlament deutlich, ist man auch besorgt über das zeitliche Zusammenfallen der Moskau-Reise des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und dessen Übernahme sowjetischer „Propagandaformeln", die dem Wort von der angeblichen Militarisierung des Weltraums, und der als Abkehr von der klaren Haltung des Bundeskanzlers verstandenen neuen, abwartend-negativen Linie von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Um so erfreulicher waren die beiden Pentagon-Staatssekretäre, daß sie mit den deutschen Parlamentariern erstmals substantiell über europäische Forderungen und Wünsche zum SDI-Konzept sprechen konnten. Staatssekretär Iklé, der hervorragend deutsch spricht, verabschiedete gerade den Vater der Wasserstoffbombe, Edward Teller, als ihm Dreggers Besuch gemeldet wurde.

Deutsche Sorgen

Im Vordergrund dieses Gepräches stand naturgemäß der strategische Anlaß, aber auch die deutschen Sorgen, die Amerikaner könnten, wie oft in der Vergangenheit, zwar deutsche und europäische Forschungskapazität durch direkte Aufträge an Firmen auf dem alten Kontinent an sich binden, die Ergebnisse aber schließlich – „versehen mit dem Stempel 'militärisch geheim'", wie Dregger im Pentagon formulierte – für sich behalten.

Nachdem der Fraktionschef im ersten Gespräch mit Sicherheitsberater McFarlane im Weißen Haus – einem Mann, bei dem ein Termin fast schwieriger zu bekommen sei als beim Präsidenten, wie es in Washingtoner Diplomatenkreisen heißt – darauf gedrängt hatte, die europäischen Fragen in einem Katalog zusammenzufassen, machte er gegenüber Iklé den Vorschlag, einen „Konsultativrat" einzurichten. Diesem sollten auf der einen Seite die US-Administration und diesseits des Atlantiks nur jene europäischen Regierungen angehören, die das SDI-Projekt bejahen.

Er halte selbst bilaterale Verhandlungen über Architektur und Optionen einer atlantikübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington für vertretbar, machte Dregger deutlich. Man könne die zögernden übrigen europäischen Partner dann immer noch auffordern, „einzusteigen", sagte er gegenüber Staatssekretär Perle, wenn sich konkrete Möglichkeiten abzeichneten und der Nebel über dem SDI-Forschungsplan etwas gelüftet sei. Niemand könne es den Deutschen verübeln, daß sie – sollten die übrigen Europäer dem Projekt dann immer noch fernbleiben – dies bilateral mit den USA bewerkstelligen würden. Für das „frontnahe" Europa insbesondere aber für die Deutschen gehe es hier nicht um bestimmte Modalitäten einer technologischen Zusammenarbeit allein, sondern um „existentielle Fragen".

Dregger zeigte sich angenehm überrascht, wie positiv seine Gesprächspartner in Washington auf die Forderung nach Beteiligung Europas schon in der Forschungsphase und bei der Erstellung eines SDI-Konzepts für das gesamte Allianzgebiet eingingen. So vereinbarte Iklé mit Dregger, daß man sich künftig zu diesem Thema auch telefonisch kurzschließen werde. Und mit Staatssekretär Perle wurde vereinbart, „vertiefende Gespräche" zu führen. Mit der Wahrnehmung dieser Kontakte beauftragte Dregger für die Unionsfraktion die beiden Abgeordneten Todenhöfer und Wimmer.

„Vertiefende Gespräche"

Es gehe nicht an, machte Dregger im Pentagon mit aller Bestimmtheit deutlich, daß die Amerikaner den für sie wohl einfachsten Weg beschritten, durch direkte Auftragsvergabe an deutsche und europäische Firmen zwar Forschungskapazität an sich zu binden, die Ergebnisse aber danach für sich zu behalten.

Dreggers Vorschlag, sich bei den Optionen für eine europäische Mitarbeit zuvorderst darüber klar zu werden, ob man diese nach der Qualifikation der europäischen Unternehmen oder nach den eurospezifischen Bedrohungen durch Kurz- und Mittelstreckenraketen aufgliedern solle, fand Iklé sehr nachdenkenswert.

Schreckenberger wurde gegenüber Kohl initiativ

ms. Bonn

Die Mitteilung von Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, daß er für das Amt des Präsidenten des Bundesrechnungshofs „nicht zur Verfügung steht", hat Aufmerksamkeit erregt. Sie zeigt nämlich, daß Schreckenberger und nicht Bundeskanzler Kohl initiativ geworden ist. Wie aus dem Kanzleramt verlautete, hat Schreckenberger den Kanzler aufgesucht, seinen Verzicht begründet und eine offizielle Erklärung darüber erbeten. Diesem Wunsch ist dann die Bundesregierung nachgekommen.

Schreckenberger befürchtete, die anhaltende öffentliche Diskussion würde sich, da sich der Kanzler weder öffentlich erklärte noch entschied, zu seinen Lasten auswirken. Der Vorstoß der CSU, die den bisherigen Vizepräsidenten Zavelberg für den Präsidentenstuhl benannte, hatte Schreckenberger zudem signalisiert, daß hier – was seine Person betrifft – noch keine Absprachen zwischen CDU und CSU erfolgt waren. Auch mit der Unionsfraktion im Bundestag war hierüber noch keine Übereinstimmung von seiten des Kanzleramtes herbeigeführt worden. Nun liegt es an Kohl, einen Personalvorschlag zu unterbreiten.

Danziger Prozeß: „Unfähiger Richter"

rtr, Danzig

Die Verteidiger von drei führenden Mitgliedern des verbotenen polnischen Gewerkschaftsbundes „Solidarität" haben dem Vorsitzenden Richter Grobschlächtigkeit und Mangel an Fachkenntnissen vorgeworfen. In einer westlichen Journalisten übergebenen Erklärung der Verteidiger von Adam Michnik, Wladyslaw Frasyniuk und Bogdan Lis hieß es gestern, Richter Krzysztof Zieniuk habe „äußerst schlechte Manieren" und keine Ahnung von der Prozeßordnung. Die drei Oppositionellen sind der illegalen Gewerkschaftstätigkeit und des Landfriedensbruchs angeklagt. Zieniuk habe weder die Angeklagten noch ihre Rechtsanwälte aussprechen lassen, klagen die Verteidiger.

Polens Missionare ideologisch geschult

J. G. G. Köln

Polens KP will offenkundig in Zukunft nur solchen Missionaren der katholischen Kirche, die vorher einen ideologischen Lehrgang absolvieren und „staatspolitische Reife" aufweisen, Visen erteilen. Dies geht aus einem Bericht der polnischen Presse-Agentur PAP hervor. PAP berichtet über einen Lehrgang für 68 Patres, fünf Weltgeistliche sowie 22 Ordensschwestern, die demnächst in 31 Länder des Westens als Missionare ausgeschickt werden sollen. Kirchenamtsminister Professor Adam Lopatka referierte über die Beziehungen der Staatskirche in Polen, das Staatsratsmitglied Professor Alfons Klafkowski über die Nachkriegsgrenzen Polens und den Vorteil der Konferenz von Jalta. Als einziger kirchlicher Referent trat der Stettiner Weihbischof, Jan Galecki, auf, der den Anteil der Kirche Polens an der Eingliederung der „polnischen West- und Nordgebiete" hervorhob.

Die Missionare werden gehalten, sich als „reale Bürger ihrer Regierung" zu betätigen sowie Kontakte mit den polnischen diplomatischen Vertretungen und den regimefreundlichen Polenverbänden im Westen zu pflegen. Vor ihrer Abreise werden die 95 Missionare vom polnischen Primas, Glemp, empfangen. Dieser wurde jetzt auf Antrag des Bezirkspräsidenten von Bromberg und des Bürgermeisters von Hohensalza (Inowroclaw) während eines Festaktes im Rathaus von Hohensalza zum ersten Ehrenbürger seiner Heimatstadt ernannt.

Sozialdemokraten stürzen Portugal in schwere Krise

Letzte Amtshandlung am 12. Juni: Unterzeichnung der EG-Verträge

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Die portugiesische Koalitionsregierung der Sozialisten und Sozialdemokraten unter dem Sozialisten Mario Soares wird als letzte Amtshandlung am 12. Juni die Urkunde zum Beitritt in die Europäische Gemeinschaft unterzeichnen. Zu diesem Akt werden in Lissabon die Regierungschefs der dann elf Mitgliedstaaten – einschließlich Spanien, das am Vormittag des gleichen Tages in Madrid unterzeichnet – erwartet. Unmittelbar danach werden die sieben dem portugiesischen Kabinett angehörenden Minister der sozialdemokratischen Partei, darunter Viezeministerpräsident und Verteidigungsminister Rui Machete ihre Ämter niederlegen.

Diesen Beschluß teilte der sozialdemokratische Parteivorstand unter Anibal Cavaco Silva Staatspräsident General Ramalho Eanes und Ministerpräsident Mario Soares offiziell mit. Die von Soares, dem Wahlsieger von 1983 und von Mota Pinto als damaligen Vorsitzenden der PSD geschlossene Koalition des „Zentralen Blockes" hielt genau zwei Jahre.

Der Verfassung nach stehen Staatspräsident Eanes drei Möglichkeiten offen: Erstens: Er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen anordnen. Zweitens: Er kann die Regierung auffordern, geschäftsführend bis nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember weiterzumachen. Drittens: Er kann ein Kabinett seiner eigenen Wahl einsetzen.

Welchen Weg Eanes auch einschlagen wird – der Bruch der Koalition bedeutet in jedem Fall Unruhe und Aufschub dringlichster Wirtschaftsentscheidungen. Das Ereignis muß im Zusammenhang mit der Neuwahl des Staatspräsidenten gesehen werden, an der der derzeitige Präsident nicht mehr teilhaben kann. Der in der Bevölkerung sehr angesehene General könnte über den dritten Weg die Möglichkeiten nutzen, eine eigene inzwischen gegründete Reformpartei nach vorne zu bringen.

Wie denn auch die Präsidentschaftswahlen als der auslösende Faktor für die gegenwärtige Krise angesehen werden müssen. Der rechte Flügel des Vorstandes der Sozialdemokraten will auf jeden Fall vermeiden, daß Mario Soares, der als der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat angesehen wird, die Wahl gewinnt. Im Interesse einer Kontinuität hatte der Vorstand der Sozialdemokraten bisher seine Kandidatur toleriert.

Der Vorstand der Sozialdemokraten – ihrem Inhalt nach eine liberale Partei – begründete seinen beunruhigenden Schritt damit, daß die Sozialisten nicht bereit gewesen seien, wichtige Liberalisierungsmaßnahmen, vor allem auf dem Gebiet der Arbeitsgesetzgebung durchzuführen. Das stimmt aber nur bedingt: Gemeinsam hatten die Koalitionspartner bereits eine Reihe der Revolutionsgesetze aus der Zeit der roten Militärregierung von 1974/75 durch demokratische Gesetze ersetzt.

Gegen den heftigen Widerstand der moskautreuen Kommunisten, die die von ihnen errichteten Kolchosen verteidigten, brachten Sozialisten und Sozialdemokraten mit den Christdemokraten eine erste Verfassungsreform im Parlament durch.

Wie die bürgerlichen Parteien betrachteten auch die Sozialisten dies nur als den Anfang einer allgemeinen Liberalisierung. Zu den jüngsten Maßnahmen zählte die Zulassung der ersten privaten Banken. Sie soll auch die Reprivatisierung einer Reihe von Unternehmen bewirken, die nach der Revolution von kommunistischen Trupps besetzt und anschließend verstaatlicht wurden. Dies hatte die Koalition durchsetzen können. (SAD)

Plädoyers gegen Heidemann/Kujau

ub. Hamburg

Der Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher gegen den Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau und den früheren „Stern"-Reporter Gerd Heidemann ist gestern in die Schlußphase gegangen: Die beiden Staatsanwälte begannen mit ihren Plädoyers.

In dem Verfahren geht es um den Verbleib von rund 9,34 Millionen Mark, die der Verlag Gruner + Jahr Heidemann für die Beschaffung der Tagebücher zur Verfügung gestellt hatte. Heidemann soll mindestens 1,7 Millionen Mark für sich behalten haben.

Dem geständigen Tagebuch-Fälscher Kujau wirft die Anklagevertretung vor, für die von ihm selbst hergestellten 60 Kladden mehr als 1,5 Millionen Mark kassiert zu haben.

Französische Fabrik gestürmt

dpa, Paris

Bei schweren Zusammenstößen um eine von der Schließung bedrohte Kugellagerfabrik in Ivry-sur-Seine bei Paris sind gestern mehrere Polizeibeamte und Arbeiter verletzt worden. Mitglieder der den Kommunisten nahestehenden Gewerkschaft CGT hatten versucht, das zur schwedischen Gruppe SKF gehörende Unternehmen erneut zu besetzen.

Die Fabrik mit 639 Beschäftigten war schon im Oktober 1983 von den Arbeitnehmern besetzt worden. Erst vor einer Woche wurde sie gewaltsam von der Polizei geräumt. Die Kommunistische Partei (KPF) wertete dies als Beweis für die „arbeitnehmerfeindliche Politik der sozialistischen Regierung" unter Premierminister Fabius.

Scharfe US-Attacke gegen Rumänien

AFP/dea, Ottawa

Die USA haben bei der in Ottawa tagenden KSZE-Expertenkonferenz über die Menschenrechte heftige Vorwürfe gegen Rumänien und Polen erhoben. Der amerikanische Delegierte Richard Shifter beschuldigte Rumänien, keinen freien Zugang zum amerikanischen Konsulat in Bukarest zu gewähren, die Religionsfreiheit durch die Zulassung von nur 14 Konfessionen zu verletzen und die Rechte der Minderheiten – vor allem der ungarischen Volksgruppe in Transsilvanien – nicht zu respektieren. Diplomatische Kreise in Ottawa meinten, die amerikanischen Beschuldigungen ließen darauf schließen, daß die Verhandlungen zwischen Washington und Bukarest über die Familienzusammenführung gescheitert seien. Seit Konferenzbeginn am 7. Mai hatten die USA Angriffe gegen Rumänien vermieden. Wie das englische Keston College mitteilte, sind am Montag der rumänische Baptistenpastor Bunian Cocar und der Sekretär seiner Gemeinde in Bukarest verhaftet worden. Pfarrfrau und Mutter des Pastors wurden aus dem Pfarrhaus „vertrieben".

Was wäre, wenn . . .

fu (London) – Nicht, daß zu befürchten wäre, die Labour-Partei würde bei den nächsten Parlamentswahlen in rund drei Jahren das Rennen machen. Dennoch ist es lehrreich, sich hin und wieder vor Augen zu führen, was von einem solchen Machtwechsel unter anderem zu erwarten wäre. Etwa im Automobilbereich.

Der für Handel und Industrie zuständige Labour-Mann im Schattenkabinett hat jetzt bei der Vorlage eines Dokuments mit dem Titel „Labour und die Autoindustrie" betont, daß unmittelbar nach einem Labour-Wahlsieg „strenge Kontrollen bei Auto-Importen nach Großbritannien" verhängt würden. Im Interesse des Landes sei eine Begrenzung des Anteils der Automobilimporte von gegenwärtig 57 Prozent der Neuwagenverkäufe auf höchstens 45 Prozent „völlig gerechtfertigt".

Wie sehr einmal mehr der Labour-Abgeordnete und mit ihm die gesamte Labour-Philosophie irren. Dem seit fast zehn Jahren kranken staatlichen Autohersteller British Leyland soll mit einer solch schweren marktwirtschaftlichen Verfehlung geholfen werden. Doch genau das Gegenteil wäre der Fall.

Der sehr mäßige Erfolg, der den Austin-Rover-Modellen gerade auf den Auslandsmärkten beschieden ist, geht in erster Linie auf eine zu schwach ausgeprägte Export-Mentalität mit allen damit verbundenen Schwächen zurück. Import-Kontrollen würden Austin Rover möglicherweise eine Verschnaufpause zu Hause geben. Doch künstlich verringerter Wettbewerb würde den Abstand zur ausländischen Konkurrenz nur vergrößern. Ein weiterer Bumerang aus Labour-Hand.

Besinnung

hdt. – Während sich hierzulande immer mehr Friseure stolz „Keralogen" nennen, findet in einem anderen handwerklichen Berufszweig offensichtlich eine Besinnung auf althergebrachte Berufsbezeichnungen statt. So sprach sich jetzt der Präsidialausschuß „Zierpflanzen" im Zentralverband des Deutschen Gartenbaus dafür aus, daß seine ihm angeschlossenen Betriebe sich wie in früheren Zeiten wieder „Gärtnerei" nennen, nicht zuletzt, weil dies den Erwartungen von Blumenkäufern und Hobbygärtnern mehr entspricht. Den im floristisch-gartenbaulichen Bereich aufgekommenen Wortkombinationen wie „Blumen-Center" oder gar „Zierpflanzen-Studio" wird damit eine entschiedene Absage erteilt. Das Natürliche setzt sich also wieder gegen Modeströmungen durch, und das ist durchaus nicht nur auf die gärtnerischen Berufe beschränkt. Auch in anderen Berufsgruppen spricht man vermehrt wieder von Lehrherren und Lehrlingen; die Wortschöpfung „Azubi" ist immer weniger gefragt.

REGIONALPOLITIK / Planungsausschuß beschließt eine Reihe von Verbesserungen

Investitionshilfen zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Investitionen zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen sollen verstärkt werden. Überdies sollen Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe zunehmend in die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" einbezogen werden. Dies hat gestern der Planungsausschuß, das Lenkungsgremium der Gemeinschaftsaufgabe, in Bonn für den 14. Rahmenplan beschlossen. Damit gelten die Maßnahmen rückwirkend vom 1. Januar bis 1989.

Der Finanzrahmen für Investitionszulagen nach der Gemeinschaftsaufgabe von gegenwärtig 550 Millionen Mark, wovon Bund und Länder je die Hälfte tragen, wurde nicht aufgestockt. Da es aufgrund der Investitionszuschüsse zu Steuermindereinnahmen kommt, hat der Bundesfinanzminister gegen eine Reihe weitergehender Vorschläge seine Bedenken angemeldet. Vorgesehen ist, daß die Neuabgrenzung der Fördergebiete zum 1. Januar 1986 in Kraft tritt. Darüber wurde gestern aber nicht beraten.

Im Vergleich zu den sechziger und frühen siebziger Jahren ist das regional mobile Ansiedlungspotential zurückgegangen. Daher kommt es jetzt darauf an, die vorhandenen ökonomischen Kräfte in der Region zu stärken und weiterzuentwickeln. Trotzdem bestand im Planungsausschuß breite Übereinstimmung darüber, daß an der Fördervoraussetzung des „Primäreffekts" auch weiterhin festgehalten werden soll. Diese Voraussetzungen werden dann als erfüllt angesehen, wenn in der zu fördernden Betriebsstätte überwiegend – zu mehr als 50 Prozent des Umsatzes – Güter hergestellt oder Leistungen erbracht werden, die ihrer Art nach regelmäßig überregional abgesetzt werden.

Um trotzdem verstärkt Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe zu fördern, wurde die „Positivliste" erweitert, die solche Güter und Dienstleistungen enthält, bei denen die Voraussetzung unterstellt wird. Neu aufgenommen wurden: Forschungs- und Entwicklungsleistungen; betriebswirtschaftliche und technische Unternehmensberatung; Markt- und Meinungsforschung; Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft; Werbeleistungen sowie Ausstellungs- und Messe-Einrichtungen. Erweitert wurde die Förderung auch auf alle Verlage (bisher nur Buchverlage), auf weitere Teile der Datenverarbeitung und auf alle Hauptverwaltungen von überregional tätigen Dienstleistungsunternehmen.

Ferner wird den Ländern die Möglichkeit gegeben, auch solche Betriebe mit dem Investitionszuschuß zu fördern, die eigentlich nicht unter die Gemeinschaftsaufgabe fallen, aber nachweisen, daß sie ihre Güter und Leistungen tatsächlich überwiegend überregional absetzen. Durch diesen Einzelfallnachweis können auch Handwerksbetriebe gefördert werden. Ausgenommen bleiben jedoch das Baugewerbe, der Einzelhandel, der Großhandel mit Konsumgütern sowie das Transport- und Lagergewerbe.

Für Investitionen von gewerblichen Betrieben kann ein besonderer Investitionszuschuß gewährt werden, wenn neue hochwertige Arbeitsplätze für die Dauer von mindestens fünf Jahren geschaffen werden. Als hochwertig gelten Arbeitsplätze mit einem Jahreseinkommen von mindestens 60 000 Mark brutto, vor allem für kaufmännische oder technische Angestellte mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis sowie im Forschungs-, Entwicklungs- und Planungsbereich. Der Zuschuß beträgt pro zusätzlichen Arbeitsplatz zwischen 15 000 und 25 000 Mark.

Im Planungsausschuß bestand Übereinstimmung darüber, daß das im Investitionszulagengesetz für die Regionalzulage und für die Forschungs- und Entwicklungszulage bestehende Kumulationsverbot aufgehoben werden sollte. Es wurden unterschiedliche Modelle diskutiert, wie dieses geschehen könnte, ohne daß die Förderpräferenz für Berlin wesentlich beeinträchtigt wird und ohne allzu große Folgen für den Bundeshaushalt. In diesem Falle muß der Gesetzgeber entscheiden.

BUNDESHAUSHALT

Bonn will mit dem Abbau von Subventionen anfangen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung will mit dem Abbau von Subventionen Ernst machen. Der Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft, der 1985 ein Volumen von 5,021 Milliarden Mark hat, soll im nächsten Jahr auf 4,090 Milliarden Mark gesenkt werden. Darauf haben sich die Minister Bangemann und Stoltenberg in ihrem Chefgespräch geeinigt. Diese Politik des Subventionsabbaus müsse, so Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, auch gegen Widerstände durchgesetzt werden. Er erinnerte an seine Aufforderung an die Wirtschaftsverbände, Subventionen nicht mehr zu beklagen, sondern eigene Vorschläge zum Abbau vorzulegen.

Die Mittel zur Förderung der Luftfahrtechnik werden gegenüber dem Ansatz dieses Jahres 1986 um 179 auf 491 Millionen Mark gekürzt. Die Werfthilfen werden um 30 auf 200 Millionen Mark verringert. Beihilfen für die Stahlindustrie, die in diesem Jahr noch mit 385 Millionen Mark zu Buch stehen, werden auslaufen. Die Ansätze für das dritte Anschlußprogramm der DEMINEX werden über das Jahr 1986 hinaus gestreckt.

Ausgespart wird auch nicht der Steinkohlenbergbau. Gegenüber dem Haushaltssoll dieses Jahres werden die Ansätze für 1986 um 370 auf 1174 Millionen Mark gekürzt. Dabei ist nach Angaben des Wirtschaftsministeriums sichergestellt, daß die Kohlepolitik der Bundesregierung, wie sie 1983 vereinbart wurde, verwirklicht werden kann. Zu dem Haushaltsansatz kommt der ungeschmälerte Beitrag aus dem Fonds für die Kraftwerkskohle (Kohlepfennig). Da sich die Wettbewerbslage der deutschen Kohle verbessert hat, wurde der Ansatz für die Kokskohle 1986 und in der Mittelfristigen Finanzplanung um 300 auf 700 Millionen gesenkt.

Die Innovationshilfe für den Steinkohlenbergbau, die in diesem Jahr 60 Millionen Mark beträgt, soll 1986 auf 30 Millionen reduziert und in den folgenden Jahren allmählich abgebaut werden. Die Investitionshilfe wird um 20 auf 80 Millionen Mark 1986 verringert. Nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministers können die Bergbauunternehmen diese Mittelkürzungen durch eigene Anstrengungen auffangen.

Aufgestockt werden sollen die Haushaltstitel für Forschung, Entwicklung und Innovation im Mittelstandsbereich von 500,1 auf 520,6 Millionen Mark. Für Maßnahmen zur Leistungssteigerung im Mittelstand stehen 1986 im Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums 267,5 (nach 248,3) Millionen Mark zur Verfügung. Für Verbraucherunterrichtung sollen die Mittel von 24,96 auf 25,3 Millionen Mark erhöht werden. Die deutschen Außenhandelskammern werden mit 31 (29,5) Millionen Mark unterstützt. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" stehen wiederum 275,8 Millionen Mark zur Verfügung.

Weltmacht Öl

Von HANS BAUMANN

Wenn am 27. Juni in Berlin die deutsche Ölwirtschaft ihren neuen Präsidenten kürt, dann bürdet sie einem Mann die schwerste Last auf, die je ein Präsident in der nur zwanzigjährigen turbulenten Geschichte der deutschen Ölwirtschaft zu tragen hatte. Die Zeiten sind dahin, da Kartellbehörden weltweit versuchten, eine Macht im Zaume zu halten, die 1973/74 und 1979/80 siegesgewohnt unter Beweis stellte, daß sie nicht nur der ökonomische Motor dieser Erde war. Doch diese Weltmacht Öl hat sich in ihrer eigenen Überheblichkeit verstrickt – und schießlich selbst zu Fall gebracht.

In keinem Land der Erde ist dies so manifest geworden, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Die Konjunktur stolperte über die beiden Ölpreis-Barrieren. Substitution und Sparwut waren die Antworten auf die Raubkarawanen, die mit der Ölwaffe überall in der Welt abkassierten. Statt mit Weitsicht jene Kühe zu pflegen, die man gern noch viele Jahrzehnte hätte melken mögen, richteten sie sie zugrunde oder weckten in ihnen aber die Fähigkeit, unter der Parole „Weg vom Öl!" ihr „Futter" anderweitig zu suchen.

Die Ergebnisse sind bekannt: Öl ist in Hülle und Fülle vorhanden. Die Propheten, die mit recht leichtfertigen Hochrechnungen das Ende des Ölzeitalters terminierten und gar Weltkriege um die letzten verfügbaren Tonnen voraussagten, sind entweder ausgestorben oder an den Realitäten verstummt.

Die Opec, der Pool der 13 ölexportierenden Länder, die fast ein Jahrzehnt die Welt im Würgegriff hielt, ist unter die Räder der flexiblen Marktwirtschaft geraten – sie ist hilflos, in sich zerstritten, und nur die Gefahr eines abgrundtiefen Preissturzes verhindert den Verfall dieses Quasi-Kartells. Zugegeben, daß den Industrienationen daran auch nicht gelegen ist, da nur ein relativ hoher Rohölpreis Opec-Alternativen (Nordseeöl, Kernkraft, Erdgas, Kohlegas und Wärmepumpen) finanzierbar macht und weiter fördern hilft. Hier liegt die größte Gefahr der Primitiv-Formel „Weg vom Öl!". Dieser Imperativ zeigt nur Wirkung, wenn der Ölpreis oben bleibt. Verfällt er unter die Alternativkosten, so wird er mit einem neuen Run auf Öl zu Makulatur.

So steht vom 27. Juni an Wolfgang Oehme als neuer Präsident des Mineralölwirtschaftsverbandes (wenn die Wahl bestätigt, was die Auguren wissen wollen) vor einem Bündel von Problemen, deren Lösung im volkswirtschaftlichen Interesse nur unter der Forderung nach einer nach wie vor sicheren und kostengünstigen Versorgung der Industrienation Deutschland stehen kann.

Vordringlich ist die Aufgabe, das Mineralöl vom Image einer unkalkulierbaren, also ökonomisch wie politisch risikoreichen Energie zu befreien. Sie ist um so wichtiger, als Öl nach wie vor Energierohstoff Nr. eins bleiben wird, wenn auch mit fallender Tendenz. Aber je enger der Ölmarkt eines Tages in schwer substituierbaren Bereichen (Kraftverkehr, Chemie) werden wird, um so größer wird die Gefahr, daß alte Kartelle neu erstarken. Das ist eine der „außenpolitischen" Aufgaben des neuen Präsidenten. Öl darf nie mehr Konjunkturen sprengen, es muß sie schmieren.

Zu den außenpolitischen Aufgaben gehört aber auch, die noch vorhandenen und immer noch zu großen Raffineriekapazitäten zumindest in einem europäischen Takt zurückzuschneiden und nicht einseitig deutsche Investitionen zu gefährden, was man ja wohl kaum anders bezeichnen kann, wenn man daran denkt, daß die ersten Konverter stillgelegt werden, kaum daß ihre hohe Zeit verkündet wurde. Die Bundesrepublik muß flächendeckendes Rohölverarbeitungsland bleiben; sie darf nicht endgültig zur Ölkippe der Welt werden.

Die Ölindustrie hat ein Recht darauf, in einem Markt tätig zu bleiben, von dem es bisher hieß, er sei der freieste der Nation. Zumindest am Wärmemarkt aber wird Öl diskriminiert. Leitungsgebundene Energien werden von den Kommunen präferiert – schließlich kassiert der Kämmerer an ihnen Konzessionsabgaben. Und Energiepolitik wird zur Kommunalpolitik deklassiert, wenn mit einer Novellierung des Paragraphen 9 des Bundesbaugesetzes jede Gemeinde Verbrennungsverbote aussprechen kann. Dann sollte sich niemand wundern, wenn auch das Öl nach Subventionen ruft und Stillegungsprämien fordert. Böse Erfahrungen sollten das Land davor schützen.

AUF EIN WORT

„Bei den immer vielfältiger werdenden Versicherungsbedürfnissen wird für den Kundenservice mehr denn je der selbständige Versicherungsfachmann gebraucht. Und dem muß man durch eine glaubwürdige und faire Partnerschaft mit Maklern und Agenten gerecht werden."

Herbert Singer, Vorsitzender der Vorstände der Albingia Versicherungsgruppe, Hamburg FOTO: DIE WELT

Forderung nach Rentenreform

rtr, Berlin

Eine „grundlegende Strukturreform" des Rentensystems ist nach Ansicht des Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Klaus Hoffmann, spätestens in den 90er Jahren unumgänglich. Hoffmann nannte es einen „verhängnisvollen Fehler", wenn der Gesetzgeber aus der gegenwärtig günstigen Situation den Schluß zöge, es bestünde kein „aktueller Handlungszwang". Noch in dieser Legislaturperiode müsse die Rentenreform in Angriff genommen werden, forderte Hoffmann bei der Vorlage des Geschäftsberichts. Dieser weist für 1984 einen Überschuß von 700 Mill. DM aus.

KAMMERGERICHT

Kann sich Gruner + Jahr am Zeitverlag beteiligen?

PETER WEERTZ, Berlin

Vor dem Kartellsenat des Berliner Kammergerichts mußte der Kartellstreit zwischen dem Kartellamt und dem Verlag Gruner + Jahr AG & Co., Hamburg, sowie dem Zeitverlag, Hamburg, erneut verhandelt werden. Denn der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hatte im Oktober 1984 das Kartellverfahren an das Kammergericht zurückverwiesen, um die Marktabgrenzung auf dem Zeitschriftenmarkt zu überprüfen und zu klären, ob die „Zeit" einem Substitutionswettbewerb überregionaler Tageszeitungen ausgesetzt ist.

Ob es zu einem Verkündungstermin kommen wird, ist noch ungewiß. Vermutlich besteht der Kartellsenat auf weiteren Angaben der Beteiligten. Im Grundsatz geht es um eine Beteiligung des Verlages Gruner + Jahr, der zur Bertelsmann-Gruppe gehört, am Zeitverlag. Der Verleger G. Bucerius will dadurch den Zeitverlag ökonomisch absichern.

Im Rahmen eines Pressefusions-Verfahrens hatte das Bundeskartellamt den Einstieg von Gruner + Jahr beim Zeitverlag am 9. Januar 1981 abgelehnt. Dieser Beschluß des Kartellamtes wurde jedoch vom Kammergericht am 24. 11. 1982 aufgehoben und die Beteiligung zugelassen. Der Kartellsenat beim Kammergericht ging damals davon aus, daß die Beteiligung von Gruner + Jahr beim Zeitverlag keine marktbeherrschende Position begründe, sondern als normaler konglomerater Zusammenschluß anzusehen sei.

Diese Begründung reichte dem Kartellsenat beim BGH nicht aus; er verlangte daher nähere Aufschlüsse über den Substitutionswettbewerb durch überregionale Tageszeitungen und die eindeutigen Marktpositionen der Verlage.

KONJUNKTUR

Dank steigender Einkommen mehr privater Verbrauch

PETER WEERTZ, Berlin

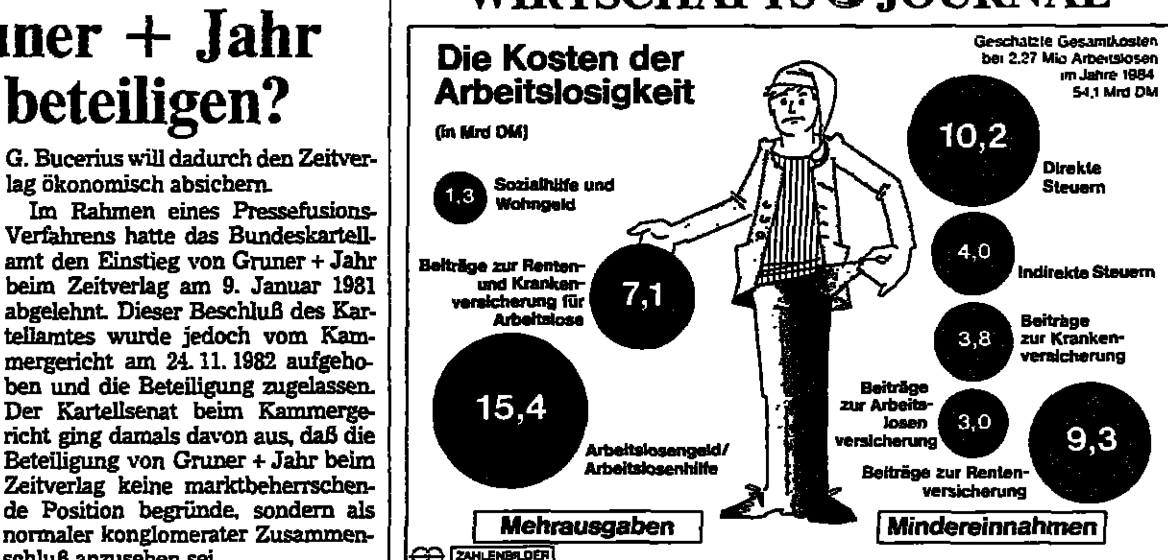
Nach einer schwachen Entwicklung des privaten Verbrauchs im ersten Quartal dieses Jahres rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im weiteren Jahresverlauf mit einer deutlichen Zunahme. Einmal würden die Einkommen rascher wachsen, zum anderen sei die allgemeine Kaufbereitschaft gestiegen, berichtet das Berliner Konjunkturforschungs-Institut. Darauf deute auch der Anstieg des Konsumklima-Index im April hin.

Freilich ist die Entwicklung in den Branchen nach wie vor unterschiedlich. Aufgrund seiner Untersuchungen erwartet das Institut nach Abflauen der Katalysatordiskussion zunächst, daß die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen wieder in Schwung kommt. Hier sei infolge größerer Bestelleingänge mit der Auflösung des Nachfragestaus zu rechnen.

Grundsätzlich geht das Berliner Institut in seiner Analyse zwar davon aus, daß der reale private Verbrauch im zweiten Quartal größer ist als im Vorjahr; es schließt aber zugleich Absatzschwierigkeiten in einigen Branchen keineswegs aus. In manchen Zweigen der Konsumgüterindustrie melden Firmen rückläufige Inlandsbestellungen und schrumpfende Auftragsbestände. Aber insgesamt wird von dem Institut in den nächsten Monaten eine positive Tendenz erwartet.

Im vergangenen Jahr ist nach Angaben des Instituts der reale private Verbrauch nicht wie vorhergesagt um 1,5, sondern nur um 0,6 Prozent gewachsen. Die gedämpfte Konsumneigung war besonders auffällig bei der Anschaffung von langlebigen Konsumgütern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die anhaltende Beschäftigungskrise kostet die öffentlichen Kassen viel Geld. Nach einer Veröffentlichung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) betrug die Gesamtbelastung durch die Arbeitslosigkeit 1984 – bei durchschnittlich 2,27 Mill. registrierten Arbeitslosen – 54,1 Mrd. Mark. In dieser Summe sind Mindereinnahmen von 30,3 Mrd. Mark und Mehrausgaben von 23,8 Mrd. Mark zusammengefaßt.
QUELLE: ZAHLENBILDER

Starkes Wachstum in der Meßtechnik

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Produktionsvolumen in der Meß- und Automatisierungstechnik ist im Jahr 1984 um 19 Prozent auf 9,8 Mrd. DM gestiegen. Die Gründe für diese boomartige Entwicklung liegen nach Angaben des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Elektroindustrie (ZVEI), Walter Urbach, in der erfolgreichen Anwendung der Meß- und Automatisierungstechnik bei der Veringerung des Rohstoff- und Energieeinsatzes und im Umweltschutz. Die Auslandsnachfrage ist im vergangenen Jahr um 20 Prozent gestiegen und hat damit ein Volumen von rund sechs Mrd. DM erreicht. Nach Auffassung von Urbach war dafür – neben dem hohen Dollarkurs und der in wichtigen Industrieländern gestiegenen Investitionstätigkeit – die hohe Qualität der deutschen Produkte ausschlaggebend. Die Importe erreichten 1984 rund 3,5 Mrd. DM.

Keine Zins-Beschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat in Frankfurt hat auf seine Sitzung gestern keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Allerdings bietet die Notenbank der Kreditwirtschaft ein neues Wertpapierpensionsgeschäft mit merklich geringerem Mindestzins. Banken und Sparkassen können sich ab Montag gegen den befristeten Verkauf von Wertpapieren für 28 Tage Bundesbank-Mittel zu einem Mindestbietungssatz von 5,3 Prozent beschaffen. Das Ausschreibungsverfahren läuft am Freitag. Seit Ende April hatte die Bundesbank derartige Liquiditätshilfen zu mindestens 5,5 Prozent angeboten.

Bund senkt Renditen

Bonn (dpa/VWD) – Das Bundesfinanzministerium hat die Renditen für die Bundesobligationen, Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze gesenkt. Der Verkaufskurs der 6,75prozentigen Bundesobligationen der Serie 55 von 1985 wird mit Wirkung von heute von 99,6 auf 100 Prozent heraufgesetzt. Damit sinkt die Rendite von 6,85 auf 6,75 Prozent. Bundesschatzbriefe werden künftig mit Renditen von fünf bis 6,60 Prozent (für Typ A) und fünf bis 6,96 Prozent (Typ B) angeboten. Bisher hatten die Renditen für das jeweils letzte Laufzeitjahr bei 6,84 beziehungsweise 7,17 Prozent gelegen. Die Verkaufszinssätze für Finanzierungsschätze werden bei einjähriger Laufzeit auf 4,99 (bisher 5,17) Prozent festgesetzt, bei zweijähriger Laufzeit auf 5,5 (5,58) Prozent. Damit ergeben sich Renditen von 5,25 (5,45) beziehungsweise sechs (6,1) Prozent.

Appell zur Kooperation

Berlin (Wz.) – Für eine engere Kooperation zwischen Europa und den USA hat sich Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) in Berlin, ausgesprochen. Es sei falsch, die Furcht vor der Technologiedominanz der USA oder Japans zu pflegen, während die Europäer selbst große Schwierigkeiten hätten, grenzüberschreitende Alternativen zu entwickeln. Wolff warnte davor, in der weltweiten technologischen Auseinandersetzung in eine Art Gegenmacht-Mentalität zu verfallen. Es schade Europa erheblich und sei außerdem kostspielig, schon entwickelte Hochtechnologien nochmals nachzuentwickeln. Die Kontrolle über sicherheitspolitisch relevante Güter sei notwendig, dies dürfe aber nicht infolge dehnbarer Vorschriften in einen Handelskrieg ausarten.

10 Jahre Laufzeit

Frankfurt (DW.) – über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der BHF-Bank begibt die AS Raufoss Ammunisjonsfabrikker, Raufoss/Norwegen, eine Privatplazierung in Höhe von 30 Mill. DM. Der Zinssatz liegt bei 7⅞ Prozent, der Ausgabekurs beträgt 99½ Prozent. Die Anleihe wird eine Laufzeit von längstens 10 Jahren haben.

Zwei Irrtümer

Düsseldorf (Py.) – In der Glosse „Schlimme Wahrheiten" vom 5. Juni ist der Vorstandsvorsitzende der Allianz Lebensversicherung, Arno P. Bäumer, mit zwei Verbandsforderungen bedauerlicherweise falsch zitiert worden. Tatsächlich wurde die Anhebung des Rechnungszinssatzes für Pensionsrückstellungen kritisiert, nicht gefordert. Die Heraufsetzung des Pauschallohnsteuersatzes auf die Beiträge zu Direktversicherungen wurde zwar von der Bundesregierung diskutiert, aber schließlich unterlassen.

LEBENSVERSICHERUNG

Diskussionen um höhere Rückkaufwerte beginnen

HARALD POSNY, Berlin

Die meisten Lebensversicherungs-Unternehmen stehen einer Erhöhung der Rückkaufwerte von Verträgen, die vom Kunden vor deren vertraglich festgelegtem Ablauf gekündigt werden, „durchaus aufgeschlossen" gegenüber. Eine Neuregelung, von Verbraucherschützern gefordert und vom Bundesaufsichtsamt unterstützt, wird der Mitgliederversammlung nach den Worten des scheidenden Verbandsvorsitzenden Prof. Robert Schwebler zur Jahresmitte 1986 als Konzept vorgelegt.

Die Versicherer müssen sich u. a. bis dahin im klaren sein, wie sie die Provisionsfrage ihres Außendienstes regeln wollen. Gegenwärtig stehen zwei Modelle für die Rückkaufsregelung zur Diskussion: Rückkaufwert von 50 Prozent der Beiträge ab dem zweiten Versicherungsjahr oder eine Regelung wie für die vermögensbildende Lebensversicherung.

Kontrovers wird im Verband die Frage der Behandlung von Verträgen diskutiert, die erst wenige Jahre alt sind und, anders als bei „Langläufern", somit (nach Abzug der Vertreterprovision in einer Summe) noch keinen Sparanteil an den Beiträgen aufweisen. In der vermögensbildenden Versicherung wird die Provision über sechs Jahre gestreckt, aber in einer Summe nach Abschluß an den Vertreter gezahlt.

Edgar Jannott (Victoria Leben) hielt dem entgegen, daß „Frühaussteiger" Nutzen auf Kosten der Vertragstreuen ziehen, deren Überschußbeteiligung reduziert wird. Die Lösung, dem Außendienst nicht nur in die Geldbörse zu greifen, sondern ihm auch das Bonitätsrisiko für den Kunden aufzubürden, sei unbillig.

SCHIFFBAU / Auch weiter auf Subventionen angewiesen – Aggressives Südkorea

Deutsche Werften halten Rang drei

JAN BRECH, Hamburg

Die deutschen Werften haben gemessen an Auftragseingängen und Produktion Platz drei unter den Schiffbaunationen gehalten. Nach Angaben des Verbandes der deutschen Schiffbau-Industrie beträgt der Marktanteil bei den Auftragseingängen 5,7 Prozent und bei der Produktion 4,6 Prozent. Damit rangieren die Werften zwar mit weitem Abstand hinter Japan und Südkorea, doch klar vor Finnland.

Die im internationalen Vergleich trotz erheblicher Nachteile bei den Kosten und Subventionen recht stabile Wettbewerbsposition führt der Verbandspräsident Michael Budczies auf Leistungsvorteile zurück, über die die deutschen Werften in der Produktenentwicklung, in der Produktion selbst und im Marketing verfügten. Unmißverständlich räumt Budczies aber gleichzeitig ein, daß die Entfaltung der eigenen Fähigkeiten allein nicht ausreiche, um auf dem durch protektionistische Maßnahmen verzerrten Weltschiffbaumarkt auf Dauer überleben zu können. Die deutschen Werften seien auch weiterhin auf Subventionen angewiesen.

Die nach wie vor schwierige Lage auf den Schiffbaumärkten dokumentiert Budczies mit Angaben über Produktion, Umsatz und Beschäftigung im Jahr 1984. Danach haben die deutschen Seeschiffswerften mit 122 Neubauten im Wert von 2,8 Mrd. DM 32 Prozent weniger umgesetzt. Das Produktionsvolumen ging um elf Prozent auf etwa 20 Mill. Fertigungsstunden zurück, die Beschäftigtenzahl der Branche sank um 7700 auf jetzt noch rund 45 150 Mann.

Als das Kernproblem am Schiffbaumarkt wird vom Verband nach wie vor die Preisentwicklung bezeichnet. Vor allem die aggressive Politik der Südkoreaner, die ihre riesigen neuen Kapazitäten beschäftigen müssen, habe zu einem Preisniveau geführt, das selbst bei den fernöstlichen Betrieben keine Kostendeckug mehr erlaube.

Die extrem niedrigen Preise, so meint Budczies, hätten andererseits zu einer gewissen Belebung der Auftragseingänge geführt. Generell gebe es von der Nachfrageseite keinen Grund, an eine Dauerkrise im Schiffbau zu glauben. Die Wiederbelebung des Welthandels werde mittelfristig neuen Bedarf an Schiffsraum auslösen. Dies gelte um so mehr, als die hohe Zahl der zur Zeit aufgelegten Schiffe aus Gründen des Fortschritts in der Technik, der Sicherheit und vor allem der Wirtschaftlichkeit kaum wieder zum Einsatz kommen dürfte. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre, so Budczies, müsse ein großer Teil der Aufliegerflotte unter dem Titel „They never come back" gesehen werden.

LONDONER BÖRSE

Reform wurde gebilligt

WILHELM FURLER, London

Die knapp 500 Mitglieder der Londoner Börse haben sich in einer Abstimmung mit deutlicher Mehrheit für die weitreichende Reform der Stock Exchange ausgesprochen. Damit steht der Öffnung des Londoner Börsenhandels für Außenstehende nichts mehr im Wege; in- und ausländische Banken und andere Finanzinstitute können sich an den an der Stock Exchange als Mitglieder tätigen Broker- und Jobberfirmen mit bis zu 100 Prozent beteiligen.

Die vom Börsenvorstand auf Druck der Regierung Thatcher eingeleitete Öffnung des Londoner Wertpapierhandels sieht vor, daß die jetzt von den Mitgliedern gebilligte Aufhebung der bisherigen Höchstgrenze für Beteiligungen an Börsenmitgliedern von maximal 29,9 Prozent mit Wirkung vom März nächsten Jahres aufgehoben wird. Ab Oktober nächsten Jahres soll darüber hinaus die derzeit bestehende Mindest-Maklergebühr für Wertpapiertransaktionen abgeschafft werden.

Um sich für solch ungewohnten Wettbewerb an der Stock Exchange, nämlich ungehinderter Wertpapierhandel ohne das bisherige Broker-Jobber-Monopol auf eigene Rechnung bei frei aushandelbaren Courtage-Sätzen, entsprechend zu rüsten, hat unter Broker- und Jobberfirmen in den letzten Monaten die Jagd nach potenten und bereitwilligen Übernahmeinteressenten eingesetzt. Dies hat zu zahlreichen Zusammenschlüssen zwischen Brokern, Jobbern, Clearing- und Merchant-Banken, Geldhändlern und anderen geführt.

NAMEN

Dr. **Jochen Stachow**, Leiter des Bereichs Information und Presse der Deutschen BP AG, Hamburg, wird am 7. Juni 60 Jahre alt.

Dr. **Hubert Pestenhofer** (65), seit 1978 Vorstandsvorsitzender der Bayern-Versicherung, München, und seit zwei Jahren stellvertretender Vorsitzender des Verbands der Lebensversicherungs-Unternehmen, ist als Nachfolger von Prof. Dr. **Robert Schwebler** zum neuen Vorsitzenden des Verbands gewählt worden.

Walter Harich (64) beendet sein Vorstandsamt (internationales Markenartikel-Geschäft) bei der Henkel KGaA, Düsseldorf, mit dem Ziel, künftig Unternehmen beim Aufbau von Auslandstöchtern und im internationalen Marketing zu beraten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: KIEPE – Bauges. f. Elektroanlagen mbH, Berlin; Beissel Verwaltungsges. mbH, Stolberg; Holzbau Bratschke GmbH, Würselen; TOURGAST Touristik & Gastronomie Beratungs- u. Betriebsges. mbH; **Bad Neuenahr-Ahrweiler:** Hanns-Georg Pfanner, Dernau; **Hameln:** KWC Kassen- u. Warenwirtschaftscomputer GmbH; **Karlsruhe:** Nachl. d. Emilie Kinsch, Walzbachtal-Wössingen; **München:** Irene Felizitas Maria Gräfin von Khreninger-Guggenberger von und zu Neidenstein; **Recklinghausen:** Stöcker-Bauges. mbH; **Rinteln:** Cardpack Verpackung GmbH.

Konkurs beantragt: Eckernförde: Hans-Dieter Spranger, Owschlag.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bielefeld: Deutsche Metalltüren-Werke Aug. Schwarze AG.

Vergleich eröffnet: München: Franz Bader, Kaufmann, Inh. d. Fa. Küche + Technik Franz Bader, Verkauf v. Küchen u. techn. Kücheneinrichtungen.

Vergleich beantragt: Hof: Radio Hofmann Elektro Ludwig Hofmann, Sparneck; **Lörrach:** VEWIBA Vermögens- Wirtschafts- u. Bauberatungs GmbH; **Weilheim i. Obb.:** Rian Apparate- u. Vorrichtungsbau GmbH, Gauting.

GROSSBRITANNIEN / Mit 239 Streiks in den ersten vier Monaten niedrigste Zahl seit fünfzig Jahren – Neues Recht greift

Viele Gewerkschaften scheuen eine Urabstimmung

WILHELM FURLER, London

Das neue Gewerkschaftsrecht der Regierung Thatcher, dessen zweiter Teil im Herbst vergangenen Jahres Gesetzeskraft erlangte, hat sich bereits positiv auf die Streiklage in Großbritannien ausgewirkt. In einer der wichtigsten Passagen des Gewerkschaftsgesetzes von 1984 werden Urabstimmungen der Belegschaft vor einem Arbeitskampf erforderlich gemacht. Anderenfalls kann die für einen ohne Urabstimmung ausgerufenen Streik verantwortliche Gewerkschaft zu erheblichen Schadensersatzzahlungen verklagt werden.

Die Verpflichtung zu Urabstimmungen hat offenbar etliche Gewerkschaften und Firmenbeschäftige abgehalten, Streikaktionen vom Zaun zu brechen. So sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres in Großbritannien „nur" 239 Streiks dem zuständigen Arbeitsministerium gemeldet worden. Das ist eine für britische Verhältnisse außergewöhnlich niedrige Zahl; die niedrigste für den Zeitraum Januar bis April während der vergangenen 50 Jahre.

Wegen der extrem weitverzweigten britischen Gewerkschaftsstruktur mit ihren unendlich verschiedenen Interessen sowie eines bis vor kurzem nicht existierenden Gewerkschaftsrechts war die Streikneigung in Großbritannien bislang weit stärker ausgeprägt als etwa in den meisten anderen europäischen Ländern. Da keine bindenden Tarifverträge bestehen, konnte bislang gestreikt werden, wann und wo immer Probleme auftauchten. Oft waren Demarkationsprobleme und -Streitereien ebenso Anlaß für Streikaktionen wie Unzufriedenheit über Lohnangebote.

Daß das neue Gewerkschaftsrecht *mit seiner Vorschrift, vor Streikaktionen* Urabstimmungen abzuhalten, vor Arbeitskämpfen abschreckt, ist gerade jetzt auch mit einem publikumswirksamen Fall belegt worden. So *rief* die *Gewerkschaft der Eisenbahner* Mitte Mai aus Protest gegen den vorgesehenen Ein-Mann-Betrieb der Londoner U-Bahn-Züge zum Ausstand auf. Da sich die Gewerkschaft weigerte, *eine Urabstimmung* abzuhalten, wurde die Streikaktion vom Gericht für ungesetzlich erklärt. Inzwischen hat die Gewerkschaft offiziell ihr Einverständnis für den Ein-Mann-Betrieb abgegeben.

Vor wenigen Monaten war auch bei Austin Rover, der Personenwagen-Tochter des Automobilkonzerns British Leyland, auf ähnliche Weise ein Streik zusammengebrochen. Die zuständige Gewerkschaft hatte sich geweigert, eine geheime Urabstimmung abzuhalten, sondern auf der bislang üblichen Prozedur des Handaufhebens mit häufig sehr fraglichen Resultaten bestanden. Eine Anweisung des Gerichts, wonach dieses Verfahren gegen das neue Gewerkschaftsrecht verstoße, wurde von der Gewerkschaft ignoriert. Daraufhin wurde sie zur Zahlung von 800 000 Mark Schadensersatz verklagt, die Streikaktion wurde umgehend eingestellt.

Den 239 Streiks, die in den ersten vier *Monaten* dieses Jahres ausgerufen wurden, stehen 510 in der gleichen Zeit des Vorjahres gegenüber. Nach Ansicht von Arbeitsminister Tom King ein deutliches Beispiel dafür, daß ein guter Start gemacht wurde. In 21 Fällen wurde gegen Gewerkschaften *gerichtlich* vorgegangen im Zusammenhang mit Verfehlungen gegen die neue Verordnung für Urabstimmungen.

Daß trotz der deutlich niedrigeren Zahl der Arbeitskämpfe die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf immerhin 4,9 Millionen geklettert ist, geht hauptsächlich auf den Bergleute-Streik zurück, der Anfang März zu Ende ging. Auf ihn entfallen allein 4,1 Millionen Arbeitstage.

Rechnet man die Zahl der durch Streikaktionen verlorengegangenen Arbeitstage unter Ausschluß des Kohlestreiks für das ganze Jahr hoch, so ergibt sich eine Zahl von etwa 2,4 Millionen. Ihr stehen gegenüber 4,4 Millionen im vergangenen Jahr, wenn man den Bergleutestreik ausklammert, sowie 3,7 Millionen im Jahre 1983. Im Durchschnitt der zehn Jahre bis einschließlich 1983 liegt der Ausfall bei 9,8 Millionen Arbeitstagen. Durch den Bergleutestreik kletterte die Zahl im letzten Jahr auf 26,6 Millionen Tage, die höchste Zahl seit dem Jahre 1979, das mit 29,5 Millionen verlorenen Arbeitstagen als „Winter des Mißvergnügens" in die britische Geschichte eingegangen ist.

DU PONT / Kräftiges Wachstum der deutschen Tochter

Nur die Fasern liegen flau

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Den Kummer, den die Dollarstärke der Konzernmutter in den USA auch beim Export bereitet, *kann die deutsche* Tochter des weltgrößten Chemiekonzerns, die Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH in Düsseldorf, wenigstens für ihren Anteil am gut 100 Mrd. DM großen Gruppenumsatz des Chemie- und Energieriesen beheben. In ihrem 1983/84 (15. 12.) bei 12prozentiger Mengensteigerung um 15 Prozent auf 2,28 Mrd. DM erhöhten, mit 54 (56) Prozent aus deutscher Produktion und mit dem Rest fast nur aus „Konzernware" gespeisten Umsatz war die so teuer gewordene „Dollarware" mit konstanten 15 Prozent enthalten.

Ähnlich wird es nach den Erwartungen der Geschäftsführung auch 1984/85 sein, das die bisherige Umsatzplusrate von 7 Prozent auch für das volle Jahr bringt. Das stützt sich weiterhin vor allem auf die mit 40 Prozent Anteil umsatzstärkste Sparte „Fotosysteme/Elektronische Produkte", die ihr wachsendes Geschäft nach *Lieferengpässen derzeit* mit einem neuen Film-Emulsionsbetrieb honoriert. Anhaltendes Wachstum zeigen auch die fast nur mit Import-Konzernware betriebenen Sparten „Chemikalien/Kunststoffe/Spezialprodukte" (25 Prozent) und „Biomedizin" (8 Prozent).

Die vor allem aus dem zweiten deutschen Werk Uentrop bei Hamm gefütterte Fasersparte (30 Prozent) hingegen, steht nach einem [illegible] dingten Umsatzplus von 10 Prozent jetzt schon wieder in flauem Geschäft. Denn der Modetrend laufe derzeit zur Naturfaser und die Polyester-Konkurrenz aus Nahem wie Fernem Osten drücke auf die Preise.

Für Du Ponts Tochter, die im Berichtsjahr mit 4067 (4003) Beschäftigten gut die Hälfte ihres Umsatzes im Export (zu knapp zwei Dritteln an Konzern-Schwestern) erzielte, durchbricht auch die neue Faserflaute nicht die ansteigende Ertragstendenz. Der auf 63 (75) Mill. DM gesunkene Jahresüberschuß wäre 1983/84 auf 90 Mill. DM gewachsen, wenn man nicht Vorsorge für eine verbesserte Pensionsordnung und für den Umzug der *Konzernzentrale nach Bad Homburg* getroffen hätte.

PEUGEOT / Verlust konnte deutlich abgebaut werden

Drückende Schuldenlast

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

„Das Schlimmste liegt hinter uns, aber die Partie ist noch nicht gewonnen." *Auf diese gegenüber der bisher* gezeigten Zuversicht eher zurückhaltende Formel brachte der Präsident des französischen Automobilkonzerns Peugeot (PSA), Jacques Calvet, das jetzt vorliegende konsolidierte Zwischenergebnis der bisherigen Sanierungsbemühungen. Bei einem um 6,9 Prozent auf 91,11 Mrd. Franc gestiegenen Umsatz wurde der Verlust auf 1,12 (2,60) Mrd. Franc reduziert und erscheint dank der neuerdings möglichen Verlustverrechnung auf frühere Steuern (carry back) in der Bilanz mit 341 Mill. Franc.

Die um 40 Prozent auf 3,30 Mrd. Franc gestiegene „operationelle Marge" (Differenz zwischen Umsatz und Betriebskosten) hält Calvet noch für unzureichend. Allerdings wurden die auf 4,03 (3,67) Mrd. Franc gestiegenen Investitionen zu 2,21 (1,07) Mrd. Franc, also im verdoppelten Umfang, aus eigenen Mitteln finanziert. Die langfristigen Schulden stiegen um 1,77 (1,19) auf 17,21 Mrd. Franc. Trotz der daraus resultierenden gewaltigen Finanzkosten hält Calvet jetzt die Konsolidierung der Verschuldung und die Verstärkung der Eigenmittel *für gesichert. Eine Kapitalerhöhung* sei vorerst aber noch nicht geplant. Für dieses Jahr erwartet der Präsident ein ausgeglichenes Geschäftsergebnis.

Zwar würden die 1984 durchgeführten Belegschaftskürzungen um 13 000 Mitarbeiter erst jetzt voll durchschlagen, aber die Automobilkonjunktur wird von Calvet doch weniger günstig eingeschätzt. Vor allem in der Bundesrepublik sei wegen des Katalysatoren-Debakels der Absatz ziemlich stark zurückgegangen.

In Frankreich selbst konnte die Peugeot-Gruppe ihren Marktanteil (zu Lasten von Renault) im Jahresvergleich der ersten viereinhalb Monate auf 35,6 (33,5) Prozent erhöhen. Aber dem Erfolgsauto Peugeot 205 steht ein starker Verfall der Talbot-Verkäufe gegenüber. Diese Marke dürfte in absehbarer Zeit aufgegeben werden. Auch die Tochtergesellschaft Citroën, die von der PSA 1,4 Mrd. Franc Subventionen in 1984 erhalten hatte, steckt noch tief in den roten Zahlen.

NG-BANK / Zinsmarge verringert sich weiter

Überschuß klar unter Plan

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Norddeutsche Genossenschaftsbank AG (NG-Bank), Hannover, *sieht sich in den ersten vier Monaten 1985* mit deutlich rückläufigen Zahlen konfrontiert. Vorstandschef Gerhard Barner spricht zwar von einer „saisonüblichen" Entwicklung; zumindest ergebnisbezogen aber sind die Planvorgaben erheblich unterschritten worden. So lag das Betriebsergebnis mit 31 Mill. DM um 10 Mill. DM unter dem Vorjahresniveau. Der Brutto-Überschuß verringerte sich um 11 Prozent.

Die Zinsmarge, die 1983 bei 1,44 *Prozent und 1984 noch* bei 1,23 Prozent lag, erreichte lediglich 1,15 Prozent. Vorstandsmitglied Werner Schütze will die Tatsache, daß nahezu alle Bilanzpositionen gegenüber Ende 1984 verringert *ausgewiesen* werden, nicht überbewertet wissen. Dies sei im Geschäft der NG-Bank, der Zentralbank von 643 Volks- und Raiffeisenbanken in Norddeutschland, begründet und ändere sich im weiteren Jahresverlauf. Nach den ersten vier Monaten ging die Bilanzsumme um sechs Prozent oder 900 Mill. DM zurück. Insgesamt rechnet der Vorstand der NG-Bank für 1985 mit einem Ergebnis, das auf dem Niveau des Vorjahres liegen dürfte.

Mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 1984 zeigt sich der Vorstand nur bedingt zufrieden. Der auf 206 (235) Mill. DM zurückgegangene Zinsüberschuß führte zu einem gegenüber 1983 verringerten Betriebsergebnis. Der um 6,3 Prozent höhere Provisionsüberschuß und günstigere Ergebnisse im Auslandsgeschäft (Anteil am Brutto-Überschuß acht Prozent) führten nur teilweise zu einer Kompensation.

Die Bilanzsumme wurde 1984 um 6,3 Prozent auf 14,8 Mrd. DM ausgeweitet, das Geschäftsvolumen um 4,3 Prozent auf 16 Mrd. DM. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen stehen mit 17,5 (59) Mill. DM zu Buche. Die Schieflage der Hammer Bank wurde in der Bilanz mit 6 Mill. DM berücksichtigt. Aus dem Jahresüberschuß von wieder 38 Mill. DM erhalten die Aktionäre eine unveränderte Dividende von 5,12 Prozent. Der freien Rücklage wurden wieder 26 Mill. DM zugewiesen.

Fuchs: Beteiligung in China angestrebt

dpa/VWD, Mannheim

Die Fuchs-Gruppe, Mannheim, mit einem Umsatz von 586 (410) Mill. DM, nach eigenen Angaben einer der großen unabhängigen Schmierstoff-Hersteller in Europa, ist laut Firmenchef Manfred Fuchs 1984 auf allen Gebieten gut vorangekommen. Große Chancen sieht Fuchs vor allem im *Ausland. Verhandlungen* über *die* Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens in China würden im Juli abgeschlossen. Mit der 50-prozentigen Beteiligung am Branchendritten dieses Landes will Fuchs in einen der größten und wachstumsstärksten Schmierstoffmärkte vordringen.

Die Fuchs Petrolub AG Oel + Chemie, Holding der zehn deutschen Beteiligungen, erzielte 1984 einen Umsatz von 308 (321) Mill. DM. Die Ertragslage habe sich deutlich verbessert. In der Konzernrechnung wird ein Jahresüberschuß von 3,6 (2,6) Mill. DM ausgewiesen. Der Überschuß der AG betrug 2,1 (2,0) Mill. DM. Nach Zuführung von 0,6 Mill. DM in die Rücklagen sollen 4 DM Dividende je nominal 50-DM-Aktie auf 18,75 Mill. DM „alte" Stammaktien gezahlt werden.

Moulinex will weiter expandieren

J. Sch. Paris

Die französische Moulinex-Gruppe, der größte europäische Hersteller von kleinen elektrischen Küchengeräten, will sich stärker auf anspruchsvolle Spitzengeräte wie zum *Beispiel Mikrowellenherde* konzentrieren. In Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, sei dieser Sektor noch sehr unterentwickelt, erklärte Marketing-Chef Prot. 1984 verkaufte Moulinex in der Bundesrepublik für 140 Mill. DM Geräte.

Weltweit wurde mit 3,33 (2,91) Mrd. Franc *Umsatz erstmals* die 1-Mrd.-DM-Schwelle überschritten. Inzwischen beteiligte sich die zur amerikanischen Scovill-Gruppe gehörende Hamilton Beach, größter US-Produzent dieser Branche, mit 20 Prozent am Kapital der Moulinex SA, wodurch sich der Anteil ihres Mehrheitsaktionärs, *Jean Mantelet, auf 43 (63)* Prozent verminderte.

Gegenwärtig führt die Firma eine Kapitalerhöhung um 180 Mill. Franc durch, um ihre weitere Expansion zu finanzieren. Für 1985 wird eine Umsatzsteigerung um 14 Prozent und eine Verbesserung der Erträge erwartet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag für MAN-Roland

Offenbach (Wb.) – Die MAN-Roland Druckmaschinen AG hat den bisher größten Auftrag erhalten, der außerhalb der USA für Zeitungsmaschinen vergeben wurde: Für 240 *Mill. DM bestellte der britische* Verleger Robert Maxell („Daily Mirror") 20 Rollenoffset-Anlagen. Damit sei die Grundauslastung im Werk Augsburg (2200 der 5800 Mitarbeiter) „bis weit in das Jahr 1988 hinein" gesichert, teilt MAN-Roland mit. Das Unternehmen erwartet 1984/85 (30. 6.) erstmals einen Umsatz von mehr als 1 Milliarde Mark.

Victoria erhöht Kapital

Düsseldorf (Py.) – Der Hauptversammlung der Victoria Lebensversicherung AG, *Berlin/Düsseldorf* am 31. Juli wird eine Dividende von 18 Prozent sowie eine Kapitalerhöhung im Verhältnis von 2:1 der Einzahlungsbeträge (Basis 100 DM) vorgeschlagen. *Die Kapitalerhöhung* erfolgt durch Ausgabe junger Aktien im Nennbetrag von 100 DM. Darüber hinaus soll ein Agio von 250 DM eingefordert werden, so daß sich ein Bezugspreis von 350 DM pro junge Aktie ergibt. Durch die Kapitalerhöhung *steigt das nominelle Grundkapital* um 20 auf 85 Mill. DM, das eingezahlte von 40 auf 60 Mill. DM. Die Victoria-Feuerversicherungs-AG zahlt ihren Aktionären 18 Prozent Dividende nach 16 Prozent plus 2 Prozent Bonus im letzten Jahr. Auch bei Victoria Feuer wird das Grundkapital durch *junge volleingezahlte Aktien erhöht*, hier jedoch im Verhältnis 9:2. Mit dem eingeforderten Agio von 250 DM ergibt sich ein Bezugspreis von 350 DM. Dadurch steigt das Nominalkapital um 10 auf 75, *das eingezahlte* Kapital von 45 auf 55 Mill. DM. Die Aktien beider Unternehmen sind für das Geschäftsjahr 1985 voll dividendenberechtigt.

Aggregate im Programm

Hannover (dos) – Die Hanomag Baumaschinen Produktions- und Vertriebs-GmbH, Hannover, befaßt sich *jetzt auch mit der Herstellung* von Stromerzeugungsanlagen. Hanomag-Geschäftsführer Wolfgang Freimuth betrachtet den Einstieg in diesen Produktbereich als ideale Ergänzung, weil die eigene Motorenfertigung besser ausgelastet werde. Hanomag führe die Produktion der vor wenigen Wochen Pleite gegangenen H. Meyer Aggregatebau und Verfahrenstechnik GmbH, Hannover, weiter und nutze diesen am Markt gut eingeführten Firmennamen für den Vertrieb. Der *Umsatz dieses* Bereichs werde bei gut 10 Mill. DM liegen. Die Aggregate sollen unter anderem auf Baustellen und in mobilen Kliniken desarabischen Raum eingesetzt werden.

Höhere Produktion

Stuttgart (nl) – Die Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, hat in den letzten *Monaten in ihrem Zuffenhausener* Stammwerk die Tagesproduktion von 81 auf nunmehr 100 Fahrzeuge der Typen 911 ud 928 S *gesteigert. Im* Zuge der dafür notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen wurden rund 800 neue Arbeitskräfte eingestellt. Zur Zeit haben nach Angaben der Verwaltung die Käufer von Porsche-Fahrzeugen mit Wartezeiten von bis zu einem Jahr zu rechnen.

Phywe mit neuem Anteilseigner

dos. Göttingen

Die Phywe AG, Göttingen, einer der führenden deutschen Lehrmittelhersteller, hat den Vorstand umgebildet. Neuer Vorstandsvorsitzender ist Professor Wolfgang Siemes, der davor *als Unternehmensberater* tätig war. Siemes bestätigte auf Anfrage, daß er zugleich 10 Prozent des Aktienkapitals von dem Phywe-Mehrheitsaktionär F. Victor Rolff übernimmt. Rolff, der über 75 Prozent des Kapitals von 9,375 Mill. DM hielt, bleibe aber weiterhin mehrheitlich beteiligt. Der *bisherige* Vorstandssprecher Klaus Abend gehört dem Phywe-Vorstand auch in Zukunft an; ausgeschieden ist dagegen Rolf-Alexander Schellenberg.

Nach Angaben von Siemes hat sich die *negative Geschäftsentwicklung* bei Phywe 1984 fortgesetzt. Der Betriebsverlust erreichte gegenüber dem Vorjahr, als ein Jahresfehlbetrag von 6,1 Mill. DM ausgewiesen wurde, *rund 10 Mill. DM. Gleichzeitig* sei der Umsatz von 73,8 Mill. DM im Jahre 1983 auf rund 55 Mill. DM gesunken. Die endgültigen Zahlen will Siemes Mitte Juni bekanntgeben.

SEEBECKWERFT / Erfolgreiche Konsolidierung

Rote Zahlen überwunden

W. WESSENDORF, Bremen

„Wir haben unser erstes Ziel erreicht, 1984 aus den roten Zahlen herauszukommen", sagte der Vorsitzende des Vorstands der Seebeckwerft AG in *Bremerhaven, Peter Giesers*, zum ersten Jahresabschluß nach der Schließung des Bremer Betriebsteils AG „Weser". „*Wir meinen, die stürmische* See gemeistert zu haben, um künftig am Wirtschaftsleben auf lange Sicht teilnehmen zu können."

Das gegenwärtige Auftragspolster bilde „eine gute Basis zur weiteren Stärkung", erklärte Giesers. Es handele sich dabei um elf Schiffe im Wert von 700 Mill. *DM. 97 Prozent des geplanten Umsatzes* für das Geschäftsjahr 1985 seien abgedeckt, für 1986 schon 83 Prozent und für 1987 bereits 52 Prozent. Wesentlicher Bestandteil des Bestandes seien zwei Jumbo-Fähren mit Kreuzfahrt-Komfort für die Route Travemünde–Trelleborg.

Einen bedeutenden Fortschritt habe der Schiffbaubetrieb mit der Koordinierung schiffbaufremder Aktivitäten gemacht. Ende April dieses Jahres wurde die Seebeck TechnoProduct GmbH gegründet. Damit soll die Diversifikation auf die Verfahrenstechnik, Automatisierung, Umwelt- und Energietechnik, Schiffs- und Meerestechnik sowie Werft- und Hafentechnik weiter vorangetrieben werden. Das Betriebsergebnis ist nach Angaben von Vorstandsmitglied Olaf Jörns auch im Neubau positiv. Jörns: „Damit haben wir die *Konsolidierungsphase früher als geplant* abgeschlossen."

Im ersten Berichtsjahr ohne Einbindung der AG „Weser" betrugen die Umsatzerlöse 283,6 (Vorjahr: 711,6) Mill. DM. Auf den Exportanteil *entfallen 92,8 Mill. DM (35,2 Prozent).* Der Schiffneubau ist mit einem Anteil von 78 Prozent daran beteiligt. Die Gesamtleistung beträgt laut Geschäftsbericht 346,3 (501,0) Mill. DM, *der Rohertrag 149,6 (240,9) Mill.* DM. Diese Zahlen lägen in etwa auf dem Vorjahresniveau des Bremerhavener Unternehmensteiles.

Das Grundkapital in Höhe von 33,75 Mill. DM liegt zu 90 Prozent in den Händen von Krupp. Der Rest befindet sich in Streubesitz.

HAMBURG-MANNHEIMER VERSICHERUNG / Leben: Sorge mit Storno – Sach: Hoher technischer Gewinn

Die Leistungen wachsen mit den Erträgen

HARALD POSNY, Hamburg

Die Hamburg-Mannheimer Versicherung AG, Hamburg, Nr. 2 unter den deutschen Lebensversicherern, verzeichnete 1984 eine grundsolide Entwicklung, selbst unter dem Aspekt einiger Kennzahlen, die aufgrund der eingeführten Direktgutschrift *mit den Daten des Jahres zu*vor nicht ohne weiteres verglichen werden können. Vorstandsvorsitzender Günter Kalbaum, der sich nach der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zurückzieht und seinen Platz Klemens Wesselkock, *einem hohen* Beamten aus dem Bonner Finanzministerium, freimacht, zeigte nur einen Schönheitsfehler auf: das geringere Neugeschäft nach einem Zuwachs von 20 Prozent im Vorjahr sowie *das geringer ausgefallene* Beitragsaufkommen, das auf der Einführung der Direktgutschrift in der Branche beruht, mit der ein erheblicher Teil der Überschußanteile dem Kunden nicht mehr auf dem Umweg über die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, sondern direkt und damit auch schneller gutgeschrieben wird. Ohne diese Auswirkungen wären die Beitragseinnahmen um 9 Prozent gestiegen.

Sorge bereitet weiterhin das – im Branchendurchschnitt gesehen – hohe Volumen an vorzeitig gekündigten Verträgen. Die Gründe dafür: vergleichsweise kündigungsanfällige Kundschaft mit erhöhtem Arbeitsplatzrisiko und relativ geringen Vertragssummen (15 000 DM im Schnitt) und ein überdurchschnittlich hoher Anteil (40 Prozent) von unter *25jährigen Kunden, die sich offen*sichtlich leichter von Lebensversicherungsverträgen trennen, wenn es einmal „finanziell drückt".

Die Möglichkeit, für einen ganz geringen Risiko-Beitrag von 10 DM im *Monat* bei *Arbeitslosigkeit die* Anwartschaft auf den Versicherungsschutz aufrechtzuerhalten, wird enttäuschend gering genutzt. Nicht selten kehren die Betroffenen nach Wiederaufnahme einer Arbeit der Gesellschaft ganz den Rücken.

Hamb.-Mannh. Leben	1984	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	64 297	+ 6,7
Eingel. Neugeschäft	9 052	– 3,4
Beitragseinnahmen	2 316	+ 6,7
Aufw. f. Vers. Fälle	645	+ 3,4
Kapitalanlagen [1]	15 779	+ 12,3
Kapitalerträge [2]	1 157	+ 13,2
Aufw. f. Beitr. Rückerst.	783	– 15,0
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	2 826	+ 17,6

	1984	1983	1982
Stornoquote [3]	6,8	6,8	6,4
Verw. Kostenqu. [4]	4,9	5,0	5,2
Abschl. Kostenqu. [5]	43,7	44,1	44,5
Überschußquote [6]	44,6	43,6	40,2

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,7 (7,7) Prozent; [3] Rückk., Umwandlg. in beitr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß einschl. Direktgutschrift von 230 Mill. DM in % d. Beiträge.

Wie im Vorjahr haben auch 1984 wieder die Kapitalerträge den Löwenanteil des Rohüberschusses von *808 (941) Mill. DM geliefert. Dazu* kommen jedoch 230 Mill. DM Direktgutschrift, so daß sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung kräftig erhöht. Schließlich wurden im letzten Jahr die Zinsüberschußanteile von 3 auf 3,5 Prozent heraufgesetzt. *Dadurch* erhöhen sich die Überschußanteile für den Kunden je nach Vertragslaufzeit zwischen 9,6 Prozent (12-Jahres-Verträge) und 16,6 Prozent (30-Jahres-Verträge).

Vom Jahresüberschuß (24,8 Mill. DM) fließen 20 Mill. DM den Rücklagen zu. Die Dividende beträgt wieder 18 Prozent. Für 1985 rechnet Kalbaum mit einem Neugeschäft auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Komposit-Tochter, deren Beitragsvolumen zu fast zwei Dritteln von der Unfallversicherung getragen wird, hielt 1984 sowohl im technischen als auch im allgemeinen Geschäft *den Erfolgskurs. Nach den* Worten des Vorstandsvorsitzenden Hertus Emmen wurde der positive Geschäftsverlauf von den größeren Sparten (vor allem Unfall) und durch die günstige *Bestandsstruktur* getragen, die nur in Feuer (3,3 Mill. DM), *Hausrat (1,5)* und Wohngebäude (1 Mill. DM) technische Verluste brachte, von rückläufigen Großschäden sowie harter Sanierungsarbeit *im* Bestand. Mit den Kapitalerträgen ad*dierte sich das Jahresergebnis* nach Steuern auf 25,6 (13,6) Mill. DM. Davon gehen 20 Mill. DM in die Rücklagen. Die Dividende beträgt wieder 12 Prozent.

Hamb.-Mannh. Sach	1984	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	566	+ 6,6
Nettoprämie [1]	396	+ 7,9
Aufw. f. Vers. Fälle	183	+ 11,1
Vers. techn. Ergebnis [2]	30,5	(11,5)
Kapitalanlagen [3]	386	+ 17,2
Kapitalerträge [4]	31	+ 19,2

in % d. verd. Beitr.	1984	1983	1982
Selbstbeh.-Quote %	70,0	68,7	67,3
Schadenquote	46,3	45,0	46,8
Verw.-Kostenquote	44,4	47,8	52,1
Rückst.-Quote [5]	70,3	68,2	70,0

Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2] nach Zuführung von 3,3 (2,6) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3] oh. Depotford.; [4] netto; Durchschnittsrendite: 8,7 (8,2) Prozent; [5] vers. techn. Rückstellg.

DÜRKOPPWERKE / „Wasserstrahl-Laser" vorgestellt

Starkes Umsatzplus im Inland

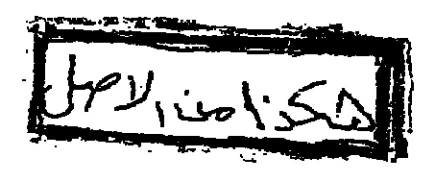
H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Eine insgesamt erfreuliche Entwicklung verzeichnete 1984 die Dürkoppwerke *GmbH, Bielefeld, die* ihren Gesamtumsatz um 6,8 Prozent auf 144,9 (135,7) Mill. DM steigern konnte. Entscheidend trug dazu der Bereich Nähtechnik bei, dessen Erlöse sich mit vorwiegend technisch anspruchsvollen Produkten um 15,5 Prozent auf 125,1 Mill. DM erhöhten, wobei die Steigerungsrate auf dem inländischen Markt sogar 22,7 Prozent betrug. Bei einer *Exportquote* von 68,9 (70,5) Prozent wurden im Auslandsgeschäft sowohl in Europa als auch in Ostasien gute Umsätze erzielt. Die Spitzenreiterrolle nahm jedoch die Sowjetunion ein, die Produkte im Wert von 11,3 Mill. DM abnahm. *Als nicht befriedigend* wird dagegen die Präsenz auf dem US-Markt gesehen, wo jedoch Maßnahmen zur Verbesserung der Position anlaufen.

Während die Umsätze im Erzeugnisbereich *Fördertechnik* von 27,8 auf 19,8 Mill. DM zurückgingen, was mit der intensiven Geschäftstätigkeit im Vorjahr erklärt wird, werden neue Impulse von der vor Jahresfrist gegründeten Tochtergesellschaft Dürkopp Systemtechnik GmbH erwartet. *Sie stellt auf* der zur Zeit in Köln stattfindenden „Internationalen Messe für Bekleidungsmaschinen (IMB)" erstmalig eine Neuentwicklung vor, den sogenannten Hydro-Cutter, ein Gerät, das mit einem hauchdünnen Hochdruck-Wasserstrahl textile Gewebe zerschneidet und sich besonders für die Bearbeitung von Einzelstücken und kleineren Losen eignet. Hierfür werden erhebliche Marktchancen gesehen.

Insgesamt erzielte das Unternehmen ein Jahresergebnis von 5,2 (5,1) Mill. DM, das laut Ergebnisabführungsvertrag an den Organträger FAG Kugelfischer, Schweinfurt, abgeführt wurde. Erfreulich ist auch die Entwicklung der Beschäftigtenzahl, die 1984 auf 1437 (1361) zunahm. Weitere rund 70 *neue Mitarbeiter* wurden seit Jahresbeginn eingestellt, durchweg in befristeten Arbeitsverhältnissen, eine Möglichkeit, die ausdrücklich begrüßt wird und die angestrebte Umwandlung in Dauerarbeitsverhältnisse nicht ausschließt.

Zielrichtung für die Zukunft bleibt in erster Linie weiterhin der Markt für hochwertige automatische Nähanlagen, weltweit eine Jahreskapazität von etwa 300 000 Einheiten. Für 1985 wird insgesamt ein Umsatzwachstum von 18 bis 20 Prozent angepeilt, erste vorliegende Ergebnisse lassen das erreichbar erscheinen.



Bundesanleihen

Keine eindeutige Tendenz

Gestern konnte sich am deutschen Rentenmarkt keine eindeutige Tendenz herausbilden. Öffentliche Anleihen brachten kleine Abweichungen um rund einen Zehntel-Prozentpunkt nach oben und unten. Die neue Bundesanleihe mit 6,96 Prozent Laufzeitrendite für die Erstzeichner gilt als noch nicht untergebracht. Banken meinen, daß sie vor allem auf ausländische Zeichner zugeschnitten war, die jetzt aber den Aktienmarkt bevorzugen und sich bei den Rentenwerten zurückhalten. DM-Auslandsanleihen waren bei kleinen Umsätzen wenig verändert.

M	7 dgl. Pf 20	100,75G	100,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5G
B	7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
B	6 dgl. Pf 54	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	100G	100G
Hn	5 Brklam. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	96,25G	96,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	101,5G	101,5G
Hn	6 dgl. KS 29	87,5G	87,5G
Hn	7 dgl. KS 30	101,15G	101,15G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G

D	6 dgl. Pf 28	98G	98G
D	6½ dgl. Pf 67	90G	98G
D	5½ dgl. KO 3-E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 Rhhyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	78G	77,25G
S	7 dgl. Pf 125	101,25G	101,25G
S	7 dgl. Pf 128	97,5G	97G
S	8 dgl. Pf 177	101,6G	101,6G
S	6 dgl. KS 77	87G	86G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	–	–

F	7½ Kassenst 71	100,25G	100,25G
F	7½ Kaufhof 71	100,25G	100,25G
F	7½ dgl. 71	100,5G	100,5G
F	7½ dgl. 76	100,6T	100,6T
F	7½ Klöckner W. 71	100,25G	100,25G
F	8 dgl. 72	100,6T	100,3
F	6 MWK 61	99,8G	99,8G
F	6 dgl. 62	98,75G	98,75G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64	98,6T	98,6G
F	6 Rh.Braw. 63	97,7G	97,7G
F	6 dgl. 65	98T	98T
F	6 RWE 63	99T	99T
F	6 dgl. 65	97,75G	97,75bG
F	7½ dgl. 71	100,4	100,4T

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	101,4	101,4G
F	6 dgl. 77	9/87	99,9	99,75

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	89,75G	89,75G
M	6 dgl. IS 1	99,9G	99,9G
M	6 Lds. Anst. IS 15	100G	100G
M	6 dgl. IS 16	99,75G	99,5G
M	6 dgl. IS 17	99,5G	99,35G
M	8½ dgl. KO 49	100,5G	100,5G
M	8½ dgl. KO 48	100,3G	100,3G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	101,8G	101,8bG
M	5 Bayer.Vereinsb. Pf 11	121,5G	121,5G
M	6 dgl. Pf 4	96,5G	96,5G
M	6½ dgl. Pf 3	93,5G	93,5G
M	6½ dgl. Pf 12	93,5G	93,5G

Hn	7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn	8 dgl. Pf 18	100,1G	100,1G
Hn	9 dgl. KO 53	100,1G	100,1G
Hn	7½ dgl. IS 6	101,5G	101,5G
Hn	10 dgl. IS 57	100,3G	100,3G
F	5 Pfälz. Hypo. Pf 48	116G	116G
F	6 dgl. Pf 58	90,7G	90,7G
F	6 dgl. Pf 95	82,1G	82,1G
F	7 dgl. Pf 114	100G	100G
D	5 BW Bodencr.Pf C	129G	129G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	107G	107G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78	98	98
F	8 Chem. Hüls 71	100,75T	100,8T
F	7½ Conti Gummi 71	100,5G	100,5G
F			
F			
F	4½ Harpen 59	2450G	2400bG
F	7½ Hoesch 71	100,25G	100,25G

Optionsscheine

Optionsanleihen

F	5½ dgl. 83 o. O.	88,75	88,45
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	117,5	119
F	4 dgl. o. O.	91,5	91,15
F	4 dgl. 84 m. O.	137,5	139
F	4 dgl. 84 o. O.	104	104,25
F	3½ Fuji 84 m. O.	111	111
F	3½ dgl. 84 o. O.	86,6	86,6bG
F	3½ Honda 84 m. O.	100,5	100G
F	3½ dgl. 84 o. O.	89	89,3
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	200G	200G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,5G	102

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

D	6½ Quesnel A. 70	100,75	100,5G
D	7 RENFE 79	100G	100G
D	10 dgl. 82	111G	111G
D	8½ dgl. 83	105,5	105T
D	7½ Sumito F. 82	102,25G	102,25G
D	7½ Sun Int. 73	100,05	100,05
D	7½ Svenska C. 73	100G	100G
D	10½ dgl. E. 81	109,75bG	109,5G
D	9½ Svensk. Ex. 82	104,35G	104,35bG
D	5½ Tauernaut. 78	93,5G	93,5G
D	9½ dgl. 82	112,25G	112,7
D	6 TVO-Kraftw. 78	97,75G	97,75

Wandelanleihen

		5.6.	4.6.
F	4½ AKZO 69	88G	88G
F	5 Asics Corp. 83	109	108,25
F	3½ All Nippon 78	167bG	162,5bG
F	3½ Asahi Opt. 78	133G	132,5G
F	4½ Canon Inc. 77	400G	400G
F	5½ Daiei Inc. 80	141G	144G
F	3 Daikin Ind. 84	127bG	125,5G
F	4½ Fujitsu Lim. 78	660T	660T
F	5½ Hoogovens 68	88G	88G
F	3½ Izumiya Co. 78	145T	145T
F	3½ Jusco Co. 78	118	118
F	4 Kawasaki Tex. 84	106G	106G

F	6 Komatsu 76	151G	151G
F	6 Konishiroku Photo 81	144G	144G
F	6½ dgl. 82	154G	134
F	3½ Korakuen 78	151bG	139,25b
F	7½ Kraft Inc. 70	184T	183T
F	3½ Marudai F. 78	105	105bG
F	5½ Minolta Cam. 77	188G	275G
F	4 dgl. 79	221G	211G
F	6½ Mitsub. H. 81	186bG	184
F	6 dgl. 81	137,35	136
F	6 Nichii Co. Ltd. 80	145	148T
F	3½ Nissan Mot. 78	105,5bG	105,5bG
F	4 Nisshin Steel 78	180T	180T
F	7½ Nitto Boseki 84	104	104,5G
F	3½ Olympus 78	300G	295G
F	3½ Omron Tat. 79	340G	350
F	4½ Orient Fin. 79	192G	192G
F	3½ Renown Inc. 84	102	102,25

F	3½ Ricoh Comp. 78	200G	200G
F	6½ Rothm. Int. 72	118,5	120G
F	3½ Sanden Corp. 78	120,25	119T
F	6½ Sekisui 76	170G	170G
F	3½ Stanley 78	171,5T	171,5T
F	6 Taiyo Yuden 82	138G	138G
F	5 Texaco Inc. 66	99,15bG	99,2
F	3½ Tok.Elec. 78	440G	440G
F	4 Tokyu Land 79	111	112G
F	3½ Tho Kenw. 78	145G	145G

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei. Pf = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Ramenschuldverschreibung. S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr), B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr

Ausländische Aktien in DM

		5.6.	4.6.
M	Abbott Labor	171,4	165,8
F	L'Air Liquide	222	–
D	Akzo	97,2	96
F	Alcan	76	74,9
F	Alcoa	98G	98
F	Alg. Bk. Nedld.	399	397
F	All Nippon Air	7	6,7G
F	Allied Corp.	129,5	129
M	ALPS El.	19,3	18,8
F	Amax	51,9	50,5

		5.6.	4.6.
D	Gen. Shopping	123G	124G
D	Gevaert	191G	190G
F	Goodyear	90	89,5
H	Grace	132	126,5
F	Greyhound	91G	99G
D	GKN	8,8	8,7
F	Gulf Canada	39,5	41
D	Halliburton	94	94
F	HCA Hospital	134G	132G
M	Hewlett Packard	103,5	103,5

		5.6.	4.6.
M	Pepsi	181	178,1
F	Pernod	240G	240G
F	Pfizer	122	121
F	Philip Morris	170	167G
M	Phibro-Salomon	128,1	127
H	Philips	50,3	49,5
M	Pioneer El.	21,8	22,3
F	Pirelli	4,05	3,95
M	Polaroid	96	92,5

M	Fed. Nat. Mortg.	61,6	60,2
D	Fiat St.	5,05bB	5bB
D	dgl. Vz.	5,45	4,4
F	Finsider	0,14	0,14
D	Fisons	14,2G	14G
M	Fluor	53,2	52,5
D	Ford	154,9	151
F	Fujitsu	13	13
F	General Electric	191,5	185
F	General Food	217	212G
F	General Mining	48,5	48,5
D	General Motors	219,9	218

F	Océ v. d. Grint	285G	285G
F	Olivetti St.	10,15	10,15
F	Olivetti Vz.	9,1	9,1
F	Olympus Optical	14,5	14
H	v. Ommeren	25G	25G
F	Omron Tateisi	18,2	18,5
F	Pacific Telesis	235,5	232
F	Pakhoed	56,7	55,5
F	PanAm	20,5	20,3
D	Parker Drilling	18	18
F	Parker Hannifin	93G	92G
F	Pekko Wallsend	8,8	8,9

D	dgl. Nam 8	83T	83T
M	Wang Labor	51,3	51,5
F	Warner Commun.	81,5	82,1
F	Warner Lambert	128,5	127
F	Wells Fargo	182G	182
M	Western Deep L.	135,7	139,5
M	Western Mining	7,6	7,8
M	Westinghouse El.	104,7	103,1
F	Westl.-Utrecht H.	93	93
M	Weyerhaeuser	90,8	88,4
M	Wheelock Marden	ausg.	ausg.
D	Xerox Corp.	155	151,5

Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Ebenfalls schwächer notierten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	4. 6.	3. 6.
Juli	319,50	315,25
Sept.	321,75	310,00
Dez.	329,75	324,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	4. 6.	3. 6.
St. Lawrence 1 CW	242,94	242,94
Amber Durum	230,09	232,04

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	124,40	124,50
Okt.	130,00	130,30
Dez.	133,00	133,80

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	118,70	119,00
Okt.	111,20	111,70
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	4. 6.	3. 6.
Juli	152,75	151,50
Sept.	151,50	150,00
Dez.	156,00	154,75

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	274,00	274,80
Sept.	256,25	257,25
Dez.	252,25	252,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 6.	3. 6.
Juli	128,30	128,70
Okt.	117,80	118,10
Dez.	117,00	118,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	4. 6.	3. 6.
Terminkontr. Juli	142,80	144,65
Sept.	142,90	145,75
Dez.	144,01	145,50

Kakao New York ($/t)	4. 6.	3. 6.
Terminkontr. Juli	2058	2070
Sept.	2030	2045
Dez.	2015	2025
Umsatz	1835	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,92	3,04
Sept.	3,05	3,20
Okt.	3,11	3,32
Jan.	3,10	3,71
März	4,00	4,15
Umsatz	13 525	10 220

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 6.	3. 6.
	2,79	2,89

Kaffee London (£/t) Robusta-	4. 6.	3. 6.
Kontrakt Juli	2034–2038	2020–2023
Sept.	2079–2080	2069–2070
Nov.	2123–2124	2112–2114
Umsatz	2580	1103

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1746–1747	1727–1728
Sept.	1735–1736	1720–1721
Dez.	1721–1722	1708–1710
Umsatz	2975	2391

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	90,00–90,20	95,80–96,20
Okt.	93,60–93,80	99,80–100,00
Dez.	99,60–100,00	104,20–106,00
Umsatz	3253	1939

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	4. 6.	3. 6.
schw. Sarawak spez.	730,00	730,00
weißer Sarawak	860,00	860,00
weißer Muntok	870,00	870,00

Orangensaft New York (c/lb)	4. 6.	3. 6.
Juli	141,80	142,80
Sept.	139,70	140,50
Nov.	139,00	140,00
Jan.	138,60	139,50
März	138,40	139,50
Umsatz	225	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	4. 6.	3. 6.
Südstaaten fob Werk	43,00	44,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	30,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	29,90	30,05
Aug.	28,65	28,78
Sept.	27,80	27,75
Okt.	26,50	26,60
Dez.	25,50	25,60
Jan.	25,01	25,18
März	24,60	24,75

Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal		
fob Werk	32,00	31,62

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	18,00
Choise white hog 4% fr. F.	17,00	17,00

Talg New York (c/lb)		
top white	18,25	18,50
fancy	17,00	18,00
bleichfähig	16,25	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	47,00	48,45
Juli	50,32	51,90
Aug.	49,85	51,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	66,42	68,35
Aug.	65,92	67,90
Feb.	71,30	72,95

Häute Chicago (c/lb)	4. 6.	3. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	562,50	564,75
Aug.	554,50	557,50
Sept.	549,00	552,00
Nov.	552,75	554,50
Jan.	561,50	564,00
März	571,00	574,50
Mai	579,00	582,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	118,80	119,70
Aug.	121,80	122,70
Sept.	124,60	125,50
Okt.	127,50	128,20
Dez.	132,50	133,30
Jan.	135,20	135,00
März	139,00	140,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	4. 6.	3. 6.
Juli	343,50	345,10
Okt.	350,50	352,50
Dez.	355,40	357,40

Kokosöl New York (c/lb)	4. 6.	3. 6.
Westküste fob Werk	36,00	36,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	5. 6.	4. 6.
jegl. Herk. cif	1000,00	1005,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	700,00	705,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	570,00	585,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	212,00	212,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	625,00	625,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	281,00	282,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	4. 6.	3. 6.
Juli	63,42	62,90
Okt.	61,90	61,40
Dez.	62,45	61,83
März	63,75	63,05
Mai	64,20	63,55
Juli	64,30	63,88

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	40,50	40,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	4. 6.	3. 6.
Aug.	535–537	533–535
Okt.	537–538	533–536
Dez.	536–537	–
Umsatz	36	5

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	4. 6.	3. 6.
Juli	55,20	55,30
Okt.	55,40	55,50
Dez.	55,40	55,50
März	55,40	55,80
Umsatz	0	2250
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	4. 6.	3. 6.
Juli	630,00–634,00	632,00–634,00
Dez.	625,00–630,00	–
März	631,50–633,00	–
Umsatz	8	0

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	4. 6.	3. 6.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	4. 6.	3. 6.
AAA, ab Lager Juni	12 209	12 220
Juli	12 135	12 155

Kautschuk London (p/kg)	4. 6.	3. 6.
Nr. 1 RSS loco	64,00–67,00	63,00–66,00
Juli	69,00	70,00–72,00
Aug.	69,00	71,00–73,50
Sept.	69,00	72,00–74,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	4. 6.	3. 6.
Juni	196,00–196,50	195,25–196,00
Juli	193,50–194,00	193,00–194,00
Nr. 2 RSS Juni	194,50–195,50	194,00–195,00
Nr. 3 RSS Juni	192,00–193,00	191,50–192,50
Nr. 4 RSS Juni	187,00–188,00	186,50–187,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	4. 6.	3. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 FL – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 6.	4. 6.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	328,00–328,45	324,58–324,97
drittfolg. Monat	335,45–335,64	333,20–333,59
Blei: Basis London laufend. Monat	115,83–116,03	117,01–117,21
drittfolg. Monat	117,58–117,78	118,38–118,58
Nickel: Basis London laufend. Monat	1710,28–1712,22	1703,24–1705,20
drittfolg. Monat	1700,55–1702,51	1693,44–1695,40
Zink: Basis London laufend. Monat	234,78–235,55	232,46–233,24
drittfolg. Monat	239,05–239,44	237,36–237,55
Produz.-Preis	286,61	283,39
Reinzinn 99,9%	–	3992–4032

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 6.	4. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	450,89–454,20	448,64–451,97
Blei in Kabeln	123,50–124,50	124,75–125,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 6.	4. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	413–417	411–417
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	459–464	458–462
MS 63	480–486	459–485

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	4. 6.	3. 6.
(Ring./kg)	29,26	29,27

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 6.	4. 6.
Leg. 225	378–380	378–385
Leg. 226	380–382	380–397
Leg. 231	410–415	410–420
Leg. 233	420–425	420–430

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 6.	4. 6.
Platin (DM je g)	28,85	28,95
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	31 440	31 440
Rücknahmepr.	30 690	30 690
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	31 640	31 600
Rücknahmepr.	30 840	30 800
verarbeitet	33 190	33 150
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 025	30 980
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	613,00	613,40
Rücknahmepr.	595,30	595,30
verarbeitet	640,20	640,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	5. 6.	4. 6.
10.30	314,75	316,25
15.00	314,20	315,65
Zürich mittags	314,40–314,90	315,70–316,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 050	94 500
Silber (p/Feinunze) London Kasse	478,50	474,60
3 Monate	492,80	488,70
6 Monate	506,40	502,60
12 Monate	533,65	529,60
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	4. 6. 209,85	3. 6. 208,75
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	78,10	77,25

New Yorker Preise	4. 6.	3. 6.
Gold H & H Ankauf	315,65	318,10
Silber H & H Ankauf	609,50	607,00
Platin fr. Händlerpr.	264,00–265,00	263,50–266,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	100,0–101,0	99,5–100,5
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Juni	610,20	615,70
Juli	613,00	618,00
Sept.	621,00	625,50
Dez.	634,00	638,00
Jan.	637,50	642,90
März	645,80	651,20
Mai	654,80	660,20
Umsatz	14 000	21 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	4. 6.	3. 6.
Juni	60,85	59,85
Juli	61,05	60,10
Sept.	61,90	61,00
Dez.	63,00	62,10
Jan.	63,25	62,30
März	63,80	62,90
Mai	64,25	63,35
Umsatz	9 200	11 100

Londoner Metallbörse

	5. 6.	4. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	844,00–845,00	842,00–843,00
3 Monate	863,00–863,50	860,50–861,00
Blei (£/t) Kasse	298,00–298,50	297,50–298,50
3 Monate	302,50–303,00	301,50–302,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1139,5–1140,0	1123,5–1124,5
3 Monate	1153,0–1153,5	1134,0–1134,5
abends Kasse	–	1127,5–1128,0
3 Monate	–	1138,0–1139,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1132,0–1134,0	1120,0–1122,0
3 Monate	1139,0–1140,0	1125,0–1127,0
Zink (£/t) Kasse	604,00–606,00	597,00–598,00
3 Monate	615,00–616,00	608,50–608,50
Zinn (£/t) Kasse	9585–9590	9520–9525
3 Monate	9538–9539	9475–9480
Quecksilber $/Fl.)	–	286–294
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	61–67

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Waldenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Auslandskäufe zogen stark an

Trotz Gewinnmitnahmen steigende Aktienkurse

DW. – An der Mittwochbörse setzten sich die Gewinnmitnahmen des Berufshandels wie auch der kurzfristig disponierenden Bankenkundschaft sogar noch verstärkt fort. Zugleich aber forcierten die internationalen Anleger mit riesigen Aufträgen ihre Käufe deutscher Aktien. So schwankten die Aktienkurse vor allem der internationalen Spitzenpapiere, die noch etwas leichter eingesetzt hatten, bald um das Schlußniveau vom Vortag und zogen dann in der zweiten Börsenstunde bei vielen Werten deutlich an.

Die Farbennachfolger überschritten die Dienstag-Schlußnotierung nur geringfügig. Hoechst verloren sogar noch leicht über den Dividendenabschlag von 9 DM hinaus. Siemens lagen im Verlauf mit Gewinnen bis um etwa 3 DM freundlicher. Am Bankenmarkt holten vor allem Deutsche Bank um mehr als 5 DM auf. Bayer. Vereinsbank zogen um fast 10 DM an. Im Bereich der Warenhäuser glichen Kaufhof die Kursscharte vom Dienstag fast wieder aus. Sehr unsicher der Automarkt, an dem nur VW mit mehr als 6 DM plus fester tendierten. BMW kaum verändert, Daimler-Benz im Verlauf auf Vortagsniveau erholt, und Mercedes Holding nach anfänglichem Kurseinbruch in der zweiten Stunde zwar erholt, aber noch immer um mehr als 10 DM schwächer. Am Stahlmarkt leicht uneinheitliche Kurse. Maschinenbauer schwankten zwischen behaupteten und leichteren Notierungen. Unter den Stromversorgern konnten Veba um gut 3 DM anziehen.

Frankfurt: Kaufhof verbesserten sich um 8,50 DM und Horten um 9 DM. VW wurden mit plus 7,10 DM und Porsche mit plus 15 DM bezahlt. Braun gaben um 10 DM, Riedel de Haen um 18 DM und Condordia Chemie um 15 DM nach.

Düsseldorf: Bilfinger zogen um 3,50 DM und Keramag um 5 DM an, Kochs Adler konnten sich um 5 DM und Kromschröder um 10 DM verbessern. Audi NSU verminderten sich um 10 DM, Stinnes fielen um 10 DM und Gehe gaben um 6 DM nach.

Hamburg: NWK St. stiegen um 1,50 DM und VWK Vz um 2,50 DM an. Markt- und Kühlhallen gingen um 2 DM leichter aus dem Markt. Bremer Vulkan verloren 1,70 DM und Hapag büßten 4,50 DM ein.

Berlin: Lehmann zogen um 5 DM, Scheidemandel um 3 DM und DUB-Schultheiss um 2,50 DM an. Detewe verbesserten sich um 1,50 DM, Berliner Bank, Berliner Kindl und Herlitz St. um je 1 DM. Orenstein schwächten sich um 2 DM ab.

München: Aigner verminderten sich um 4 DM, Agrob Vz. um 13 DM und AKS um 6,80 DM. Audi AG zogen um 17 DM, Electro 2000 um 25 DM und Flachglas um 5 DM an.

Stuttgart: Porsche stiegen um 15 DM und WMF Vz. stockten um 4 DM auf. Audi waren um 11 DM nachgebend, Daimler fielen weiter um 5 DM und Mercedes um 6 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 191,3 (193,1)
WELT-Umsatzindex: 5410 (5270)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

10-780/8,5, Deutsche Bk. 10-500/4,5, 10-520/8, 1-530/12, Dresdner Bk. 7-320/3, 7-230/6,5, 10-250/4, GHH St. 10-150/4,2 Hoechst 1-220/5,4, Hoesch 7-110/2,8, 1-110/2,9, Lufthansa St. 7-190/5,8, Mercedes 10-680/30, 10-710/13, Mannesmann 10-170/3, 1-180/2, Nixdorf 7-590/5, Siemens 7-550/2,5, 7-560/11, 10-540/3, Thyssen 10-110/6, VW 7-240/2,6, 7-250/5,5, 7-260/7,4, 10-250/9,5, Wella 1-380/4,9, Chrysler 10-100/2,5, Litton 1-250/14, Philips 1-50/2,3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 6. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅛– 7¼	5⅜–5½	4⅞–5⅛
3 Monate	7⅛– 7¼	5⅜–5½	4⅞–5⅛
6 Monate	7½– 7¾	5⅜–5½	4⅞–5⅛
12 Monate	8 – 8¼	5½–5¾	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1285,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	689,70
1 £ Sovereign alt	220,25	273,89
1 £ Sovereign Elizabeth II.	218,50	274,03
20 belgische Franken	170,75	223,16
10 Rubel Tscherwonez	231,00	290,70
2 südafrikanische Rand	216,00	267,90
Krüger Rand, neu	977,00	1153,68
Maple Leaf	977,75	1154,54
Platin Noble Man	836,50	993,51

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	230,00	290,70
20 schweiz. Franken „Vreneli"	172,50	225,15
20 franz. Franken „Napoléon"	172,00	224,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	901,75	1091,84
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,25	227,15
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,25	123,41
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	419,75	512,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,50	135,09

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0631	3,0711	3,0428	2,99	3,06
London¹)	3,873	3,887	3,819	3,82	3,97
Dublin¹)	3,134	3,138	3,081	3,06	3,20
Montreal³)	2,2380	2,2440	2,2110	2,18	2,28
Amsterd.	88,565	88,785	88,415	87,75	89,50
Zürich	118,800	119,000	118,970	117,50	120,25
Brüssel	4,965	4,975	4,927	4,85	5,06
Paris	32,700	32,860	32,395	32,00	33,75
Kopenh.	27,790	27,910	27,570	27,00	28,75
Oslo	34,640	34,780	34,080	33,75	34,80
Stockh.**)	34,410	34,570	33,590	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5615	1,5715	1,5355	1,52	1,62
Wien	14,204	14,244	14,186	14,12	14,35
Madrid**)	1,754	1,764	1,718	1,70	1,82
Lissabon**)	1,735	1,755	1,668	1,35	2,15
Tokio	1,2285	1,2315	–	1,18	1,24
Helsinki	47,990	48,190	47,135	47,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,19
Athen*) **)	2,2345	2,2825	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,015	2,0340	–	1,95	2,06
Johannesbg.*)	1,5285	1,5475	–	1,22	1,47

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Durch den bevorstehenden Feiertag in Deutschland bedingt verlief das Geschäft am 5. 6. relativ ruhig. Der Dollar befestigte sich von 3,0525 bei Eröffnung sukzessive bis auf 3,0686 und wurde dann mit 3,0671 amtlich notiert. Die Bekanntgabe des Anstiegs der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe um 2,8 Prozent (Vormonat minus 1,9 Prozent) hatte keinen Einfluß auf das Marktgeschehen. Das britische Pfund erlitt heute eine weitere Kurseinbuße und notierte mit 3,880 3,3 Pf. unter dem Vortagsfixing. Gerüchte über eine bevorstehende Base-Senkung in Verbindung mit Ölpreissenkungen drückten den Pfundkurs bis unter 3,880 im Freimarkt. US-Dollar in: Amsterdam 3,4565; Brüssel 61,7475; Paris 9,3460; Mailand 1957,50; Wien 21,5280; Zürich 2,5795; Ir. Pfund/DM 3,131; Pfund/Dollar 1,2650; Pfund/DM 3,880.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 4. Juni: In D-Mark 2,24400 (Parität 2,24184); in Dollar 0,733880 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 4. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Der Rückgang der Dollar-Zinssätze am Euromarkt spiegelte sich am 5. Juni am Terminmarkt in deutlich verringerten Abschlägen wider.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,55/0,45	1,60/1,50	3,20/3,06
Pfund/Dollar	0,55/0,52	1,50/1,46	2,97/2,82
Pfund/DM	3,1/1,7	7,5/6,1	12,5/11,1
FF/DM	21/5	48/32	86/66

Geldmarktsätze

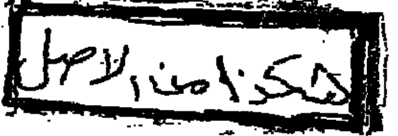
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 6.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf ab 1. Juli 1985, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17).

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25; 2 Jahre: 6,00.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75; Kurs 100,00; Rendite 6,75.



Es riecht im Gesetz

Mln. – Kein Mensch käme auf die Idee, zum Arzneimittelladen zu laufen. Wenn *jemanden ein Leiden* plagt, verwandelt er sich kurzfristig in einen Patienten. Er geht zum Doktor. Danach, mit einem Rezept, zur Apotheke. Jedes Kind weiß, daß das Ding, das der Duden getreu und umständlich ein „mit staatlicher Genehmigung eingerichtetes Gewerbeunternehmen" nennt, „in dem Arzneimittel verkauft u. zum Teil auch hergestellt werden", Apotheke heißt.

Fremdwörter *müssen* also sein. Entweder gibt es keine geeignete deutsche Entsprechung (wie sollte man beispielsweise „Rakete" übersetzen?). Oder die Medien haben, ob sie dies wollten oder nicht, dazu beigetragen, einen neu herumschwirrenden Begriff durch ehrfürchtiges bis routiniertes Wiederholen zu befestigen („Computer" ist ein älteres, „*Katalysator*" *das* jüngste Beispiel).

Es gibt da aber noch eine merkwürdige Grauzone. Dort führen Wörter ein beharrliches Eigenleben. Es sind Wörter, die alle (deutschsprechende) Welt kennt, die es offiziell aber gar nicht gibt. Fragen Sie doch einmal in einem Postamt, wo sich die nächste Telefonzelle befinde. Nicht, daß man Sie etwa nicht verstünde. Dem Postbeamten ist sofort klar, worauf Ihre Frage abzielt. Nur: das *Ding* heißt, je nach technischer Beschaffenheit, im Amtsdeutsch „öffentliche Sprechstelle" oder „Münzfernsprecher". Es gibt keine Telefonbücher, sondern Fernsprechbücher. Telefongebühren heißen Fernsprechgebühren. Und wer im Zusammenhang mit seinem Telefon irgend etwas beantragen will, der wende sich bitte ans Fernmeldeamt.

Noch drolliger wird's, wenn ich vom Telefon aufs Auto umsteige. Schauen Sie einmal in Ihrem Führerschein nach. In meinem steht, daß ich die Erlaubnis habe, „ein Kraftfahrzeug mit Antrieb durch Verbrennungsmaschine der Klasse drei zu führen".

Fremdwörter müssen also keineswegs sein. Auch wenn ihn alle Welt im Munde führt: ich wette, daß der „*Katalysator*" *demnächst* im Bundesgesetzblatt angemessen verdeutscht werden wird. Etwa so: „eine an *nichtschadstoffarmen* Otto-Personenkraftwagen angebrachte luftverunreinigungsmindernde Einrichtung". Man riecht förmlich, wie da die Abgase veredelt werden.

Exil und Widerstand: Eine Tagung über die jüngste tschechische Literatur

Grüner Wein für Nepomuk

Die sowjetischen Panzer von 1968 sind auch über die Literatur der Tschechoslowakei hingerollt, haben sie zerteilt, haben viel unter sich begraben. Aber zerstört haben sie weder den Freiheitswillen noch das literarische Schaffen der Tschechen und Slowaken.

Ein Symposium der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Vlotho versuchte jetzt zu ergründen, wie es um die allerneueste tschechische Literatur bestellt sei. Drei Dichterlesungen erbrachten dabei den leben*digsten Beweis, daß zumindest der* Teil der tschechischen Literatur, den jene Panzerpolitik ins Ausland abdrängte, lebend*ig* ist und *etwas* zu sagen hat. Antonín Brousek (jetzt Berlin) trug einige seiner Gedichte vor und sprach von der erhöhten Sensibilität gegenüber der eigenen Sprache, die die ständige Konfrontation mit dem fremden sprachlichen Um*feld mit sich brächte*. Er sprach allerdings auch von den Gefahren, die die Lösung vom tschechischen Sprachraum *für das eigene dichterische* Schaffen bedeute. Die Verleihung des Literatur-Nobelpreises an Jaroslav Seifert, so meinte er weiter, sei ein großer Sieg für die tschechische Literatur gewesen. Seiferts Werk decke gewissermaßen alle Richtungen der modernen tschechischen Literatur ab, schon deshalb sei die Entscheidung des Stockholmer Preiskomitees zu begrüßen.

Mit Karel Hvížďala (jetzt Bonn) zusammen las – und spielte – Brousek dessen großartiges Hörspiel „Die Nachricht" in der Übersetzung von Joachim Bruss. Dieses Stück, das die Angst der Menschen unseres Jahrhunderts vor der Ausgeliefertheit an unfaßbare bürokratische Mächte geradezu *greifbar* macht, wurde in England, Schweden, Australien erfolgreich gesendet. Die deutsche Aufführung steht noch aus.

Jaroslav Vejvoda (jetzt Zürich) gehört zu jenen Exilschriftstellern, die erst in der Fremde mit dem Schreiben begonnen haben. Durch die Erzählungssammlung „Wohltätigkeitsbasar" (1981) bekannt geworden, hat er einen Roman „Grüner Wein" abgeschlossen, der sich mit den Nöten des Exils beschäftigt und 1983 den Litera*turpreis der Stadt Zürich erhielt*. Die tschechische Ausgabe dieses Buches kommt in Toronto heraus, für eine deutsche (die Übersetzung ist fast fertig) fehlt noch der Verleger. In Deutschland leben etliche gute tschechische Exilschriftsteller, hier wirkt mit Antonín Měšťan auch der Autor der einzigen bis in die Gegenwart reichenden großen tschechischen Literaturgeschichte: „Geschichte der tschechischen Literatur im 19. und 20. Jahrhundert", Köln 1985.

Vortrag und Diskussion in Vlotho brachten zutage, daß für die tschechische Literaturgeschichtsschreibung im zensurbeengten Heimatland die gesamte Exilliteratur *nicht existiert*, daß aber auch alle Werke, die neben den offiziell veröffentlichten in Abschriften kursieren – wie der russische Samisdat – einfach geleugnet werden. Eine wissenschaftlich objek*tive Literaturforschung, die die tsche*chische (oder russische) Literatur als Ganzes erfaßt – und nicht nur den politisch *gerade genehmen* Teil –, ist deshalb nur im freien Westen möglich. Hier hat nicht zuletzt die deutsche Slawistik eine ihrer großen Aufgaben.

Měšťans Freiburger Kollege Peter Drews bot den Überblick über die heutige Lage der „offiziellen" tschechischen Literatur. Sie beginnt sich langsam vom Niedergang nach 1968 *zu erholen. Noch beherrscht das Mit*telmaß der mittleren Generation (1930–40 geboren) in konformer Anpassung an vergangene Zeiten die Szene. Aber aus der Masse der historischen Romane (der typischen Fluchtwege aus der nur verlogen darstellbaren Gegenwart) hebt sich Jiří Šotola mit einer frei gestalteten Biographie des Heiligen Nepomuk, „Der Brükkenheilige" (1978), heraus, die ein unübersehbares Gleichnis für die Gegenwart setzt. „Šotolas Angriff gegen den Kleinbürger, der sich aus Opportunismus den gesellschaftlichen Verhältnissen anpaßt", so Drews, „seine Forderung nach einer humanen Umwelt und nach Zivilcourage" läsen sich nicht nur historisch, sondern auch außerordentlich zeitnah.

Auch Vladimír Neff hat in seinem brillanten ironischen Stil neue, interessante historische Romane geschaffen. Bohumil Hrabal wurde mit den Romanen „Die Schuhe" und „Harlekins Millionen" (Frankfurt 1983 und 1984) auch hierzulande bekannt. Und neben die ältere und mittlere Generation ist seit Ende der 70er Jahre eine neue, *jüngere Generation getreten*, von der man einiges erwartet.

Diese jungen Leute, so viel ist *schon erkannbar, gehen* selbstbewußt eigene Wege, orientieren sich allerdings ganz überwiegend noch an der ungeistigen sowjetischen Richtung der sogenannten „Tatsachenliteratur" der 30er Jahre. Eine echte Leistung ist Václav Dušeks Roman „Tage für die Katz" (1979), der mit Verständnis einen gesellschaftlichen Außenseiter, einen jugendlichen Stadtstreicher, zeichnet.

Ungemein reicher als die offizielle ist allerdings jene in der Tschechoslowakei geschriebene Literatur, die nur getippt in kleinster Auflage (10–14 Exemplare), dafür aber ohne Zensor, hergestellt wird. Mehrere Serien existieren in sorgfältigen Editionen. Die Edition „Petlice" hat seit 1972 inzwischen 263 Titel von 112 Autoren herausgebracht. Andere mit literarischen, philosophischen, essayistischen Texten stehen kaum nach. Ein *monatlich erscheinender* Sammelband mit Kurztexten zeigt sprudelnde Aktivität. Die Texte sind weitgehend im Westen bekannt (und können bis zum 29. Juni in der „Samisdat"-Ausstellung des osteuropäischen Kultur- und Bildungszentrums „Ignis" und der Stadtbibliothek Köln auch von einem größeren Publikum eingesehen werden).

Toronto ist nach 1968 zum verlegerischen Zentrum der tschechischen Exilschriftsteller geworden. Der ver*lagserfahrene Joseph Škvorecký hat* inzwischen mehr als 160 Bücher verlegt, wobei sein Verlag Exilautoren und unterdrückte Heimatautoren vereint und die Exilbücher auf verschlungenen Pfaden die Heimatleser erreichen. Selbst ein kleines Theater, wo tschechisch gespielt wird, lebt in Toronto!

Václav Havels neues Stück „Largo desolato", das er nach der Haftentlassung schrieb, wird in der Übersetzung des Bonner Slawisten Joachim Bruss von Wien, wo es im April uraufgeführt wurde (vgl. die WELT vom 15. April), nach Göttingen kommen (Pre*miere am 30. 11. 1985). Havels Haupt*figur, der angeschlagene Intelligenzler, von dem mehr erwartet wird, als er leisten kann und als die Erwartenden selbst zu leisten gewillt sind – das ist ein Thema, in das unberechtigt zuviel Autobiographisches hineingeheimnist wurde. Sieht man in Havels Stück statt dessen eine Parabel auf die Kommunikationslosigkeit unserer Zeit und den Aufruf, sie zu überwinden, kommt man der Sache näher.

Das Gespräch der Deutschen und der Tschechen in Vlotho zeigte glücklicherweise nicht Kommunikationslosigkeit, sondern reiche Kommunikation. Leser und Verleger sind aufgerufen, diesen Weg fortzusetzen.

WOLFGANG KASACK

Prof. Wolfgang Kasack führt im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde regelmäßig Symposien im Bereich der Slawistik durch. Er organisierte auch die Tagung zur „Neuesten tschechischen Literatur", deren Ergebnisse er hier zusammenfaßt.



Aus der Sammlung der Remondini: „Sitzender Nackter im Profil" von Antonio Canova, Kohlezeichnung FOTO: KATALOG

Duisburg zeigt Bassaner „Graphik aus Venetien"

Weltweiter Kunsthandel

Bassano, die Stadt am Fuße des Monte Grappa, ist bekannt durch Tresterschnaps, Keramik und die angeblich besten Steinpilze. Doch Bassano besaß einst auch eine der größten Druckereien und Gravieranstalten Europas und machte auf diesem Gebiet sowohl Augsburg als auch Pa*ris den Rang streitig. Um die Mitte* des 18. Jahrhunderts hatte das hier ansässige Haus Remondini ein weltweites Handelsnetz für Radierungen, Kupferstiche und Holzschnitte aufgebaut. Die Sammlung der Remondini wurde zum bedeutenden Kern des Museums. Bassano besitzt heute eine der kostbarsten Sammlungen italienischer Graphik mit etwa 4000 Zeichnungen und rund 20 000 graphischen Arbeiten.

Eine Auswahl von etwa 200 Blättern wurde jetzt auf die Reise in die Bundesrepublik geschickt. Nach Esslingen ist die „Graphik aus Venetien" nun im Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museum zu sehen. Ihr Ziel ist, die Darstellung der „turbulenten künstlerischen Produktion und Entwicklung von 1700 bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts", den Auftakt im Barock bis zum Auslauf in Aufklärung und Klassizismus zu zeigen. Ihren Glanz verdankt die Graphik den großen Malern der Lagunenstadt. So sind es denn auch Arbeiten von Canaletto, Marieschi, Marco Ricci, Tiepolo, Piranesi oder Canova, die uns hier noch einmal einen Einblick in die Kultur jenes glänzenden Jahrhunderts vor dem Sturz der Dogen-Repu*blik gewähren. Es ist eine vielfältige* Kultur, in der etwa die Vedute zum selbständigen Kunstwerk erhoben wird, in der bewaldete Landschaften, klassische Ruinen und selbst anekdotische Begebenheiten in einer unverwechselbaren Sprache zum Ausdruck gebracht werden.

Die Graphik ist der leisere, diskretere – daher auch nicht jeden ansprechende – Vortrag dieser Kultur. Selbst wenn die Auswahl der Blätter nicht immer die glücklichste ist, so läßt sie dies doch klar erkennen. Das Spezifische der Venezianer ist bekanntlich die Dominanz des Malerischen. Die Art und Weise, wie diese Künstler die Effekte von Licht und Farbe mittels Schraffuren und Linien umsetzen, erreicht im restlichen Europa erst im Impressionismus eine vergleichbare Meisterschaft. (Bis 16. Juni; *Katalog 25 Mark.*)

MARIANA HANSTEIN

JOURNAL

Auslandsaufenthalt verbessert Berufschancen

dpa, Bonn

Ein *Auslandsaufenthalt* verbessert nachhaltig die Berufschancen deutscher Nachwuchswissenschaftler. Von 135 *zurückgekehrten Jung*akademikern, von denen vorher 65 Prozent arbeitslos waren, fanden anschließend über 90 Prozent auf Anhieb eine Beschäftigung. Diese Zahlen nannte der Generalsekretär der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Heinrich Pfeiffer, bei der Vorlage des Jahresberichts der Stiftung in Bonn. Von den deutschen Wissenschaftlern, die ins Ausland gingen, bevorzugten den Angaben zufolge rund 60 Prozent einen Aufenthalt in den USA. Ein Drittel ging nach Japan, während sich der Rest auf 176 Länder verteilte.

Musikverleger wollen mehr deutsche Musik

dpa, Murnau

Mit einem Aufwand von über einer Million Mark wollen die deutschen Musikverleger eine Kampagne für mehr deutsche Musik in den Rundfunk- und Fernsehprogram*men starten. Die Verleger* kündigten auf der Jahreshauptversammlung ihres Verbandes DMV in Murnau an, daß demnächst 120 Langspielplatten mit 1130 deutschen Musikstücken von über 750 Autoren veröffentlicht werden. Die Schallplatten, die das Musikschaffen seit 1890 dokumentieren, sollen den Programmgestaltern in den Sendern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Deutsch-deutsches Opernensemble

dpa, Siena

Auf „neutralem" italienischen Boden wird ein aus Künstlern der Bundesrepublik und der „DDR" bestehendes Ensemble zwei Kurzopern – „L'Occasione fa il ladro" von Rossini und „Arlecchino" von Busoni – *einstudieren und aufführen*. Geplant sind Ende Juli/Anfang August insgesamt drei Aufführun*gen in Montepulciano bei Siena an*läßlich des zehnjährigen Bestehens des dortigen „Cantiere Internazionale d'Arte".

Brasilianer gewann Van-Cliburn-Wettbewerb

AP, Fort Worth

Der 24 Jahre alte José Feghali hat in Fort Worth (Texas) den von dem Pianisten Van Cliburn ins Leben gerufenen Klavierwettbewerb ge*wonnen. Der aus Brasilien stam*mende, in London lebende Feghali schlug die 35 Wettbewerbsteilnehmer mit seiner Interpretation des ersten Satzes des Klavierkonzerts Nr. 1 von Tschaikowski aus dem Feld. Mit dem Preis sind ein Auftritt in der New Yorker Carnegie Hall, eine 30monatige Konzertreise durch Nordamerika und Europa, 12 000 Dollar (rund 37 000 Mark) in bar und Schallplattenverträge verbunden. Sechster wurde der 27 Jah*re alte Hans-Christian* Wille *aus der* Bundesrepublik.

Gabor von Vaszary †

dpa, Lugano

Der ungarische Schriftsteller Ga*bor von Vaszary, der vor allem* durch den Roman „Monpti" international bekannt wurde, ist nach Mitteilung seiner Witwe am 22. Mai in Lugano gestorben. Nach Angaben der meisten Biographen Vaszarys wäre der Schriftsteller am 7. Juni 80 Jahre alt geworden. Frau Vaszary erklärte dagegen, daß ihr Mann bereits am 1. Juli 1897 in Budapest geboren wurde. Gabor von Vaszary errang internationalen Ruhm durch seinen 1934 veröffentlichten Roman „Monpti". In der Verfilmung von Helmut Käutner 1957 spielten Romy Schneider und Horst Buchholz die Hauptrollen.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „TransAtlantik" zum Thema „Vaterland"

Papa ist schuld an allem Unglück

Es gibt ihn noch, den allesverschlingenden, texthungrigen Leser. Doch der Kiosk mit all den Surf- und Motormagazinen läßt ihn im Stich. So bietet ihm „TransAtlantik" eine letzte Zuflucht. Mit ellenlangen Reportagen, Essays, Satiren setzt das Blatt ganz auf den Leser und weist den Blätterer brüsk von sich.

„TransAtlantik" baut keine Brükken, gibt keine Hinweise auf Inhalt und Autoren, verschmäht sogar Zwi*schentitel*. „*TransAtlantik*" wurde 1980 geboren, als Kind der inzwischen geschiedenen Ehe von Blattmachern mit Kulturrevolutionären. Mittlerweile ist einiges vom anfänglichen Snob-Appeal abgeblättert, man mußte vom monatlichen Erscheinen zum vierteljährlichen übergehen. Doch ist zu begrüßen, daß an die Stelle der anfänglich überwiegenden Übersetzungen aus dem *Amerikani*schen Arbeiten von deutschen Nachwuchsautoren getreten sind, für die „*TransAtlantik*" *einen* literarischen Laufsteg bildet.

Da der „TransAtlantik"-Käufer belesen und *nicht* beblättert ist, ist ihm auch ein Sommerheft über das Thema „Vaterland" zuzumuten. Er weiß, daß das Vaterland, wo immer es geblieben ist, zumindest Spuren hinterlassen hat. Wenn „TransAtlantik" diesen folgt, bedient es sich seiner hergebrachten Stilmittel, der schnoddrigen Ironie, des saloppen Desengagements. Doch der „Distanzversuch zum Nationalcharakter" (Henky Hentschel) ist ja längst Dutzendware. Schon die Re-education lief gegen „The Fatherland" Sturm, weil der deutsche autoritäre Charakter sich in der Familie gebildet habe und die Familie vom Vater regiert würde.

In einem fiktiven Schulaufsatz schreibt Micky Reman: „Weil Vaterland mit Vater anfängt, wird die Beziehung zum einen immer die Störung zum anderen reflektieren und macht letztlich beide nicht ganz geheuer." Gekonnte Parodie oder Extrakt des Sozialkundeunterrichts? Weil im ironischen Grundton von „TransAtlantik" immer wieder unver*rührte Klumpen* linker Gesinnung herumschwimmen, weiß man nie recht, wann etwas ernst und wann etwas spaßig gemeint ist. Günter Grass' und Stefan Heyms Brüsseler Talk-Show „Eins in der Kultur" kann ebenso als Parodie auf die Lösung der deutschen Frage durch Talk-Shows gelesen werden wie als bitterernste Meinungsbekundung der Talker.

„TransAtlantik" liegt mit dem Vaterland *nicht nur im Clinch, weil es* mit Vater anfängt, sondern auch, weil es mit Land aufhört, denn „TransAtlantik" hat sich irgendwie ins Ozeanische abgehoben. Das erklärt den Zeitschriftennamen.

Was fällt der „TransAtlantik"-Redaktion beim Stichwort „Vaterland" ein? Udo Lindenberg (Reinhard Hesse), ein Fahnenfabrikant (Klaus Gustav Geitel), die Suche nach der verlorenen Hauptstadt in West, Sindelfingen, (Thomas Saeger) und Ost, Bitterfeld, (Konrad Franke), der Niedergang der Dorfwirtschaften (Piet Isenburg), die Genealogie als Geisterbahn (*Micky Reman*) *und Achternbusch* (Achternbusch). Der letzte Artikel „Nichts gegen Selbstbeschimpfung" (Veit Hase) endet mit den Worten: „So viel häßlicher als ihre Kritiker sind die häßlichen Deutschen nicht." Herzlichen Dank denn auch.

C. von SCHRENCK-NOTZING

Kiel spielt Christof Herzogs „ . . . und nichts zurücklassen als eine Wüste"

Worte des weisen Indianerhäuptlings

Das Kieler Opernstudio hat sich nun, ein Jahr nach der Münchener Uraufführung, der „musikali*schen Szenen" von Christof Herzog* angenommen. Das Stück, wenn man es denn als Stück bezeichnen will, heißt „ . . . und nichts zurücklassen als eine Wüste". Das ist ein Zitat aus jener berühmten Rede des nordamerikanischen Indianerhäuptlings Seattle an den Präsidenten, den „Großen Häuptling in Washington", die inzwischen zu einem der Lieblingstexte der grünen und alternativen Bewegungen geworden ist. Diese 1855 gehaltene Rede, ergänzt durch Worte einer *südamerikanischen Indianerin* von 1980, hat Herzog (Jahrgang 1951) zur Grundlage seiner Komposition *gemacht*.

Sie gehört zu jenen neueren einaktigen Monodramen mit kleiner Orche*sterbesetzung, die* zwischen musikalischem Hörspiel, Melodram und Musiktheater mehr oder weniger effektiv changieren. Sie tendieren meist wortreich zum Oratorischen, sind also handlungsarm und szenisch schwer zu mobilisieren. Herzogs einstündige Häuptlingsrede beklagt eine bis heute fortdauernde ethnische Tragödie und prophezeit den Untergang der Unterwerfer, die von dem Unterwor*fenen den Ausverkauf der „Mutter* Erde" erzwingen. Von der (einzigen) Figur des Indianerhäuptlings Seattle hängt alles ab.

In Kiel tat Viktor Lederer sein Bestes, um den schwierigen Übergängen vom Sprechen zum rezitativischen Singsang und zum Gesang Überzeugungskraft zu geben, auch pantomimisch-tänzerisch ein gewandter Darsteller. Doch die Inszenierung (Simone Rist) wollte zuviel und appellierte zuweilen zu pathetisch. Sie wollte „Rituale" *darstellen* und scheiterte daran, daß sie einem kleinen Bewegungscorps schwierige *kultische Rundtänze zumutete*, und das war mißlich.

Die kreisförmige Spielstätte inmitten des Studios entsprach indianischer Symbolik, deren Zeichen sich bis in die aufgeschminkten Gesichtsmasken und Tätowierungen einleuchtend fortsetzten (Bühnenbild und Kostüme: Marion Schlauß).

Herzogs Musik zirkuliert mit einfachen Mitteln um die vielfach wiederholten Redeteile des Monologs. Intermezzi der siebenköpfigen Instrumentalgruppe gewinnen jedoch keine Ei*genständigkeit*.

Die brutale Welt der Unterwerfer erklingt in Gestalt metallischen Schlagzeuglärms, schriller Trompete und Trillerpfeife. Dagegen gehören die feineren Klänge den Naturkindern mit ihren guten Empfindungen, und die kommen in den sensiblen Soli von Klarinette, Saxophon, Kon*trabaß oder Gitarre und dezenten* Schlagzeugklängen leise und langsam zum Ausdruck.

Auf so plakative Kontraste läuft Herzogs Stück schließlich hinaus, atmosphärisch zuweilen *gewiß* sugge*stiv, etwa bei den pantheistischen Be*schwörungen, doch die wenigen lyrischen Soli reichen nicht aus, um den Text wirklich zu tragen: Die eindringlich ins Gewissen redenden Worte sind stärker als die bemühte Musik. Sie wurde gut gespielt und engagiert geleitet (Dirigent: David T. Heusel). Den freundlichen, ausgiebigen Beifall nahm auch der Komponist entgegen.

GEORG BORCHARDT

Start in Bonn: Die Wanderausstellung französischer Fotografie „5 x 5"

Besinnung auf die Kunst Daguerres

Der Titel „Fünf mal fünf" gibt sich als Rebus. Erst in der Ausstellung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn wird deutlich, was damit gemeint ist. In fünf Themengruppen werden mit den Arbeiten von jeweils fünf Fotografen „Aspekte der zeitgenössischen französischen Fotografie" vorgestellt. Das beginnt mit dem Abc der Großmeister Atget, Boubat, Brassai, Cartier-Bresson, Dieuzaide, Doisneau. Wobei Atget bereits für das zweite Thema „Literatur und Fotografie" steht, denn seine Aufnahmen wie die von François-Xavier Bouchart wurden mit Texten von Proust verbunden.

Es ist eine bemerkenswerte Ausstellung, auch wenn sie in Bonn in Gänge und Durchgänge geklemmt wurde. Denn die Auswahl beschränkt sich *nicht* auf die großen Namen – Lucien Clerque, Jean-Loup Sieff, Maurice Tabard beispielsweise sind nicht vertreten –, sondern stellt auch bislang weniger bekannte Fotografen vor. Besonders eindrucksvoll sind die Farbaufnahmen von Martine Franck, die Szenen aus der Inszenierung der Shakespeareschen Königsdramen im japanischen Stil am „Théâtre du Soleil" in temperamentvollen Momenten festhielt, so daß das Wechselspiel zwischen Ruhe und radikalen Ausbrüchen selbst noch im Foto nachvollziehbar ist. Einen Kontrapunkt dazu bilden die Aufnahmen von Nicolas Treatt, der in weiße Tücher gehüllte Gestalten wie Statuen zu theatralischen Szenen arrangierte.

Es fehlen auch nicht die experimentellen Arbeiten, die alte Techniken genauso einbeziehen wie die neuen Bildformen. So verwendet Patrick Bailly-Maître-Grand die Daguerreotypie, bei der Unikate auf spiegelnden Metallplatten entstehen, die nur in einem besonderen Blickwinkel zu erkennen sind. Das mystifiziert die alten Mauern und Wände mit längst überholten Plakaten.

Die Gruppe Illegal Command nutzt demgegenüber die allermodernste Technik. Sie läßt farbkräftige plastische Formen, die bunten Zwiebeln ähneln, per Computer entstehen und ordnet sie zu eigenartigen Arrangements, die sie in Rahmen oder Gläsern plaziert, die gleichfalls nur aus Leuchtpunkten auf dem Bildschirm aufgebaut werden. Und Alain Fleischer fängt die schwachen Spiegelungen von Gesichtern im Deckel von Blechdosen oder auf der Klinge eines Messers ein. Es sind scheinbar flüchtige Bilder, die etwas von ihrer Unbestimmtheit bewahren.

Daneben stehen erzählende Serien, beispielsweise der Essay von Hervé Guibert über Louise und Susanna, zwei alte Schwestern, die seit vierzig Jahren in einem Pariser Herrenhaus lebten, oder die Beobachtungen von Christophe Bart in den Magazinen der Pariser Oper mit den Requisiten vergangener Inszenierungen.

Bei den meisten Aufnahmen dieser Auswahl fällt auf, daß Form und Inhalt nicht gegeneinander ausgespielt werden – eine Manie vieler deutscher „Kunst"-Fotografen –, sondern sich zu einem Bild ergänzen, das sich nicht schon beim ersten flüchtigen Blick preisgibt.

PETER DITTMAR

Bis 9.6.; Köln: 15.6.–15.7.; Essen: 30.7.–5.10.; Stuttgart: 15.10.–15.11.; München: 20.11.–26.12.; Erlangen: 1.1.–30.1.1986; Heidelberg: 5.2.–5.3.; Mainz: 10.3.–10.4.; Freiburg: 15.4.–15.5.; Tübingen: 20.5.–20.6.; Saarbrücken: 25.6.–25.7.; Düsseldorf: 25.8.–30.9.; Hannover: 5.10.–5.11.; Hamburg: 10.11.–10.12.; Kiel: 1.1.–30.1.1987; Bremen: 5.2.–5.3.; Katalog 20 Mark.



Figuren wie Statuen: Fotografie von Nicolas Treatt, aus der Bonner Ausstellung FOTO: KATALOG

Brian Forbes' Psycho-Thriller „*Das nackte Gesicht*" *mit Roger Moore*

Tödliche Rache am Therapeuten

Chicago. Dr. Stevens (Roger Moore), *Witwer, ist ein* Psychotherapeut mit betuchter Klientel. Er ist ernsthaft, ruhig und grübelt noch am *Feierabend über die Probleme* seiner Patienten. Einer von ihnen ist freilich unversehens aller Sorgen ledig. *Jemand rammt* ihm auf offener Straße ein Messer in den Rücken. Eine bedauerliche Verwechselung, wie sich zeigt. Denn der Patient hatte sich an diesem Tag die gelbe Regenjacke seines Therapeuten ausgeliehen. Der Doktor also war gemeint.

Der untersuchende Kriminalbeamte McGreavy (Rod Steiger) ist nicht dieser Meinung. Jegliche Evidenz kühn mißachtend, verdächtigt er stracks den Doktor selbst und schreit in der Arztpraxis herum, daß die Schlagader bedenklich schwillt. Sein Assistent Angeli (Elliot Gould) lächelt nur sanft dazu und schweigt. Doktor Stevens weiß: Hier hat er es auf seiten der Polizei mit mindestens einem Psychopathen zu tun. *Als* wenig später Dr. Stevens' treue Sekretärin tot unterm Schreibtisch liegt und die Schubladen zerwühlt sind, ahnt jedermann: Da will einer an des Doktors Unterlagen, etwa an Patientenberichte.

Nur McGreavy kommt zu dem grotesken Schluß, Stevens hätte die Sprechstundenhilfe geschwängert und habe sie nun loswerden wollen. Assistent Angeli lächelt milde. Wenig *später sieht sich der Doktor einem* neuen Portier und einem neuen Fahrstuhlführer gegenüber. Beide jagen *mit schallgedämpftem Revolver hin*ter ihm her. Nur knapp entgeht er dem Anschlag. McGreavy glaubt ihm *kein Wort. Warum eigentlich nicht?* Weil er verbittert ist. Psychiater Stevens hat einst einem Polizisten-Mörder per *Gutachten einen gemütlichen* Lebensabend in der Heilanstalt ermöglicht.

Noch bevor der offenkundig befangene Kriminalist abgelöst wird, wendet sich Stevens an einen Privatdetektiv. Das ist *ein* schmuddeliger Fettkloß (Art Carney), der am liebsten an seiner Sammlung alter Uhren herumputzt. *Aber er findet doch* immerhin so viel heraus, daß er den mysteriösen Mördern unbequem wird. Eines *Tages* hängt er mit einer Kuckucksuhr seiner Kollektion um den Hals in einem verlassenen Hafenschuppen. Doktor Stevens vertraut nun ganz auf den Mann, der McGreavy abgelöst hat: auf Angeli. Ausge*rechnet der aber gehört zu den Draht*ziehern des Unheils.

Daß der Zuschauer das erst ganz *am Ende erfährt, gehört zu den ent*scheidenden Schwächen des Films. Es gibt nicht einen einzigen Hinweis *auf Täter und Motiv, nicht einmal* eine falsche Fährte. Man kann nicht mitraten und verliert das Interesse. *Autor und Regisseur Bryan Forbes* beginnt recht originell, leistet sich Dialoge von sarkastischem Humor, *skurrile Nebenfiguren und ein* hübsches Rankenwerk der Handlung, das zugunsten konventioneller Genre-*Muster leider nach und nach* aufgegeben wird. Bis zur Triviallösung: Mafia. Elliot Gould, einst Inkarnation *von Amerikas illusionsloser Jugend*, bleibt blaß gegen den Choleriker mit dem bösen Blick, Rod Steiger. Die Entdeckung *aber* ist *Roger Moore*, der fern von James Bond einen Durchschnittsmann verkörpert, den die Ereignisse überfordern.

DIETMAR BITTRICH

566 Fragen, und MMPI sagt dir, wie du bist

rtr, **Minneapolis**

Er hat schon ein stattliches Alter, der multiphasige Minnesota-Persönlichkeitstest, kurz MMPI genannt. Seit 40 Jahren versuchen Psychologen, mit seiner Hilfe herauszufinden, ob ihre Patienten schizophren, depressiv oder auch normal sind. Seit 40 Jahren sind die 566 Fragen nicht verändert worden. Jetzt soll der MMPI generalüberholt werden. Die Universität von Minnesota hat vor einiger Zeit mit neuen Untersuchungen begonnen, um die Fragen auf den Stand der achtziger Jahre zu bringen.

Der MMPI ist der meistbenutzte Psychotest der Welt. Millionen Menschen werden jährlich durchleuchtet: Piloten, Polizisten und Kindermädchen haben den Fragen-Marathon schon absolviert, Soldaten in Thailand und Geistliche im Südpazifik. Es gibt ihn in Arabisch ebenso wie in Estländisch. Den Attentäter John Hinckley, der 1981 auf Präsident Ronald Reagan schoß, bewahrte er vor dem Gefängnis. Hinckley erwies sich als geistesgestört. Daß ein gesunder Mensch derart schlecht abschneidet, komme höchstens in einem von einer Million Fällen vor, sagte damals ein Psychologe.

Antwort in fünf Minuten

Für sich genommen wirken die meisten Fragen des Tests eher *sinnlos*. Sie beschäftigen sich mit Gott, *schmutzigen Witzen* und allem, was dazwischenliegt. Alles andere bleibt ein Geheimnis, denn die Universität von Minnesota besitzt das Copyright für den Test und *erlaubt nicht, daß* auch nur eine Frage veröffentlicht wird. Der ausgefüllte Testbogen wird in einen Computer gefüttert, der nach kurzer Zeit das *Ergebnis ausspuckt*. Da ist die Versuchsperson dann beispielsweise „rücksichtslos gegen andere", „in sich selbst verliebt und impulsiv" oder „nicht sehr verantwortungsbewußt".

„Wenn ich fünf bis zehn Stunden mit einem Patienten rede, weiß ich ungefähr so viel, wie mir der MMPI in fünf Minuten erzählen kann", sagt James Butcher, ein Psychologe der Universität Minnesota, der seit einem Vierteljahrhundert mit dem Test arbeitet. Er wird im Herbst nach China fahren, wo der MMPI mit Ausnahme von Tibet in allen Provinzen bereits im Gebrauch sei. Allerdings habe man gewisse Anpassungen an andere Kulturen vornehmen müssen: „In Amerika heißt zurückhaltend sein beinahe sicher auch depressiv sein – da gibt es einen starken Zusammenhang. Das gilt nicht für Japan, wo Zurückhaltung geschätzt wird."

„Eine lukrative Sache"

Bei aller Begeisterung warnt Butcher davor, den Test zu überschätzen. Zum Beispiel sei er kein Meßinstrument für Rechtschaffenheit: „Er spiegelt Moralvorstellungen wider, aber er kann nicht vorhersagen, ob jemand stiehlt." Wie der Test nach der Überprüfung aussehen wird, ist noch nicht klar. Vielleicht, so sagt Beverly Kaemmer, werden nur ein paar Fragen geändert. Aber es ist genausogut möglich, daß die Bewertungsskala neu geschrieben werden muß, die festlegt, wer „normal" und wer „krank" ist.

Am MMPI verdient die Universität viel Geld. Beverly Kaemmer, Chef der Abteilung, die den Test verkauft, will über den Erlös allerdings nicht reden. Es sei eine sehr lukrative Sache – mehr sage er nicht.

Dabei war die Idee, die zur Entwicklung des MMPI geführt hat, recht einfach. Die Psychologen J. C. McKinley und Starke Hathaway hatten verschiedenen Personengruppen eine Unmenge von Fragen vorgelegt – Patienten von Nervenheilanstalten ebenso wie „normalen" Menschen, meist Freiwilligen aus Krankenhäusern oder Besuchern. Dabei zeigte sich, daß „Kranke" und „Gesunde" viele Fragen unterschiedlich beantworteten.

Camorra-Prozeß: Blutige Rache an den Reumütigen

FRIEDRICH MEICHSNER, **Neapel**

Nach viermonatiger Dauer ist der größte Camorra-Prozeß, den Italien je erlebt hat, in eine doppelte Krise geraten. Die von der neapolitanischen Verbrecherorganisation abgesprungenen Häftlinge, auf deren Aussagen sich die Anklage gegen zahlreiche der 250 Angeklagten im wesentlichen stützt, drohen angesichts von Racheakten gegen ihre Familienangehörigen jede weitere Zusammenarbeit mit der Justiz zu verweigern. Sie werden in dieser Protestaktion von den Ermittlungsrichtern und Staatsanwälten Neapels unterstützt. Die Juristen kündigten an, daß sie in Zukunft keinen „Camorrista" mehr zur Aussage gegen seine Gangstergenossen bewegen würden, zumal die Familien dieser „pentiti" (Reumütigen) völlig unzureichend durch die Sicherheitsstreitkräfte abgeschirmt würden.

Der zweite Krisenaspekt des Mammutverfahrens im „Gerichtsbunker" des Poggioreale-Gefängnisses von Neapel wurde bei einer Gegenüberstellung des angeklagten Europarlamentariers Enzo Tortora mit seinem (mitangeklagten) Hauptbelastungszeugen Gianni Melluso deutlich. Aussage stand gegen Aussage, Klarheit konnte in keinem Punkt geschaffen werden.



Angeklagter Enzo Tortora FOTO: DPA

Der Protest der „pentiti" und der Vertreter der Ermittlungsbehörde wurde durch einen Sprengstoffanschlag ausgelöst, bei dem Anfang der Woche die Mutter Giovanni Pandicos, eines der für die Camorra gefährlichsten „Überläufer" des Prozesses, getötet und seine Schwägerin lebensgefährlich verletzt worden war. Es war das fünfte Attentat gegen Familien von „pentiti". Im Laufe der letzten eineinhalb Jahre hatte die Camorra den Bruder des Tortora-„Anklägers" Meluso, die Brüder zweier anderer „Verräter" und den Vater eines vierten Überläufers ermordet.

Pandico hatte dem Camorraboß Raffaele Cutolo zehn Jahre lang als Sekretär *gedient*. Nach seiner Verhaftung hat er der Justiz eine Mitgliederliste der „Neuen Organisierten Camorra" geliefert und detaillierte Angaben *gemacht*.

Nach dem Mord an Pandicos Mutter weigerten sich zwei der fünf „pentiti", die am Montag aussagen sollten, den Gerichtssaal auch nur zu betreten. Zwei andere machten jede weitere Zusammenarbeit mit der Justiz davon abhängig, daß man ihnen zunächst Garantien für die Sicherheit ihrer Familien gebe. Nur einer war bereit, *auszusagen*.

Als dann am Abend Innenminister Scalfaro im Fernsehen bedauernd erklärte, es sei unmöglich, alle Verwandten der „*pentiti*" rund um die Uhr zu beschützen, war dies der letzte Anstoß, der Neapels Staatsanwälte und Ermittlungsrichter zum Protestieren brachte. Solange der Staat die Unversehrtheit der Aussagebereiten und ihrer Familien nicht garantiere, könne jede Einflußnahme auf Häftlinge *zur Zusammenarbeit mit der Justiz* zu einem Mord führen.

Von den zwölf „pentiti" dieses Verfahrens strahlt nur Meluso noch absolute Ruhe aus. Der Ex-Camorrista, der Tortora in der Voruntersuchung am schwersten belastet *hatte*, erklärte: „Meine 22 Verwandten sind weit weg und bestens geschützt."

Als „Kronzeuge" gegen Tortora hatte Meluso Ende vergangener Woche seine vor dem Ermittlungsrichter gemachten Aussagen voll bestätigt: Er habe dem ehemaligen TV-Showmaster und jetzigen Europaabgeordneten der Radikalen Partei im Auftrage des inzwischen im Gefängnis ermordeten Mailänder Gangsterbosses Turatello viermal Rauschgift zur Weiterverteilung übergeben.

Tortora, der jede Verwicklung in den Rauschgifthandel entschieden bestreitet und *behauptet*, *Meluso* vor Jahren nie gesehen zu haben, erhielt vom Gerichtspräsidenten die Erlaubnis, Fragen an seinen „Ankläger" zu stellen. *Meluso* sah sich wie in einem Quiz mit Fragen nach den genauen Umständen jeder der vier angeblichen Treffen bombardiert. Der Befragte *hielt* zwar lange Zeit mit und blieb bei seinen Anschuldigungen, explodierte dann aber: „Wie soll ich mich noch nach zehn Jahren noch an jede Einzelheit erinnern! ...welche Schuhe Sie seinerzeit anhatten – *wie soll ich das noch wissen?*" Schließlich schaltete sich auch der Staatsanwalt, an den Ex-Showmaster gewandt, ein: „Sie mögen zwar ein ausgezeichneter *Journalist* sein, das Verhören überlassen Sie aber doch wohl besser uns."

Selbst Touristen droht die Todesstrafe

AP, Wiesbaden

Deutsche Touristen, die in Asien, Lateinamerika oder Afrika mit Rauschgift erwischt werden, müssen nach einem Bericht des Bundeskriminalamtes unter Umständen mit der Todesstrafe rechnen. BKA-Präsident Heinrich Boge warnte gestern in Wiesbaden: „Viele Deutsche, die im Ausland ihrer Sucht nachgehen oder Handel mit Rauschgift treiben wollen, haben hinsichtlich der Effektivität der Strafverfolgung und vor allem der strafrechtlichen Folgen eine falsche Vorstellung." Besitz, Erwerb, Verteilung sowie Ein- und Ausfuhr von Rauschgiften aller Art werde in allen Staaten der Welt geahndet und sei vielfach mit drakonischen Strafen belegt. „In vielen Ländern sind Haftbedingungen für Mitteleuropäer derart, daß schwere Gesundheitsschäden die Folge sein können", sagte Boge. In Thailand droht beim Besitz von Mengen über 100 Gramm die Todesstrafe. Auch in Singapur und in Malaysia kann der Besitz illegaler Drogen mit der Todesstrafe geahndet werden. In Ägypten werden Rauschgifttäter zu hohen Haftstrafen mit Zwangsarbeit verurteilt, und in den südamerikanischen Staaten werden Rauschgiftdelikte mit Freiheitsentzug nicht unter drei Jahren bestraft.

Frauen sind zäher

AFP, New York

Frauen, besonders schlanke, haben bessere Chancen, den Sprung von der New Yorker Brooklyn-Brücke zu überleben. Dies stellten jetzt zwei amerikanische Mediziner fest. Obwohl sich dreimal mehr Männer als Frauen von der Brücke stürzten, überlebten letztere öfter den Sprung ins Wasser.

Heimliche Hochzeit

dpa, Husum

Mit 135 000 Mark in bar, die sie ihren Eltern entwendet hatten, machten sich zwei 17jährige aus Mainz auf den Weg gen Norden, um in Husum den 18. Geburtstag abzuwarten und dann zu heiraten. Sie lebten nach Angaben der Polizei in einem Hotel auf großem Fuß und hatten bereits 45 000 Mark ausgegeben, als sie erwischt wurden. Die Polizei schickte das Pärchen zu den Eltern zurück.

Medikamente vergraben

dpa, Lübeck

Insgesamt 120 Kilogramm Medikamente hat in Lübeck eine Ärztin (78) vor mehreren Jahren bei der Auflösung ihrer Praxis im Garten vergraben lassen. Der heutige Mieter förderte bei Gartenarbeiten jetzt die in Plastiksäcke gefüllten Medikamente und darüber hinaus rund 100 Röntgenbilder mit den dazugehörigen Krankenberichten aus den Jahren um 1960 zutage. Die Lübecker Staatsanwaltschaft prüft, ob gegen die ehemalige Ärztin wegen Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht und umweltgefährdender Abfallbeseitigung strafrechtlich vorgegangen werden kann.

Von Packeis eingeschlossen

AP, Moskau

Mit Hubschraubern sind nach einem Bericht von gestern 77 Personen von dem sowjetischen Forschungsschiff „Michail Somow" evakuiert worden, das seit März in der Antarktis von Packeis eingeschlossen ist. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur „Tass" schrieb, 53 Besatzungsmitglieder und Forscher seien an Bord geblieben.

2400 neue Städte für China

AFP, Peking

Bis zur Jahrtausendwende sollen in China 2400 neue Städte für 480 Millionen Einwohner gebaut werden. Insbesondere sollen knapp 300 Millionen ehemalige Bauern umgesiedelt werden, die sich aus der Landwirtschaft zurückgezogen haben. Nach Mitteilung eines Verantwortlichen im Ministerium für Urbanismus und Umwelt, Zhao Shiqi, hat das 1980 gestartete Programm bereits Früchte getragen. Über 270 Gemeinden und 1240 Städte hätten „ihr Soll erfüllt".

Augstein verurteilt

dpa, Tempio Pausania

Der Verleger des Nachrichtenmagazins „Spiegel", Rudolf Augstein, ist gestern in Italien wegen Rauschgiftbesitzes zu 16 Monaten Haft und einer Geldstrafe von drei Millionen Lire (knapp 5000 Mark) verurteilt worden. Das Gericht in Tempio Pausania setzte die Strafe zur Bewährung aus. Augstein war bei dem Prozeß nicht anwesend. Das italienische Strafrecht erlaubt auch die Verurteilung von Abwesenden. Den Werbegrafiker Henning Luther (40), der ebenfalls erklärt hatte, die 40 Gramm Haschisch, die im August 1978 in Augsteins Gepäck gefunden wurden, gehörten ihm, verurteilte das Gericht auf Sardinien wegen Vortäuschung einer Straftat zu acht Monaten. Das Haschisch war seinerzeit in Augsteins Koffer entdeckt worden, als der Verleger Sardinien verlassen wollte.

ZU GUTER LETZT

„*Kein Bildungshunger, kein Wissensdurst: Trocknet die Abendrealschule aus?*" Ein Seitenaspekt der *Südwest-Presse zur ersten diesjährigen Hitzewelle.*

Eine Entscheidung von Königin Elizabeth II begeistert die britischen Soldaten in Berlin

Sehnsucht nach dem „blonden Colonel"

Selten haben die britischen Soldaten in Berlin so geschlossen *hinter* einer Entscheidung ihrer obersten *Dienstherrin* gestanden wie die Troupiers vom 1. Bataillon des „*Royal* Hampshire Regiment" hinter der Maßnahme der Königin, ihre Schwiegertochter, Lady Diana – für viele sowieso „Best of Britain" – zum Ehrenoberst dieser *Truppe* zu ernennen (die WELT berichtete).

Als „besonders hübsche Aussicht für einen alten Soldaten" ließe sich die natürlich inoffizielle Ansicht der Berlin-Briten, die seit zwei Jahren an der Spree stationiert sind, charakterisieren – offizielle Stellungsnahmen verbieten sich zu diesem Thema wie von selbst.

Der blonde „Colonel in Chief", so der korrekte Titel, stand bisher noch nie in „special connections", wie *die Briten sagen, zur Armee*. Als die Zusage aus dem *Buckingham-Palast jetzt per* Dienstpost am Havelstrand *im* britischen Sektor Berlins eintraf, schmetterten die 565 Soldaten und 35 Offiziere ein dreifaches „Hipp-Hipp-Hurra" auf die Königin und ihre Schwiegertochter.

Man postierte sich um den königlichen Bengal-Tiger aus reinem Silber, dem Maskottchen des Regiments, und trank zu Ehren des schönsten Ehrenoberst aller Armeen dieser Welt erst einmal ein Schlückchen Champagner. Wann die Herbeigesehnte ihren Antrittsbesuch abstatten wird, lasse sich jedoch überhaupt nicht absehen, bedauerte der Informationsoffizier gegenüber der WELT. „Hoffentlich bald", heißt es lediglich, „denn Anfang 1986 geht die Truppe wieder zurück auf die Insel."

Die Berliner Briten ver*danken ihren Schutzengel* vor allem Bataillonschef Andrew Freemantle. Der 40jährige Oberstleutnant in den „*Wavell Barracks*" nahe dem Gefängnis von Rudolf Hess *hatte* an das Verteidigungsministerium in London geschrieben und den ungewöhnlichen Wunsch vorgetragen, Lady Di als Ehrenoberst *zu bekommen*. Das Ministerium leitete die Bitte weiter, und Elizabeth II. – nach dem Krieg schon zweimal an der Spree – war's zufrieden.

„Ein großer Tag für uns alle", befand Oberstleutnant Freemantel und versuchte sogleich, einen Termin im königlichen Terminkalender zu nutzen, um Lady Di flugs nach Berlin zu lotsen: Morgen paradieren nämlich die Soldaten der Königin bei der alljährlichen „Queen's Parade" neben dem Berliner Olympiastadion an ihrem ältesten Sproß vorbei – Prinz Charles höchstselbst nimmt das Défilée seiner Landsleute ab.

So schnell aber schießt auch Britanniens Protokoll nicht: „Die Arrangements sind schon vor langer Zeit getroffen worden. Es wäre schön, aber es ist ganz ungewiß, ob etwa Lady Di ihren *Mann schon jetzt* nach Berlin begleiten wird", meinte ein Armeesprecher.

Über Lady Di's Terminplanung zu grübeln, bleibt den Männern mit dem massiven Silber-Tiger auch keine Zeit. Üben, üben, üben lautet seit Wochen die Parole, üben für die morgige Geburtstagsparade auf dem Rasen des Mai-Felds zu Füßen des olympischen Glockenturms von 1936.

Leutnant Anthony Barnes aus der „Lady-Di-Truppe" darf die reichbestickte Regimentsfahne mit Krone und grimmem Tiger unter den Augen von Prinz Charles an den rund tausend Soldaten vorbeitragen. Mit Hanteltraining bereitet sich der 25jährige Sportsmann auf diese kräftezehrende Zeremonie vor.

Prinz Charles nimmt dann *im* Sattel eines Berliner Polizei-Fuchses das ehrwürdige „*Trooping the Colour*" *ab*. Das „feu de joie", der Ehren*salut aus Hunderten von* Gewehrmündungen, dürfte *diesmal* noch *prächtiger* als sonst knattern ...

H.-R. KARUTZ

Lady Di, jüngster „Ehrenoberst" der Welt – schöne Aussichten FOTO: DPA

Eine Beförderung, just for fun

Was ist ein Ehrenoberst? Wie lauten seine Pflichten, wie seine Rechte? „Es ist ein reines Ehrenamt. Die Pflichten sind nicht die eines aktiven Offiziers, sie dienen ausschließlich der Repräsentation", erläuterte ein Sprecher des Londoner Verteidigungsministeriums gegenüber der WELT. Die Prinzessin von Wales ist das jüngste Mitglied der königlichen Familie, das zum Ehrenoberst ernannt wurde. „Die Prinzen Andrew und Edward bleiben fürs erste auf der Warteliste", *verlautete dazu gestern aus* dem Buckingham Palast.

Damit gelang dem Royal Hampshire Regiment in seiner 183jährige Geschichte auf Anhieb ein „Volltreffer" – eine Ehrenoberst kannte man bei dieser Einheit bisher nicht.

Dabei ist die 23jährige keineswegs irgendwie martia*lisch* vorbelastet; sie hat nicht einmal eine Grundausbildung absolviert, erfüllt aber als Mitglied der königlichen Familie die einzig entscheidende Quzalifikation.

Obersleutnant Darroch, Regimentssekretär im Hauptquartier der Royal Hampshires in Winchester, erzählte im Gespräch mit der „WELT": „In diesem Jahr werden wir unser neues Mitglied kaum noch bei uns begrüßen können. Im kommenden Jahr aber würde der 1. August als sogenannter „Minden-Tag" eine gute Gelegenheit dafür sein. Der „Minden-Tag" gilt dem Gedenken an die Schlacht von Minden am 1. August 1759, als die Briten Friedrich den Großen gegen die Franzosen unterstützten. Da Minden damals als Stadt der Rosen berühmt war, dürfte es kaum an Prophetie grenzen, wenn *man eine Lady Di mit* der Rose im Haar vorherzusagen wagt. *Man wird sich darüber* hinaus schon auf einen neuen Modetrend einstellen können: Die Dame im „Military-Look", auch wenn sie keine komplette Uniform tragen wird. Flotte Mützen, Epauletten an Kostümjakken könnten dann wie schon in den 60er Jahren wieder zum letzten Schrei werden.

Während die Pflichten einer Ehrenobristen-Stellung *die Inhaber also kaum* über Gebühr belasten dürften, gelten die „Freiheiten" andererseits als erfreulich umfangreich.

Die Prinzessin wird mit Sicherheit die Paraden „ihres" Regiments abnehmen. Dabei soll es vorkommen, daß selbst höherrangige Offiziere vor ihr salutieren. „Es gibt keine starren Richtlinien für solche Zeremoniells," beeilt sich der Sprecher zu versichern. Es gibt freilich auch keine Regularien, die das Mäzenatentum eines Ehrengastes beschneiden. (SAD)

LEUTE HEUTE

Poetische Politikerin

„Anfänger kannst wohl leicht werden, / doch hältst du durch auch bis zum Ziel? / Leicht ist es nur ein Werk beginnen, / es zu vollenden fordert viel." Dieser Vierzeiler stammt von der britischen Premierministerin **Margaret Thatcher** und findet sich in einem Gedichtband, der zugunsten eines Hilfswerk für hungernde Afrikaner zusammengestellt wurde. Herausgeber ist der Künstler **Nick Butterworth**, der noch Beiträge anderer prominenter Briten sammelte.

Strafbarer Spaziergang

Der Amerikaner, der im *Januar* bei der Amtseinführung von **Ronald Reagan** einen unerlaubten Spaziergang durch das Weiße Haus unternommen hat, muß künftig zwischen sich und dem Präsidenten oder dem Weißen Haus einen Mindestabstand von fünf Meilen einhalten. **Robert Latta** wurde von einem Gericht in Washington außerdem zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Positiver Preis?

Das „*Goldene Schlitzohr 1985*" bekam der bayerische Ministerpräsi*dent* **Franz Joseph Strauß** *jetzt vom* „Internationalen Club der Schlitzohren", *der in Mühlheim an der Ruhr* ansässig ist, verliehen. Wie einer der *Mitbegründer des Clubs* **Werner Bungert** mitteilte, hat Strauß die mit einem Geldpreis von über 20 000 Mark verbundene Auszeichnung, die im „positiven, cleveren Sinne" gemeint sei, „gerne angenommen". Bei der Entscheidung sei der CSU-Vorsitzende so „schlitzohrigen Größen" wie **Margret Thatcher, Rudi Carrell** und dem Mannheimer Bundesliga-Trainer **Klaus „Schlappi" Schlappner** vorgezogen worden.

Kiloschweres Kleid

Für die Dreharbeiten zu dem Film „North and South" über den amerikanischen Bürgerkrieg mußte sie 16 Stunden lang ein 23 Kilo schweres Kleid tragen. Davon bekam **Elizabeth Taylor** so starke Hals- und Rükckenschmerzen, daß sie eine Woche lang im Krankenhaus von Santa Monica (Kalifornien) behandelt werden mußte.

Dritter Versuch

1983 wurde er wegen Heroinbesitzes zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, jetzt ist er im dritten Anlauf Mitglied der Anwaltskammer *des* US-Bundesstaates New York geworden. **Robert Kennedy jr.**, 31 Jahre *alt*, *bestand einen charakterlichen* Eignungstest, den ein Freund seines ermodeten Vaters Robert zu prüfen hatte. Dabei wurden dem Junior „*hervorragende Qualitäten*" bescheinigt.

Hilfreicher Lord

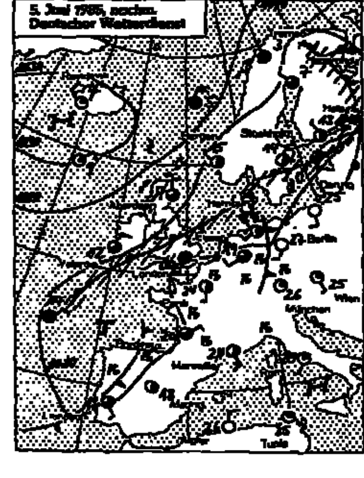
Rund 300 Hippies, die ein verbotenes Pop-Festival im englischen Stonehenge organisieren wollten, lagern jetzt auf dem Grundstück von **Lord Cardigan** in der Nähe des Steinzeitheiligtum. Der Lord gewährte den flippigen Pop-Fans Zuflucht, nachdem bei der gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Polizei über 500 von ihnen festgenommen und 24 verletzt worden waren.

Falscher Vorwurf?

„Ich sehe keinen Anlaß zu erklären, daß ich nichts begangen habe, wenn nichts begangen worden ist." Mit dieser Aussage hat der Finanzmakler **Claus von Bülow** vorgestern endgültig darauf verzichtet, in den Zeugenstand zu treten. Der 58jährige muß sich gegen den Vorwurf zweier Mordversuche an seiner Frau zur Wehr setzen. Er begründete seinen Verzicht mit den Aussagen von acht medizinischen Gutachtern, die in den vergangenen Tagen als Zeugen der Verteidigung vor einem Gericht in Providence (US-Bundesstaat Rhode-Island) ausgesagt hatten. Nach ihnen ist der Vorwurf, der Angeklagte habe die Millionenerbin Martha „Sunny" von Bülow mit Insulinspritzen töten wollen, nicht aufrechtzuerhalten.

WETTER: Schwül-warm

Wetterlage: Schwül-warme Luft bestimmt *vorerst weiterhin das Wetter in* Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Bei wechselnder, überwiegend starker Bewölkung vor allem im Westen und Süden schauerartige Niederschläge, die teilweise auch gewittrig sind. Höchsttemperaturen 22 bis 27 Grad, nächtliche Tiefstwerte kaum unter 14 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Gewitternähe zeitweise böig auffrischender Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:

Unbeständig und etwas kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	27°	Kairo	30°
Bonn	23°	Kopenh.	22°
Dresden	27°	Las Palmas	23°
Essen	19°	London	16°
Frankfurt	23°	Madrid	18°
Hamburg	24°	Mailand	24°
List/Sylt	17°	Mallorca	26°
München	26°	Moskau	12°
Stuttgart	24°	Nizza	24°
Algier	26°	Oslo	18°
Amsterdam	15°	Paris	24°
Athen	28°	Prag	25°
Barcelona	22°	Rom	28°
Brüssel	18°	Stockholm	14°
Budapest	26°	Tel Aviv	26°
Bukarest	24°	Tunis	25°
Helsinki	13°	Wien	25°
Istanbul	26°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.07 Uhr, Untergang: 21.35 Uhr; **Mondaufgang:** 1.15 Uhr, Untergang: 9.13 Uhr

**in MEZ, zentraler Ort Kassel*

Der achte Hügel – Roms schwärzestes Kapitel

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Rom bereitet sich auf den hochsommerlichen Touristenstrom vor, auf die hochwillkommenen Gäste aus Nordeuropa, den USA und Japan und deren höchstwillkommenen Devisen. Weit weniger beliebt sind unterdessen die Tausende von „heimlichen Besuchern" aus der Dritten Welt, die mehr und mehr das Stadtbild prägen. Die Behörden der ewigen Stadt bemühen sich bisher vergeblich, mit dem Problem der farbigen Invasion fertig zu werden, das *heißt* mit dem unaufhörlichen Zustrom schwarzer, brauner und gelber Einwanderer aus Afrika, aus den arabischen Ländern, aus Asien.

Nach amtlichen Schätzungen halten sich in Rom mindestens *50 000* Farbige auf, die ohne Aufenthaltsgenehmigung zugezogen sind und vor allem in den Vierteln rund um den Hauptbahnhof (*Stazione Termini*) irgendwie ihr Leben fristen. Man sieht *sie nachts an den* Bahnhofsecken auf zerlumpten Decken oder Teppichen schlafen: Marokkaner, Tunesier, Libyer, Neger aus Zentralafrika, politische Flüchtlinge aus zahlreichen Ländern der Dritten Welt bevölkern ganze Straßenzüge und bereiten der römischen Polizei ernste Sorgen. Ein Teil von ihnen findet sein *Auskommen* durch Schwarzarbeit – als Haus*diener oder ambulante Händler*.

Einige hundert schwarzer oder brauner Mädchen finden immerhin reguläre Anstellung als Hausgehilfinnen oder Kindermädchen. Doch die meisten illegalen Einwanderer fristen ihr Leben in Rom als Vagabunden, Bettler und Taschendiebe. Farbige Frauen prostituieren sich, und farbige Beschützer betätigen sich als Zuhälter. Nicht wenige werden zu Dealern im Drogenhandel.

Das Straßenbild Roms in der Bahnhofsgegend wird immer bunter. Araber, Mohammedaner, Neger haben ihre Standquartiere in charakteristischen Lokalen und Cafébars. Islamische Schriftzeichen beweisen, daß diese Lokale und etliche Geschäfte nur von den Immigranten besucht werden. In billigen Restaurants wird Cuscous angeboten. Eine Fleischerei ist spezialisiert auf muselmanische Geschmacksrichtungen. Lokale mit charakteristischen Namen wie „Hostaria Afrika" oder „Bar Asmara" sind Oasen in der ewigen Stadt.

Die einzelnen Nationalitäten konzentrieren sich auf bestimmte Straßenzüge. So treffen sich Eriträer und Somalis rund um die Piazza Indipendenza; die *Piazza Vittorio* ist das Zentrum der illegalen Einwanderer aus *Libyen, Ägypten, Tunesien* und Marokko. Am schwersten haben es die *aus den afrikanischen Hungergebieten* nach Rom geflohenen Neger und *Negerinnen*, die *ohne Ausweise*, bürokratisch quasi tot, und ohne einen *Pfennig Geld Rom bevölkern*.

Obwohl die Caritas und andere kirchliche Einrichtungen bemüht sind, das Elend von Tausenden solcher illegaler Einwanderer zu lindern und ihnen Nahrung und Unterkunft zu verschaffen, wird das Schicksal der Ärmsten der Armen von Jahr zu Jahr dramatischer. Die staatlichen und städtischen Behörden suchen verzweifelt nach einem Ausweg, um die unliebsame Invasion zu stoppen.

Ein großes italienisches Wochenblatt *sprach dieser Tage von dem* „achten schwarzen Hügel" der Siebenhügel-Stadt und forderte nachdrücklich Maßnahmen zum Schutz des Ansehens und der Gesundheit der Touristenstadt gegenüber dem Heer farbiger Vagabunden.

